Donnerstag, 18. Oktober 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 245 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Barzel: Verwirrung und Unsicherheit herrschen in der CDU/CSU-Fraktion über die Diskussion um Bundestagspräsident Barzel. Eine Entkräftung der Vorwürfe über seine Beratertätigkeit könne nur von ihm kommen, hieß es. Deshalb solle er baldmöglichst Gelegenheit erhalten, vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuß auszusagen. (S. 8)

Abtreibung: Die CSU will die Zulässigkeit der „Abtreibung auf Krankenschein" vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen. Die Bundesregierung oder aber die CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll auf einstimmigen Beschluß der CSU-Landesgruppe eine Normenkontrollklage in Karlsruhe einreichen.

Umwelt: Bonn und Prag vereinbarten erste Schritte für eine Zusammenarbeit bei der Luftreinhaltung. Unter anderem sollen Möglichkeiten zur Anwendung von Rauchgasentschwefelungsverfahren in grenznahen Kraftwerken geprüft werden. (S. 5)

Asyl: Österreich hat zwei 15- und dreijährigen Schwestern aus der Tschechoslowakei Flüchtlingsstatus zugebilligt. Die Eltern der Kinder sowie eine weitere Schwester waren Mitte September bei der Flucht über den Grenzfluß Mur ertrunken.

Militärhilfe: Israel erhält von den USA technologische Ausrüstung für den neuen Kampfbomber „Lavie". Verteidigungsminister Weinberger sicherte in Jerusalem außerdem zu, daß die USA mehr israelische Rüstungsgüter kaufen und beim Bau von U-Booten kooperieren würden.

Tschernenko: Als Versuch der Einflußnahme auf die US-Wahlen wird im Weißen Haus ein Interview des Kreml-Chefs mit der „Washington Post" gewertet. Tschernenko stellte eine Entspannung der Beziehungen in Aussicht, falls Washington auf wenigstens einen der sowjetischen Abrüstungsvorschläge eingehe. (S. 5)

Argentinien: *Die seit dem Falkland-Krieg 1982 eingefrorenen* Vermögen britischer Unternehmen sollen nach Presseberichten noch vor Ende des Jahres freigegeben werden. Betroffen waren rund 120 britische Firmen mit einem geschätzten Vermögen von 1,2 Milliarden Mark.

Nahost: Libanon hat Kontakt zur UNO aufgenommen, um ein Abkommen über Begleitmaßnahmen *für einen israelischen Rückzug* aus dem Land auszuarbeiten. Dies wurde als Hineis gewertet, daß libanesisch-israelische Gespräche über die Bedingungen für den Rückzug näherrücken.

ZITAT DES TAGES



» Unsere gemeinsame Entschlossenheit, unsere Lebensweise *zu verteidigen, findet in erster* Linie Ausdruck in unserer Verpflichtung gegenüber Berlin «

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe bei seinem Besuch in Bonn
FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Dollar: Mit dem Verkauf von rund *100 Millionen* Dollar hat die Bundesbank den *Kurs der US-Währung* gestern erneut ins Rutschen gebracht. Der Mittelkurs fiel auf 3,11 DM von 3,1427 am Vortag.

US-Konjunktur: Erstmals seit November 1982 – dem Tiefpunkt der jüngsten Rezession – ist die Industrieproduktion gesunken. Zunahmen verzeichneten im September nur die Branchen Investitions- und Rüstungsgüter. (S. 9)

Gut versorgt: Die *Krisenvorräte* der Bundesrepublik reichen bei Benzin für 70 Tage, bei leichtem Heizöl für 68 Tage und bei schwerem Heizöl für 83 Tage. (S. 11)

Arbeitszeit: Die in der Metall- und Druckindustrie durchgesetzten *Verkürzungen führen* bei mittelständischen Unternehmen überwiegend nicht zu Neueinstellungen, ermittelte die Industriekreditbank. Sie würden in der Regel durch deutlich verstärkte Rationalisierungs-Investitionen und Änderungen in der Arbeitsorganisation aufgefangen.

Börse: Das Eingreifen der Bundesbank auf dem Devisenmarkt verunsicherte die deutschen Aktienmärkte. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 157,0 (158,2). Dollarmittelkurs 3,1100 (3,1427). Goldpreis pro Feinunze 340,55 (339,50) Dollar.

KULTUR

Deutsches Schauspielhaus: Die Rücktrittsankündigung von Intendant Rudolph hat das Hamburger Theater an den Rand des künstlerischen Bankrotts gebracht. Rudolph erklärte, daß das Schauspielhaus nicht mehr das Vertrauen von Stadtverwaltung und Öffentlichkeit habe. (S. 19)

Nobelpreis: Die Auszeichnung für Physik wurde an Carlo Rubbia und Simon van der Meer vom Europäischen Atomforschungszentrum (Genf) verliehen. Den Nobelpreis für Chemie erhielt der amerikanische Professor Robert B. Merrifield von der Rockefeller-Universität in New York. (S. 19)

SPORT

Olympia: Bundespräsident von Weizsäcker dankte den deutschen Olympiakämpfern: „Sie haben selbstbewußt, erfolgreich, fair gekämpft und sind als Spitzensportler Vorbilder für viele junge Menschen." (S. 16)

Tennis: So erfolgreich wie selten sind die deutschen Damen beim Turnier in Filderstadt: Steffi Graf, Bettina Bunge, Sylvia Hanika, Eva Pfaff und Claudia Kohde haben die zweite Runde erreicht. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Heineken: Haftstrafen von zwölf bzw. neun Jahren erhielten in Amsterdam zwei der Entführer des „Bierkönigs" Heineken. Der dritte Angeklagte soll zur Feststellung seiner Schuldfähigkeit psychiatrisch untersucht werden.

Privatfernsehen: In einem unerwarteten Schlag gegen das italienische Privatfernsehen hat die Justiz im Gebiet von Rom, Turin und in den Abruzzen die drei größten Anstalten des Landes geschlossen. (S. 20)

Wetter: Wolkig-trüb, vereinzelt *Niederschlag. 15 bis 18 Grad.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bundeswehr: Genscher sagt Wörner jetzt Unterstützung zu

FDP will Wehrdienstverlängerung noch vor der Wahl 1987 mittragen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Das Bundeskabinett hat trotz heftiger öffentlicher Auseinandersetzungen in der Koalition die Zukunftsplanung *der Bundeswehr nach den* Vorstellungen von Verteidigungsminister Wörner (CDU) ohne Abstriche unterstützt. Nach der Sitzung des Kabinetts berichtete Wörner vor Journalisten, die von seinem Ressort ausgearbeitete Planung sei gebilligt worden. Er habe den Auftrag erhalten, „die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhaltung des notwendigen Friedensumfanges der Streitkräfte zeitgerecht, das heißt noch in dieser Legislaturperiode, einzuleiten und umzusetzen".

Damit steht fest, daß die Freien Demokraten trotz ihrer hartnäckig vorgetragenen Vorbehalte gegen eine dreimonatige Verlängerung des Grundwehrdienstes nun wie ihr Koalitionspartner CDU/CSU bereit sind, die Novellierung des Wehrpflichtgesetzes noch vor der Bundestagswahl im Frühjahr 1987 mitzuverantworten. Vizekanzler Genscher sagte in der Kabinettsitzung, es gehe nunmehr darum, die sich aus dem Gesamtkonzept des Verteidigungsministers ergebenden Schritte einschließlich der Gesetzgebung über die Verlängerung des Wehrdienstes „nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern jetzt auf den Weg zu bringen". Der FDP-Vorsitzende fügte hinzu, in Wörners Vorstellungen seien wesentliche, von seiner Partei geäußerte Erwartungen enthalten, insbesondere zu den Fragen der Wehrgerechtigkeit und zur vollen Ausschöpfung aller Möglichkeiten bei der Heranziehung zum Wehr- und Zivildienst. Damit sei nach Meinung der FDP die Bereitschaft in der Öffentlichkeit, eine Verlängerung des Grundwehrdienstes um drei Monate von 1989 an zu akzeptieren, gestiegen.

SEITE 6:
Sonderseite Bundeswehrplanung

Wesentlichen Anteil an dieser Einigung kommt offenbar dem Kanzler zu, der am Vorabend der Kabinettsitzung vor der CDU/CSU-Fraktion verdeutlicht hatte, daß er Wörners Vorstellungen uneingeschränkt gutheißt. Dies hatte Kohl wohl vorher auch seinem Koalitionspartner Genscher bedeutet, so daß der FDP-Vorsitzende dann in der Sitzung seiner eigenen Fraktion das Ruder in Richtung Einigung stellte.

Minister Wörner stellte das Gesamtkonzept zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr für die nächsten 15 Jahre gemeinsam mit dem Generalinspekteur, General Altenburg, nach der Kabinettsitzung der Öffentlichkeit vor. Über das erzielte Ergebnis zeigten sich beide befriedigt. Altenburg meinte, man habe „einen guten Tag gehabt". Das aus zwei Teilen bestehende Konzept für Personal und Rüstung soll nun in den *nächsten Monaten von den* Abteilungen des Verteidigungsministeriums in die erforderlichen Vorlagen für den Bundestag und das eigene Haus umgesetzt werden. Neben den Vorkehrungen zur Sicherung des Personalumfangs der Bundeswehr enthält es als zweiten Teil ein Planungskonzept für die Rüstungsbeschaffung. Wörner ließ vor Journalisten offen, wann sein Ressort den Entwurf zur Novellierung des Wehrpflichtgesetzes und an-

● **Fortsetzung Seite 6**

London: Revanchismus-Vorwurf absurd

Howe würdigt Bonner Bemühungen um Aussöhnung / Verpflichtung für Berlin bekräftigt

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat sich gestern in Bonn mit Nachdruck zur Wiedervereinigung Deutschlands und zu den britischen Verpflichtungen gegenüber Berlin bekannt. Gleichzeitig wies er die sowjetischen Anschuldigungen gegen den angeblichen deutschen Revisionismus und Revanchismus als „absurde Behauptungen" zurück, die „die wirklichen Tatbestände total verdrehen".

Großbritannien betrachte die Teilung Europas als unnatürlich, sagte Howe auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik und der Deutsch-Englischen Gesellschaft. „Wir haben schon immer die Bemühungen aufeinanderfolgender Bundesregierungen unterstützt, Brücken zwischen den beiden deutschen Staaten zu schlagen und die Aussöhnung zwischen den Deutschen und ihren früheren Gegnern in Osteuropa zu fördern. Die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und ihren Freunden im Westen sind ein deutliches Beispiel dafür, was erreicht werden kann, wenn Völker in freier Selbstbestimmung und unbehindert durch Diktaturen und fremde Ideologien leben."

Der Außenminister betonte, er könne gar nicht oft genug die gemeinsame Erklärung des jüngsten deutsch-britischen *Gipfeltreffens* wiederholen, in der die Premierministerin Margaret Thatcher die Auffassung bekräftigte, daß „echte und dauerhafte Stabilität in Europa schwer zu erreichen sein werden, solange die deutsche Nation gegen ihren Willen geteilt ist".

Als ein „lebendes Symbol der Teilung Europas" bezeichnete Howe Berlin. „Unsere gemeinsame Entschlossenheit, unsere Lebensweise zu verteidigen, findet in erster Linie Ausdruck in unserer Verpflichtung gegenüber Berlin. Großbritannien glaubt an eine freiheitliche Zukunft für die Berliner. Die britischen, französischen und amerikanischen Truppen in der Stadt sind ein eindeutiger Beweis für unsere gemeinsame Absicht, Bedrohungen unserer Freiheit, wo immer sie auftauchen mögen, standhaft entgegenzutreten." Er freue sich darauf, im Dezember selbst Berlin zu besuchen.

Das deutsch-britische Verhältnis, so fuhr der Außenminister fort, sei „von spezieller Wärme und Intensität geprägt". Er zitierte eine Äußerung *von Bundeskanzler Helmut Kohl*, „daß nur die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft das Versprechen einer immer engeren Union zwischen den freien Völkern Westeuropas bietet", und fügte hinzu: „Die britische Regierung teilt diese Überzeugung." Sie arbeite gemeinsam mit den anderen Partner daran, alle Bindungen zu stärken, die für den Erfolg Europas von zentraler Bedeutung seien.

Konkret forderte Howe einen Abbau der noch bestehenden Handelshemmnisse innerhalb der EG; Bemühungen, der Gemeinschaft im alltäglichen Leben der Völker verstärkte Bedeutung zu geben, beispielsweise durch Abbau der Zollformalitäten, eine Schließung der Lücke zwischen den Agrarpreisen in der EG und in der Welt und den Ausbau der gemeinsamen Außenpolitik.

Steiger geben Scargill Unterstützung

Die britische Grubengewerkschaft Nacods droht jetzt mit Stillegung aller Zechen

WILHELM FURLER, **London**

Auf Großbritannien kommt möglicherweise ein neuer, kalter „Winter des Mißvergnügens" zu. Die Gewerkschaft der Steiger und des Gruben-Sicherheitspersonals, Nacods, hat ihre Drohung wahrgemacht und ihre knapp 16 000 Mitglieder aufgefordert, ab dem 25. Oktober die Arbeit auf unbefristete Zeit einzustellen. Wird diese Aufforderung voll befolgt, was im Augenblick noch schwer zu beurteilen ist, dann werden alle Zechen des Landes ruhen.

Per Gesetz darf in keiner Zeche ohne Aufsicht durch Steiger und Sicherheitspersonal gearbeitet werden. Bereits vor einigen Wochen hatten sich die Nacods-Mitglieder in einer Urabstimmung mit 82,5 Prozent der Stimmen für einen Ausstand entschieden. Diese Entscheidung war aber vertagt worden, um zum einen eigene Verhandlungen mit der Nationalen Kohlebehörde über Zechenschließungen führen zu können, und zum anderen der Kohlebehörde und der militanten Bergleute-Gewerkschaft unter ihrem Führer Scargill Zeit zu geben, sich auf einen Kompromiß zu einigen.

Dieser Kompromiß ist nicht zustande gekommen, obwohl sich die Arbeitgeberseite zu erheblichen Konzessionen bereit erklärt hat. Danach hat die Kohlebehörde einem Vorschlag der Schlichtungskommission *zugestimmt, daß bei Entscheidungen* über Zechen-Schließungen eine unabhängige Schiedsstelle anzuhören ist, deren Spruch zwar für keine der beiden Seiten bindend gewesen wäre, dem aber bei Entscheidungen volles Gewicht eingeräumt werden sollte.

Arthur Scargill bezeichnete diesen Kompromiß als unannehmbar, weil er immer noch Zechenschließungen aus wirtschaftlichen Gründen zulassen würde. „So etwas wie unwirtschaftliche Zechen gibt es aber nicht", *beharrte der Führer* der Bergleute-Gewerkschaft.

Die Streik-Entscheidung der an sich moderaten Steiger-Gewerkschaft geht im wesentlichen auf zwei Punkte zurück: Einmal hat sich die Kohlebehörde dagegen gesperrt, diejenigen Mitglieder des Gruben-Aufsichtspersonals weiterzubezahlen, die *sich weigern*, die Streikposten-*Linien* der Bergleute zu überschreiten. Zum zweiten ist auch das Aufsichtspersonal mit dem Zechen-Schließungsprogramm der Kohlebehörde nicht einverstanden.

Sollten die Nacods-Mitglieder tatsächlich ihre Arbeit einstellen, dann käme auf die Regierung Thatcher eine schwierige Aufgabe zu. Zwar liegen vor den Zechen noch rund 22 Millionen Tonnen Kohle und vor den Kraftwerken noch etwa 14 Millionen Tonnen – genug, um die Energieversorgung des Landes über den Winter hinaus sicherzustellen. Noch hoffen Kohlebehörde und Regierung allerdings, daß zumindest jener Teil der Steiger die Streikaufforderung ignoriert, der in den noch arbeitenden Zechen die Aufsicht führt. Immerhin werden in diesen Zechen fast 40 Prozent der sonst üblichen Kohlemenge gefördert.

Seite 2: Der Steiger geht
Seite 5: Frau Thatcher muß handeln

Wettbewerb: Der Riese ARD wird nervös

GERNOT FACIUS, **Bonn**

„Pardon haben wir von der ARD nicht zu erwarten", sagt Gerhard Naeher, Geschäftsführer des von 165 Zeitungen getragenen „Aktuell Presse – Fernsehen" (APF). Er spricht von einer „Verbissenheit, die mich verwundert". Gemeint ist die Politik der Nadelstiche, mit der die etablierten Fernsehanstalten die Vorbereitung des Starts des ersten privaten bundesweiten Satellitenfernsehens begleiten. Ein Beispiel für die Nervosität des Riesen ARD: Monatelang filmte ein Team des NDR im „News Room" der APF, in dem vom 1. Januar 1985 an die Informationssendungen für das Programm SAT 1 eines deutschen Konsortiums produziert und über den Satelliten ECS 1 verbreitet werden sollen. Ob die ARD-Zuschauer den Film jemals zu sehen bekommen werden, ist fraglich. Die „administrative Spitze" der ARD, sprich die Intendantenmehrheit, sträubt sich gegen die „Werbung für die ungeliebte Konkurrenz". Sie hat damit einen heftigen Krach im eigenen Haus provoziert.

Die APF ist quasi das Herzstück des SAT-1-Programms, an dem elf Verlage und Programmgesellschaften beteiligt sind, die jeweils von Montag bis Donnerstag von 13.30 bis 0.10 Uhr, Freitag und Samstag von 13.30 bis gegen 1.40 Uhr und am Sonntag von 12.00 Uhr bis 0.10 Uhr, also insgesamt fast 80 Stunden pro Woche senden – in eigener Verantwortung. Die APF präsentiert unter dem Titel „Blick" täglich etwa *70 Minuten* Information, unterteilt in drei Blöcke. Am Anfang werden die Meldungen aus dem In- und Ausland stehen, dann folgt „das Schöne vom Tage": Vermischtes, Buntes, Gesundheit, *Auto, Mode* und *Kultur. Der dritte* Block soll einer ausführlichen Sport-Berichterstattung reserviert sein.

Bei der European Broadcasting Union, in der die Anstalten den Ton angeben, schlägt dem Newcomer Ablehnung entgegen. Vom EBU-Material kann die APF nicht profitieren. Sie muß deshalb ein eigenes Netz aufbauen, eine Pionier-Leistung von Rang, wenn man bedenkt, daß erst seit März an der Organisation der APF gearbeitet wird.

Glänzen will „Blick" mit einer „breiteren Themenauswahl" und einer „allen Zuschauerschichten verständlichen Sprache". „Quallenfett" werde nicht gesendet, heißt es bei den APF-Machern, eine Anspielung *auf den Statement-Journalismus der* öffentlich rechtlichen Konkurrenz. Die Frage „Herr Minister, was haben Sie nun damit eigentlich gemeint?" soll den Journalisten des Presse-Fernsehens häufiger über die Lippen *kommen*.

Allerdings weiß man auch um die Gefahren einer allzu lockeren Präsentation. Information, so wird deshalb versichert, „wird bei uns nicht zur Unterhaltung verkommen".

DER KOMMENTAR

Kanzlersache

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Der Kanzler ist bei seinem Verteidigungsminister im Wort, und er hat Wort gehalten. So bekam Wörner gestern vom Kabinett grünes Licht für die Bundeswehrplanung der nächsten 15 Jahre. Zuvor hatte er ein kräfteaufzehrendes Pensum geleistet, um alle, die mitzuentscheiden haben, zu informieren, aufzuklären, zu überzeugen. Man erlebte einen Verteidigungsminister, der sich *aus Verwicklungen ausgestandener* Mißhelligkeiten befreite, indem er den Blick nach vorne richtete und für eine unausweichlich notwendige Sache kämpfte.

Wörner setzte sich für ein Ziel ein, das moralisch und in der Sache für sich selbst spricht. Jedoch: Das Eckdatum aller Entscheidungen zur Bundeswehrplanung ist die Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate, und hier bekam es Wörner mit der Feigheit mancher Koalitionspolitiker vor den Jungwählern zu tun. Die Rede ist von Politikern der FDP, aber nicht nur der FDP.

Kohl sah, daß der Regierungschef gefordert war. Er machte das Projekt des Verteidigungsministers zur Kanzlersache, indem er gemeinsam mit Wörner vor die Unionsfraktion trat und die gebotene Änderung des Wehrpflichtgesetzes noch in dieser Legislaturperiode ankündigte. Kohl hat seine guten Gründe: Erstens steht und fällt die NATO mit dem Vertrauen der Verbündeten darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft ihre Bündnispflichten zuverlässig erfüllen wird. Zweitens wollen wir keinen schleichenden Trend zur Berufsarmee, weil sich die Bundeswehr nur als eine Wehrpflicht-Armee nahtlos in die demokratische Gesellschaft einfügt. Drittens muß der Gesetzgeber ohne *Verzug Klarheit schaffen*, weil sonst die Verlängerung der Dienstpflicht mitsamt der ganzen Bundeswehrplanung in den Zerreißwolf dümmlicher und mißgünstiger Geschwätzigkeit gestoßen würde.

Die FDP-Fraktion beugte sich dem Kanzlerwort, wenn auch mit Vorbehalten. Im Kabinett wischten die FDP-Minister auch diese Vorbehalte vom Tisch. Kohl, dem seit Monaten Führungsschwäche nachgesagt wird, hat gezeigt, daß er energisch zu führen versteht, wenn es darauf ankommt. Und Wörner hat seine hohe Sachkompetenz als Verteidigungsminister ausgewiesen. Die *FDP allerdings muß ihr am Kabinettstisch* gegebenes Wort erst noch im Parlament einlösen. Sie muß den Beweis antreten, daß sie in Fragen von staatspolitischem Rang ihre Verantwortung in Regierung und Koalition über die kleinmütige Sucht stellt, nach Stimmen bei Randgruppen-Wählern zu haschen.

Ceausescu-Besuch endet ohne Kommuniqué

Co. **Bonn**

Der zweieinhalbtägige Besuch des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu in Bonn ist gestern zu Ende gegangen, ohne daß sich die Bundesregierung mit dem Gast über den Text eines gemeinsamen Kommuniqués einigen konnte.

Nach Informationen von rumänischer Seite scheiterten die bis gestern vormittag fortgesetzten Bemühungen an der Frage der Rumäniendeutschen: Ceausescu wollte dieses Thema im Kommuniqué gar nicht erwähnen; die Bundesregierung hingegen bestand darauf. Über die zunächst strittigen Abrüstungsformulierungen hatte man sich zuvor schon geeinigt.

Trotz des ausgebliebenen Kommu*niqués äußerte sich Staatssekretär* Boenisch im Namen der Bundesregierung zufrieden über den Besuch und bezeichnete die Gespräche als „herzlich und konstruktiv". Nach seinen Angaben hat Bonn von Anfang an keinen besonderen Wert auf eine gemeinsame Abschlußerklärung gelegt. Was beide Seiten meinten und worin sie übereinstimmten, sei in den Reden während der Visite zum Ausdruck gekommen. Kanzler Kohl erklärte, das Wichtigste sei, daß der Be*such überhaupt stattgefunden habe*. Sein Sinn habe nicht darin bestanden, zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. Wesentlich sei, sagte der Kanzler, daß er mit Ceausescu darin übereinstimme, daß nach den amerikanischen Wahlen alles Menschenmögliche getan werden müsse, um die Supermächte wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Seite 2: Der Besuch, der stattfand
Seite 4: Differenzen nicht ausgeräumt

Bankauskunft nur mit Zustimmung des Kunden

HEINZ HECK, **Bonn**

Über die Erteilung von Bankauskünften haben die Kreditwirtschaft, die für den Datenschutz zuständigen Behörden und die Konferenz der Datenschutzbeauftragten jetzt Einigkeit *erzielt. Danach* dürfen Bankauskünfte nur erteilt werden, wenn dies dem Willen des Kunden entspricht. Vertreter der Banken und Datenschutzorganisationen erklärten gestern auf einer Pressekonferenz, das seit dem Frühjahr praktizierte Verfahren werde „in wesentlichen Punkten bestätigt". Noch offene datenschutzrechtliche Fragen seien geklärt.

Kreditinstitute sind berechtigt, über Geschäftskunden Bankauskünfte zu erteilen, sofern ihnen keine anderslautende Weisung des Kunden vorliegt. Über Privatkunden – dazu gehören auch Freiberufler und Gewerbetreibende, die keine Kaufleute sind – darf die Bank nur dann Auskunft erteilen, wenn der Kunde allge*mein oder im Einzelfall ausdrücklich* zugestimmt hat. Eine Auskunftsverweigerung wegen fehlender Einwilligung des Kunden sei keine negative Auskunft. Bankauskünfte seien allgemein gehaltene Feststellungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit. Dagegen sind Angaben über Beträge wie Kontostände, Sparguthaben oder in Anspruch genommene Kredite unzulässig. Bankauskünfte erhalten nur eigene Kun*den der Kreditinstitute sowie andere* Kreditinstitute für deren eigene Zwecke und die ihrer Kunden (bei Vorliegen eines berechtigten Interesses).

Warschau möchte als ‚Sonderfall' behandelt werden

„Dann stimmen wir Bedingungen für Währungsfonds-Kredite zu"

DW. **Warschau**

Wegen der auf 13 Milliarden Dollar geschätzten „Verluste", die ihm durch westliche Sanktionen als Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts entstanden sind, verlangt Polen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) als „Sonderfall" betrachtet zu werden. Regierungssprecher Jerzy Urban erklärte in Warschau, erst dann werde Polen irgendwelchen Bedingungen zustimmen, die vom IWF an die Vergabe neuer Kredite geknüpft werden. Auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz vor ausländischen Journalisten sagte Urban, außerdem werde IWF-Bedingungen für neue Kredite, die zur Erhöhung der Lebensmittelpreise und zur Verminderung von sozialen Leistungen führen können, erst nach „Konsultationen mit der Gesellschaft" zugestimmt. Worum es sich bei diesen „Konsultationen" handeln könnte, sagte Urban nicht.

Polen hatte sich im November 1981 – einen Monat vor Verhängung des Kriegsrechts und dem Verbot der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" durch General Jaruzelski – um Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds beworben. Polen hatte bereits 1945 zu den Gründungsmitgliedern des IWF gehört, war jedoch 1950 aus der Organisation mit der Begründung ausgeschieden, der IWF diskriminiere die kommunistischen Länder. Gegen eine neuerliche Mitgliedschaft Polens im IWF hatten die Vereinigten Staaten Bedenken angemeldet.

Als Antwort auf die von Polen im Juli verkündete Generalamnestie für politische Häftlinge hatten die USA erklärt, sie würden ihre Bedenken erst zurückziehen, wenn die Amnestie auch verwirklicht worden sei. Bisher wurden von den polnischen Behörden 630 politische Häftlinge freigelassen, aber mehr als 20 befinden sich noch in Haft, und gegen zwei Führer der jetzt im Untergrund tätigen „Solidarität" laufen Verfahren wegen Verrats. Dieser Straftatbestand wird von der Amnestie nicht erfaßt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Steiger geht

Von Wilhelm Furler

In den letzten Tagen hatte es so ausgesehen, als sei das Ende des achtmonatigen Arbeitskampfes im britischen Kohlebergbau sehr nahe. Die unabhängige Schlichtungskommission Acas war eingeschaltet worden, die Gewerkschaft der Steiger und des Gruben-Sicherheitspersonals hatte ihrerseits Druck ausgeübt und Streikaktionen angedroht, falls es nicht zu einem Kompromiß kommen sollte. Und schließlich hatte sich der Arbeitgeber, die Nationale Kohlebehörde, doch noch zu erheblichen Konzessionen bereit gezeigt.

Wer unnachgiebig blieb, war wieder einmal Arthur Scargill, der linksradikale Führer der militanten Bergleute-Gewerkschaft. Daß es ihm nicht um die Sache geht, sondern um den Sturz der demokratisch gewählten Regierung Thatcher, ist bei der Ablehnung auch dieses Kompromisses so deutlich geworden wie selten zuvor.

Nun werden die Steiger aller Voraussicht nach ihre Drohung wahr machen und ebenfalls in den Ausstand treten, was sie ja bereits vor einigen Wochen in einer Urabstimmung mit achtzigprozentiger Mehrheit beschlossen haben. Da laut Gesetz keine Zeche ohne Steiger und Sicherheitspersonal arbeiten darf, wird vom 25. Oktober an möglicherweise keine einzige Tonne Kohle mehr produziert.

Wie kalt dieser Winter für die Briten wird, hängt damit ausschließlich von der Fähigkeit der Regierung Thatcher ab, die Kohlezufuhr zu den Elektrizitätswerken aufrechtzuerhalten. Auf den Halden vor den Kraftwerken und den Zechen liegt genug Kohle, um das Land durch den Winter zu bringen. Doch was wird, wenn Eisenbahner, Lastwagenfahrer und Kraftwerksarbeiter dem Aufruf der Gewerkschaftsführung folgen und keine Hand an die Kohle legen?

Für Frau Thatcher und ihr Kabinett hat die Stunde der Wahrheit geschlagen. Sie müssen jetzt den Beweis antreten, daß sie wirklich zu führen vermögen, daß ihre neuen Gewerkschaftsgesetze auch greifen. Viel zu lange haben sie abseits gestanden und diesen rein politischen Konflikt einem einzelnen Firmenchef überlassen. Der aber war natürlich damit überfordert – wie die Entscheidung der Steiger jetzt zeigt.

Hyperions Bauchlandung

Von Günter Zehm

Er habe „nicht mehr das ausreichende Vertrauen der Stadt, ihrer Repräsentanten und der Öffentlichkeit". So Niels-Peter Rudolph, der Intendant des Hamburger Schauspielhauses, zur Begründung seines überraschenden Rücktritts. Man kann ihm schwer widersprechen, das Vertrauen ist wirklich auf allen Seiten zerstört. Nur muß man sich fragen: Wer ist verantwortlich dafür? Und keine Antwort kommt an der Einsicht vorbei, daß den Intendanten selbst ein gerüttelt Maß Schuld trifft.

Gewiß, es gab schwere Zeiten. Der Umbau des Hauses, das Spielenmüssen auf Ausweichbühnen, die leeren Kassen der Stadt und die – in Hamburg freilich fast schon traditionelle – Inkompetenz der Kulturbehörde waren Hypotheken, die auch einen standfesteren Mann oft in Verzweiflung getrieben hätten. Aber Rudolph wußte schließlich, was ihm blühte.

Mit ein bißchen Lebensmut und administrativer Gewandtheit hätte er viele Klippen umschiffen können. Statt dessen muffelte er von Anfang an herum, entmutigte seine Mitarbeiter durch frühe Rücktrittsdrohungen, verstimmte das Publikum mit fragwürdigen Polit-Aktionen (man denke nur an die lachhafte „Gastspielreise" nach Nürnberg zu den „Opfern des KOMM-Prozesses") und führte sich als hölderlinscher Hyperion auf, der „unter die Deutschen gefallen" sei. Das konnte nicht gutgehen.

Auch künstlerisch hat Rudolph nicht eingelöst, was viele von ihm erwarteten. Es ist ihm nicht gelungen, eine eigene, unverwechselbare Handschrift zu entwickeln. Er verwaltete mehr schlecht als recht die Restbestände des überzogenen Regietheaters aus der Nagel-Ära, schielte nach Bochum zu Peymann und zu Flimm nach Köln und gab den Hamburger Theaterfreunden immer das Gefühl, daß sie nicht optimal bedient würden, sondern nehmen müßten, was in anderen Metropolen schon einmal durchgehechelt worden war.

Rudolphs Abgang jetzt unmittelbar nach Eröffnung des renovierten Hauses zeugt überdies nicht von gutem Geschmack, beleidigt hanseatischen Bürgersinn. Wohl niemand wird ihm eine Träne nachweinen. Man kann nur noch hoffen, daß die politischen Instanzen bei der Bewältigung der so dramatisch offenbarten Krise an ihrer Aufgabe wachsen.

Schein oder nicht Schein

Von Enno v. Loewenstern

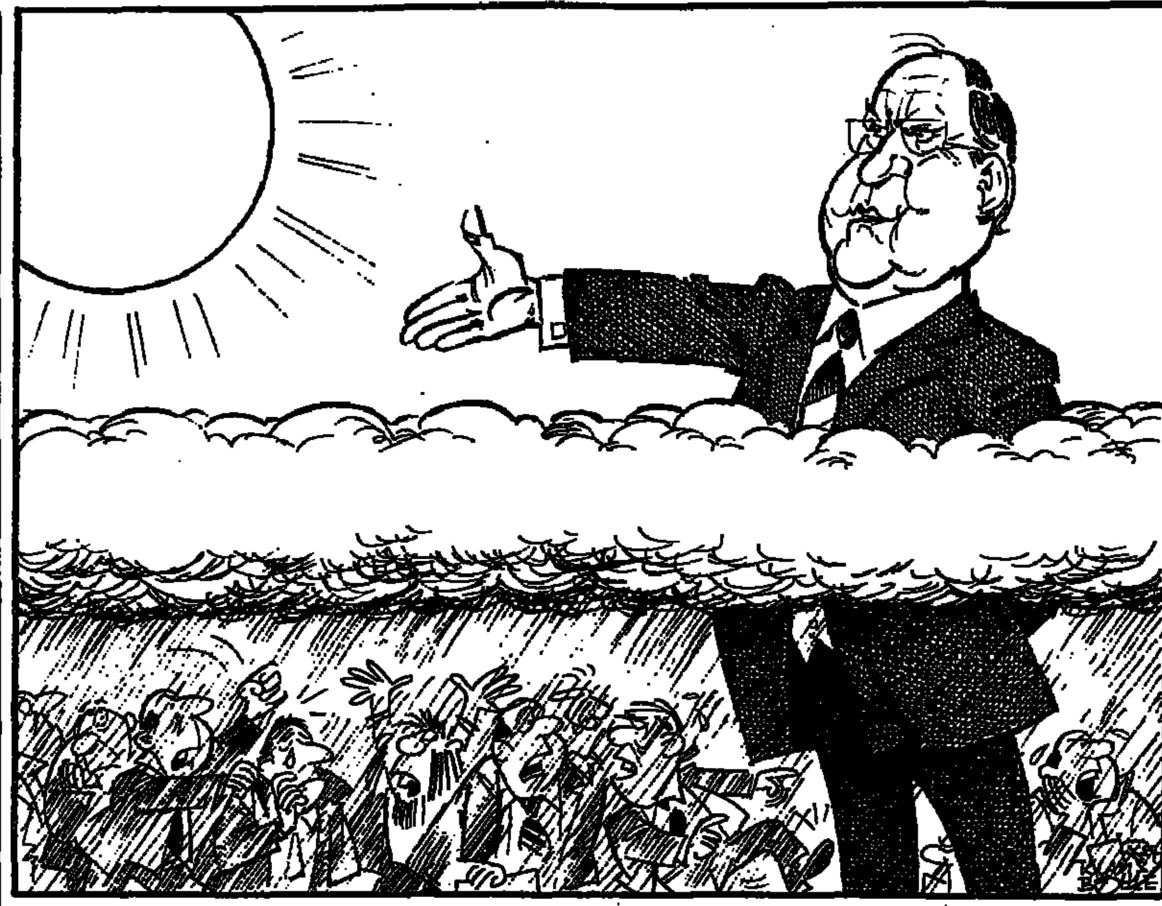
Die christliche Union, oder ein Teil von ihr, oder möglicherweise ein christlich regiertes Bundesland – jedenfalls irgendwer wird demnächst einen Vorstoß in der Abtreibungsfrage unternehmen. Zwar nicht dazu, ob die Beinahe-Totalfreigabe verfassungsmäßig ist, die sich hinter dem Alibibegriff „Soziale Indikation" verbirgt; das ist koalitionspolitisch zu heikel. Aber doch immerhin zur Klärung, ob keimendes menschliches Leben eine Krankheit ist, die auf Krankenschein beseitigt werden kann.

So daß die Solidargemeinschaft sich unmittelbar an der Vernichtung menschlichen Lebens beteiligen muß, gleichviel, wie der einzelne darüber denkt.

Sollte der Vorstoß Erfolg haben, so wird die Beseitigung des im Einzelfall für unwert, weil störend, gehaltenen Lebens aus der eigenen Kasse zu finanzieren sein. Was in der Wohlstandsrepublik kaum ein Problem ist. Danach muß sich also an der Praxis der massenhaften Tötung, die mit hundert- bis zweihunderttausend jährlich allein in der Bundesrepublik hiroshima- bis auschwitzhafte Dimensionen erreicht, nicht viel ändern.

Oder doch? Abgesehen davon, daß wir dann wenigstens nicht mehr alle zu Mittätern gemacht werden: ein paar Fragen könnten auftauchen. Einige hundert bis tausend Mark kostet es ja doch. Die Frage, woher der angebliche Sozialfall das Geld hat, könnte bei der Prüfung aufgeworfen werden. Verbunden mit der Frage, ob man dann wirklich nicht genug hat, ein Kind am Leben zu erhalten.

Wer dagegen Armut plädiert und das Geld von der Fürsorge will, mag dort belegen, wie schlecht er dasteht. So könnte am Ende ein neues Nachdenken entstehen über die Frage: geht es uns wirklich so schlecht, daß wir zwar große Aktionen gegen die Hungertoten in der Dritten Welt starten können, mit dem Massentod aus angeblicher Not bei uns dagegen – nun ja – leben müssen?



„Wetten, daß die Sonne scheint?" KLAUS BÖHLE

Der Besuch, der stattfand

Von Bernt Conrad

Der Besuch Nicolae Ceausescus in Bonn ist ohne Überraschungen oder dramatische Wendungen über die Bühne gegangen. Man war sich in der grundsätzlichen Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit einig, nicht aber im abrüstungspolitischen Detail und in der Frage der Rumäniendeutschen. Mehr hatte auch kaum jemand vom rumänischen Staats- und Parteichef erwartet, wenngleich die Starrheit seiner Mitarbeiter beim Ringen um einen gemeinsamen Kommuniquétext befremdete.

Das wichtigste war, daß der Besuch überhaupt stattgefunden hat. Auf diese knappe Formel brachte Helmut Kohl das Ergebnis. Das ist zwar eine bescheiden klingende, angesichts der vorausgegangenen Absagen Erich Honeckers und Todor Schiwkows jedoch durchaus gewichtige Bilanz. Sie besagt, daß die von Moskau als Folge der Nachrüstung angedrohte und von der Bonner Opposition freudig herbeigeredete „Eiszeit" zu Osteuropa nicht eingetreten ist. Dies hat sogar der stellvertretende SPD-Vorsitzende Rau nach einem Gespräch mit Ceausescu zugeben müssen.

Dabei ist die eigenwillige Person des rumänischen Staatspräsidenten keineswegs, wie mancher suggerieren möchte, der einzige Faden, der Bonn noch mit dem Osten verbindet. Das beweisen die zurückliegenden New Yorker Gespräche des Bundesaußenministers mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und fast allen anderen Amtskollegen aus dem Ostblock ebenso wie Genschers geplante Reisen nach Budapest, Warschau, Prag, Sofia und Bukarest.

Aber Ceausescu hat immerhin als Staatschef abgesegnet, daß die Bundesregierung ungeachtet ihres Festhaltens an der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und ihrer Solidarität mit dem amerikanischen Hauptverbündeten ein wichtiger Dialogpartner für Osteuropa bleibt. Dafür sprechen nicht zuletzt reale wirtschaftliche Bedürfnisse.

Und Ceausescu hat den Scharfmachern in seiner Nachbarschaft das Wasser abgegraben, indem er eine Aussage des Bundespräsidenten über die „territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen" als „klare Perspektive" rühmte. Genscher hatte zuvor schon im Bundestag und vor der UNO versichert, die Bundesrepublik Deutschland erhebe keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Diese Formel, der sich gegenüber Ceausescu nach dem Bundespräsidenten auch noch der Bundeskanzler angeschlossen hat, ist eine Bestätigung der Aussagen in Artikel I des Warschauer Vertrages.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühe hat bei der Erörterung der Grenzfrage im Bundestag auf die andere Seite hingewiesen, nämlich auf Artikel IV des Warschauer Vertrages, der besagt, daß der Vertrag „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen" berührt. Zu diesen Vereinbarungen gehört Artikel 7 des Deutschlandvertrages, der die endgültige Regelung der Grenzen Deutschlands einem Friedensvertrag vorbehält. Das steht in keinem Widerspruch zur Verpflichtung des Artikels I und schon gar nicht zum Gewaltverzicht des Artikels II des Warschauer Vertrages. Alle drei Bestimmungen zusammen begründen den Bonner Standpunkt zur Grenzfrage, auch wenn sich Richard von Weizsäcker, Kohl und Genscher nur auf den ersten Teil bezogen haben. Das weiß man in Bukarest ebenso wie in Ost-Berlin, Warschau und Moskau.

Ein Problem freilich ist bei der deutschen Begeisterung, sich zu den Ostverträgen per „territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen" zu bekennen, entstanden: es gibt, entgegen der Sowjetpropaganda und daraus erwachsenen vereinfachten hiesigen Vorstellungen, außer den deutschen Gebietsfragen noch andere. Die Ungarn haben sehr starke Ansichten hinsichtlich ihrer zweieinhalb Millionen Landsleute in Rumänien. Das Problem geht uns nichts an; um so besser wäre es gewesen, sich auf die deutsche Frage zu beschränken und Budapest nicht durch einen undiplomatischen Pauschaltritt ins Fettnäpfchen zu verärgern.



Wann kommt der nächste Ärger mit Moskau? Ceausescu, von Weizsäcker FOTO: AP

Kohl und Ceausescu waren sich darin einig, daß nach der amerikanischen Präsidentenwahl verstärkte Anstrengungen für einen Dialog zwischen den Supermächten unternommen werden müßten. Genauso denkt Reagan. Alles spricht dafür, daß die sowjetische Führung am Dialog nicht vorbeikommen wird. Insofern war Kohls und Ceausescus Willen zum Brückenschlag durchaus realistisch, ohne daß dabei die rumänischen Einflußmöglichkeiten überschätzt werden sollten.

Heikelster Punkt der Bonner Gespräche mit Ceausescu war die von der restriktiven Innenpolitik Bukarests nicht zu trennende Frage der Rumäniendeutschen. Ceausescu läßt sich die Ausreise jedes Einzelnen von der Bundesrepublik teuer bezahlen und hat dennoch den zwielichtigen Zwischenhändlern, die von den Ausreisewilligen deftige „Schmiergelder" verlangen, bisher nicht das Handwerk gelegt. Außerdem macht man Rumäniendeutschen, die Ausreiseanträge gestellt haben, im Beruf Schwierigkeiten. Die in der Verfassung garantierte sprachliche und kulturelle Eigenständigkeit der deutschen Minderheit ist in der Praxis kaum gegeben.

Darauf haben Weizsäcker, Kohl und Genscher in höflicher, aber entschiedener Form hingewiesen. Ceausescu hat Verständnis gezeigt, aber nichts versprochen. Wie weit daraus die vom Kanzler erhoffte „Bewegung" entstehen kann, wird sich erst noch zeigen müssen.

IM GESPRÄCH Otelo Carvalho

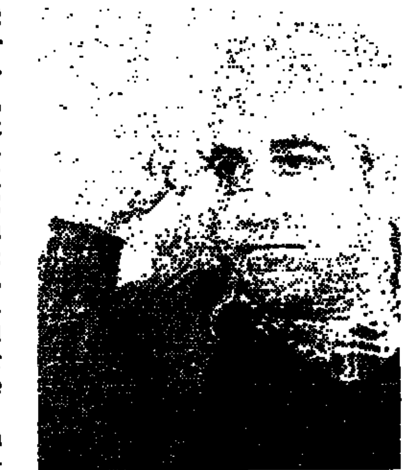
Der Spät-Revolutionär

Von Rolf Görtz

Weißhaarig trotz seiner erst 52 Jahre, kräftig, stämmig – er könnte Lotse sein – so lieben ihn viele Portugiesen. Vor allem die Armen, mit denen er bis tief in die Nacht zusammensitzen kann. Ein Volkstribun, nicht finster wie sein Vorbild Lenin, sondern offen, beweglich und der Heiterkeit beim frugalen Mahl und beim Landwein hingegeben: Oberstleutnant Otelo Saraiva Carvalho, der im afrikanischen Moçambique geborene Kolonialoffizier und Generalstabschef der Revolution der Roten Nelken vom 25. April 1974, die als Offiziersputsch begann.

Seit Dienstag sitzt er zum dritten Male im Gefängnis jenes demokratischen Staates, den er schaffen half und den er sich ganz anders vorstellte. Ihm und drei weiteren von insgesamt fünfzig Verhafteten wird vorgeworfen, eine terroristische Organisation „freiwillig und bewußt gegründet, vorangetrieben und geleitet" zu haben: Die „Streitkräfte des Volkes", FP 25 genannt in Anlehnung an den Tag des Aufstandes. Ein Dutzend Morde vor allem an Unternehmern und Landwirten kommen auf ihr Gewissen. Vor einer Woche platzten drei Bomben als Protest gegen die Revision jener Landreform, die den Süden Portugals in eine gewaltige Kolchosenprovinz verwandeln sollte. So jedenfalls wollte es damals die extreme Linke.

„Niemals wird es freie Wahlen geben," hatte Kommunistenführer Alvaro Cunhal, der die Macht in seinen Händen wähnte, 1975 angekündigt. Er selbst hatte zwei der Rebellenoffiziere schon 1973, Monate vor dem Putsch, seinen sowjetischen Auftraggebern zugeführt. Das war in Prag. Später gewannen die roten Offiziere, wie Carvalho, den Eindruck, daß die Sowjetunion gar nicht an einer Volksrepublik Portugal interessiert war, weil das viel zu teuer käme. Moskau wollte die portugiesischen Kolonien in Afrika. Und als Offiziere wie der rote Admiral Rosa Coutinho die Kolonien gegen die Anweisung ihrer Regierung allein den sowjetisch gelenkten unter den schwarzen Widerstandsbewegungen übergaben, da ließen die Sowjets in Portugal selber den Dingen ihren Lauf. „Ich bin der Fidel Castro Portugals, und Portugal wird das Kuba Europas werden", triumphierte Carvalho dennoch, Arm in Arm mit dem Diktator in Havana. Carvalho war damals als General Mitglied eines dreiköpfigen Direktoriums an der Spitze des Staates. Im November 1975 aber, als sich zwei rote Regimenter in Lissabon, von Carvalho unterstützt, erhoben, hatte das portugiesische Volk das kommunistische Spiel längst durchschaut. Und der junge Generalstabschef, der den Aufstand rasch niederschlug, General Ramalho Eanes, sagte der WELT wenig später vor seiner ersten Wahl als Staatspräsident: „Natürlich wird Carvalho vor ein Gericht gestellt wegen Hochverrats."



Der Rebell und die Terroristen: Carvalho FOTO: AP

Nichts dergleichen geschah. Die Angelegenheit zerrann in einem echt portugiesischen Arrangement, das Risiken scheut. Verhaftet und verurteilt wurde u. a. Carmen Isabel do Carmo, intellektuelle Inspirateurin und schwermütige Geliebte der roten Offiziere. „Erst wenn Blut fließt, kann die Revolution gelingen," hatte sie gepredigt. Jetzt floß Blut. Jetzt soll Carvalho vor Gericht. Die Anschläge seine Bande haben keine Revolution bewirkt; die Prophezeiung war Wunschdenken. Und die KP hat ihn längst fallen gelassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie schreibt zu den Grünen:

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, grenzte sich und seine Organisation von der sogenannten Umweltpartei sehr scharf ab und bescheinigte ihr, sicherlich auch angesichts der hessischen Verhältnisse, nicht regierungsfähig zu sein. Er stellte auch klar, daß ihm die Grünen nicht nur durch ihr gestörtes Verhältnis zur Macht, sondern, schlimmer noch, zur Gewalt unheimlich seien. Völlige Handlungsunfähigkeit attestierte Breit nicht ganz zu Recht dem Vorstand der Grünen, in dem zwar gelegentlich das Chaos herrscht, manchmal aber auch die kühle Kalkulation die Oberhand gewinnt, mit welchen Streichen wohl die Gesellschaft zu erschüttern wäre, die sich mehr gefallen läßt, als jemals erwartet wurde.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie schreibt zum Waldsterben:

Gemeinsam waren sie vor die Presse gezogen, die Minister Kiechle und Zimmermann, der eine für die Sauberkeit der gesamten Umwelt zuständig. Gemeinsam beklagten sie die Schädigung des Waldes und verfehlten dabei nicht, Eindruck auf die Wehgeschrei gewohnte Presse zu machen. Eindruck machten aber auch die Widersprüche in den Prognosen: Betonte Kiechle, der „Trend einer weiteren Schadenszunahme in unseren Wäldern" sei „noch nicht gebrochen", räumte Zimmermann ein, in den nächsten Jahren könne er „eine weitere Zunahme der Waldschäden nicht ausschließen", so gab sich der Umweltminister gleich darauf davon überzeugt, daß die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen „die Lebensbedingungen für den Wald schon in den nächsten Jahren nachhaltig verbessern würden". Wird es nun „besser" für den Wald oder nicht? Die von Zimmermann aufgeführte Maßnahmenliste ist lang und soll hoffnungsfroh stimmen. Sie hat aber einen Schönheitsfehler: Es handelt sich vor allem um „eingeleitete" Schritte, und es ist durchaus noch nicht sicher, ob diese Schritte auch vollzogen werden.

Allgemeine Zeitung

Die Mainzer Zeitung kommentiert die Weihnachtsbutter:

Allerdings sollte man nicht vergessen, daß sich Europas Verbraucher als Steuerzahler selber die Subventionen für diese Billigaktion finanzieren. Das ist fürwahr dann doch kein rechtes Weihnachtsgeschenk... Die kostspieligen Butterüberschüsse der EG kosten allein an Lagerhaltung mehr als 2,25 Millionen DM täglich. Nur ein geringer Teil des Butterberges wird in Weihnachtsgebäck verwandelt. Denn die Verbraucher lassen die zu normalen, also höheren Preisen angebotene Butter so lange beim Einzel- oder Großhandel liegen, bis es keine Billigbutter mehr gibt. Die privaten Tiefkühltruhen sind dann für kluge Käufer voll. So kommt es, daß die Überschüsse praktisch nur verlagert werden.

Südamerikas Guerrilla hat ihre Gründe für Verhandlungen

Die Gespräche in La Palma leiten einen langwierigen Prozeß ein / Von Günter Friedländer

Noch im Mai sprach Miguel Ungo, der Leiter des politischen Armes der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), bei einer Pressekonferenz in Costa Rica von einem guten Ergebnis der Wahlen in seiner Heimat: Nun habe man in Napoleon Duarte einen verantwortlichen Sprecher der Regierung, mit dem man reden könne. Wenig später bot die Guerrilla dem Präsidenten Friedensgespräche an, auf die er nicht reagierte. Statt dessen lud Duarte seinerseits mit einer dramatischen Geste vor der Generalversammlung der UNO die FMLN nach La Palma ein.

Der enttäuschte Ungo – die FMLN hatte Anerkennung für die Initiative zu Friedensgesprächen ernten wollen – nannte Duarte „doppelzüngig", während Duarte überall Lob für die Friedensinitative erhält, die als kühn, mutig und selbstsicher bezeichnet wird. Man kann Ungos Ärger verstehen.

Seit etwa zwei Jahren ist eine Wendung in der Politik vieler Guerrillagruppen nicht nur des nördlichen Lateinamerika sichtbar; die vielleicht einzige wirklich auffällige Ausnahme bilden die Senderistas in Peru. Schon früher hatte Venezuelas Guerrilla ihren Kampf eingestellt, den einer ihrer Führer, Teodoro Petkoff, „eine völlige Niederlage" nannte. Kolumbiens M 19 hatte mehrmals angeboten, Petkoffs Beispiel zu folgen und sich mit der Gründung einer politischen Partei zufrieden zu geben. Nach Fidel Castros Sieg hat die Guerrilla nur noch in Nicaragua Erfolg gehabt. Hingegen hat sich die Breschnew-Doktrin, daß kein Land das kommunistische Lager verlassen könne, in Lateinamerika (Chile und Grenada) als falsch erwiesen.

Die vielleicht größte Enttäuschung der Fürsprecher des Guerrillakampfes ist, daß diejenigen, die ihn im Dienst des Marxismus ausfechten, nie ihren Marx richtig gelesen haben. In Lateinamerika setzt sich die Guerrilla aus ideologisch ganz unterschiedlichen Gruppen zusammen. Ideologische Differenzen führen gelegentlich sogar zu dem, was in der nordamerikanischen Politik „Kannibalismus" genannt wird: der Kampf im Prinzip angeblich Gleichgesinnter gegeneinander. Nirgendwo wird Ideologie, die große Leidenschaft der lateinamerikanischen Guerrilleros, so verachtet wie bei Karl Marx, für den Ideologien nur ein betrügerisches Manöver der Bourgeoisie waren. Vielleicht hatte Marx hier einmal recht? Schließlich sind Lateinamerikas Guerrillaführer im allgemeinen Kinder der Bourgeoisie.

In den letzten Jahren versuchte Castro im Auftrag der Sowjetunion, die ideologische Zersplitterung der lateinamerikanischen Guerrilla – Leninisten, Trotzkisten, Maoisten, Fidelisten und andere – in verschiedenen Ländern zu überwinden. In El Salvador gelang es nur oberflächlich durch die Bildung einer gemeinsamen „Front" – das Wort wird jetzt überall gern gebraucht –, ohne daß die Rivalitäten der fünf Gruppen, die sie bilden, deshalb aufgehört hätten. In Kolumbien gelang nicht einmal eine Frontbildung, bis die verschiedenen Gruppen einen Waffenstillstand mit Betancur unterschrieben. Danach erst schafften es die leninistischen FARC mit dem ideologisch nicht klar definierten M 19, einigen radikalen Linksparteien und kommunistischen Gewerkschaftlern eine gemeinsame Front zu bilden, die nun die Vorteile einer demokratischen Gesellschaft genießt, vor allem freien Zugang zu den Massenmedien. Man hört deshalb oft in Kreisen besorgter kolumbianischer Politiker, daß diese Front für die bestehende Ordnung gefährlicher werden könnte, als es die Guerrilla je war.

Es gibt noch andere Gründe für das Einlenken der Guerrilla. Der Bürgerkrieg hat viele Menschenleben gekostet, und die Guerrilla fand es schwer, ihre Reihen aufzufüllen. Oberst Blandon von der salvadorianischen Armee sagte im Mai, daß seit Dezember neunhundert Guerrilleros desertierten. Hinzu kommt ein menschliches Problem. Tausende kubanische „Berater" stoßen in Nicaragua auf Widerstand, und das ist nicht nur dort bekannt. Sie sind ebenso wie ihre Kollegen aus anderen kommunistischen Ländern im Gegensatz zu den nur fünfundfünfzig in El Salvador stationierten nordamerikanischen Beratern zu sichtbar und entfremden das Volk von seinen angeblichen Befreiern.

Auch Grenada macht die Guerrilla nachdenklich. Sie begreift, daß es Reagan in Lateinamerika mit seinem „bis hierher und nicht weiter" ernst ist.

Das alles heißt nicht, daß die in La Palma begonnenen Gespräche leicht sein werden. Sie können lange dauern und vorübergehend zu neuen Kämpfen führen, weil kurzfristige Taktik oft der langfristigen Strategie zu widersprechen scheint. Die Guerrilla muß den bestmöglichen Start für ihre neue Politik mit anderen Mitteln – nämlich den Mitteln der Politik – aushandeln, und das ist ein langwieriger Prozeß.

Der Papst kommt den Traditionalisten entgegen

Unter gewissen Bedingungen kann in der katholischen Kirche wieder die Messe nach tridentinischem Ritus gelesen werden. Doch mit dieser Konzession gegenüber den Traditionalisten hat der Papst eine Bekräftigung der Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils verbunden.

Von ALFONS DALMA

Latein war auch bisher eine für den Gottesdienst in der römisch-katholischen Kirche zugelassene Sprache. Von nun an darf aber die Messe auch nach dem alten Ritus und Text gelesen werden, wie sie vierhundert Jahre lang vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil üblich waren. Der Unterschied liegt nur darin, daß bis jetzt keine Abweichung von der sakramentalen Dramaturgie, wie sie durch das Meßbuch Pauls VI. 1970 festgelegt wurde, erlaubt war. Nunmehr kann wieder die Gestaltung des Inhalts und der äußeren Formen nach dem „Missale Romanum" des Papstes Pius V. aus dem 16. Jahrhundert vorgenommen werden. Eine besondere Erlaubnis des Bischofs war und bleibt notwendig. Das ist der Kern des in dieser Woche bekannt gewordenen vatikanischen Dekrets.

Die Auguren wollen von den großen Spannungen wissen, die der Entscheidung vorausgegangen sein sollen und weiterhin nachwirken. Daß sich in der zuständigen Riten-Kongregation eine Mehrheit und eine Minderheit ausgebildet hätten, dürfte wahr sein, weil es dem normalen Ablauf der Dinge entsprechen würde. Auch wenn sich der Papst der Meinung einer knappen Majorität angeschlossen und dadurch den Ausschlag gegeben hätte, wäre das ein durchaus ordentlicher Vorgang. Weder der Werdegang des Entschlusses, noch der Sinn der Verfügung lassen den relativ großen Lärm, den die sogenannte progressistische Publizistik gemacht hat, gerechtfertigt erscheinen.

Nach der Feststellung, daß nicht die lateinische Sprache, sondern der alte Ritus wieder unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden kann, muß der Unterschied zwischen der traditionellen Messe, wie sie durch das Konzil von Trient erarbeitet worden ist, und der „paulinischen" Liturgie, die seit dem zweiten Vatikanum in Geltung ist, klar erfaßt werden. Der frühere katholische Gottesdienst hatte als äußerliche Merkmale die Abkehr des Priesters von der Gemeinde und die Sakralität einer besonderen, ungewöhnlichen, den meisten unverständlichen Sprache, des Latein eben. Sinngemäß und inhaltlich war er auf die Mystik des Geheimnisses der Wandlung hin konzentriert, deren Urheber und Träger, der Priester, im Mittelpunkt der Handlung stand.

Das vatikanische Meßbuch Pauls VI., nach dem der Geistliche der Gemeinde zugewandt ist, während die Messe in der Volkssprache gelesen wird, hebt das sakramentale Gemeinschaftserlebnis und das kollektive Geschehen im Gebet hervor. Diese Liturgie-Reform des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Päpste Johannes XXIII. und Pauls VI. bleibt nach wie vor für die römische Kirche allgemein gültig. Der lateinische Gottesdienst nach dem alten Ritus wird ausdrücklich als eine begründete Ausnahme zugelassen. Bisher schon waren die in Latein gehaltenen Liturgien selten, die an ihnen interessierte Gemeinde von Gläubigen klein. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß sie durch die Ausdehnung des genehmigungspflichtig Erlaubten auf den tridentinischen Ritus größer werden.



Erzbischof Marcel Lefebvre
FOTO: MANFRED GROHE

Die Verfügung des polnischen Papstes wird indessen als eine besondere Konzession an den französischen Erzbischof Marcell Lefebvre, der aus Anhänglichkeit gegenüber der Tradition fast ein Schismatiker geworden ist, interpretiert. Der „Rebell von Econe" hat auch das vatikanische Dekret als einen Sieg seiner Traditionsbewegung begrüßt. Der ehemalige Erzbischof von Dakar mag sich über den Ärger seiner progressistischen Gegner freuen, in Wirklichkeit steht ihm aber eine neue Prüfung in der Tugend der Demut bevor.

Die Riten-Kongregation hat die Zulassung der tridentinischen Messe an eine ganze Reihe von Bedingungen geknüpft, worunter die erste die Zuständigkeit für die Zulassung auf die Diözesan-Bischöfe beschränkt. Die Anhänger Lefebvres werden also nach ihrer örtlichen Zugehörigkeit den amtierenden Bischof ihres geographischen Bereiches anrufen müssen, weil Lefebvre selbst nur noch Titular-Erzbischof von Sinnada in Kleinasien ist, ohne einen eigenen Rechtsprechungsbereich also. Es wird interessant sein abzuwarten, ob der selbstbewußte Streiter für die traditionelle Autorität des Papstes sich mit dem vorgeschriebenen Weg zur Erfüllung seiner liturgischen Wünsche zufrieden gibt oder vom gallikanischen Selbstbewußtsein und Hochmut leiten läßt.

Am Beispiel des widerspenstigen französischen Prälaten kann auch der Einwand der Links-Katholiken, die Autorität der Bischöfe werde geschädigt, gemessen werden. Einmal sind nur die Bischöfe berufen, sich darüber ein Urteil zu bilden, wie viele Genehmigungen und an wen sie erlassen wollen, zum anderen sind sie vom Vatikan im Rahmen einer eingehenden Umfrage darüber konsultiert worden, wie sich weltweit die Liturgie-Reform von 1970 bewährt hat. Erst nach der einstimmigen Feststellung, daß sie unter den Gläubigen gut aufgenommen wurde und bereits fest verankert ist, hat sich Johannes Paul II. zur Sonderkonzession an die Anhänger der Tradition entschlossen. Und schließlich, nach einem Jahr müssen die Bischöfe über ihre Erfahrungen mit den „tridentinischen Lateinern" berichten. Von der Beurteilung der Erfahrungswerte wird der Fortbestand der gewährten Konzession abhängen.



Mit dem Rücken zur Gemeinde: Messe in tridentinischer Form
FOTO: KNA

Eine charakteristische Vorbedingung für die Zulassung der alten lateinischen Messe zu Gunsten der einzelnen Priester oder auf Ersuchen von Gruppen von Gläubigen ist die Forderung nach einem schriftlichen Bekenntnis zu den Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils und zur allgemeinen Geltung des Meßbuchs von 1970. Ganz abgesehen davon, daß diese Hürde für Marcel Lefebvre wahrscheinlich unübersteigbar sein dürfte, stellt diese Bestimmung die beste Antwort auf den Anwurf dar, ein Rückfall in die traditionelle Rückständigkeit werde nun neue Hindernisse für die ökumenischen Kontakte und das Verständnis unter den reformierten Christen herbeiführen.

Das vatikanische Entgegenkommen gegenüber den Traditionalisten, zwischen der allgemein gültigen Regel und der verständnisvollen Ausnahme, entspricht der protestantischen Freizügigkeit in Fragen der Auswahl von Riten, Gebeten und Sprachen. Warum sollte Latein allein mit Anathema belegt werden?

Die bedingte Wiederzulassung des tridentinischen Gottesdienstes erscheint also als eine versöhnliche Geste gegenüber einer in vier Jahrhunderten bewährten Tradition, die für viele katholische Gläubige ein individuelles Erlebnis darstellt, das ihnen ohne unbillige Härte nicht verweigert werden kann. Die kirchliche zeitgeschichtliche Erfahrung soll zeigen, wie groß und wie dauerhaft das geistige Bedürfnis danach sein wird.

Und schießlich sind die Riten auch eine Frage der Ästhetik. Die Schönheit der Liturgie und der liturgischen Gegenstände ist ein Hilfsmittel auf dem Wege zum religiösen Erlebnis. Der progressistische italienische Bischof von Ivrea, Monsignor Bettazzi, hat es zwar abfällig gemeint, unwillkürlich aber richtig getroffen, als er zum Thema sagte: „Warum soll der Papst nicht einer kleinen Gruppe von Ästheten einen Gefallen tun?"

Wackersdorf oder Dragahn – das ist hier die Frage

Daß sie kommt, gilt als ziemlich sicher; wo sie gebaut wird, ist umstritten. Um die atomare Wiederaufbereitungsanlage bemühen sich Niedersachsen und Bayern.

Von PETER SCHMALZ

Das Schwandorfer Amtsblatt Nummer 42 wird Landrat Hans Schuierer heute nur widerwillig in die Hand nehmen; am liebsten wäre ihm, die Ausgabe würde überhaupt nicht erscheinen. Denn in dem druckfrischen Exemplar findet er seine Unterschrift unter einem Bebauungsplan, den der SPD-Mann mit tiefer Überzeugung ablehnt, was ihm dieser Tage sogar die Androhung der Amtsenthebung durch die bayerische Staatsregierung eingebracht hat. Ihm blieb nur eine Wahl: Entweder mit den Zähnen knirschen und als kommunaler Wahlbeamter die Weisung der Regierung zu vollziehen, oder sich zu widersetzen und zu gehen. Der Landrat entschied sich fürs Knirschen.

„Der Bebauungsplan für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf wird veröffentlicht und dann im Amt zur öffentlichen Einsicht ausgelegt", sagte Hans Schuierer am Wochenanfang zur WELT. „Aber meine Bedenken gegen die Anlage bleiben bestehen."

Der Landrat aus der bayerishen Oberpfalz wird seine Bedenken noch viele Jahre mit sich herumtragen und seinen Amtspflichten unterwerfen müssen, falls das eintritt, was der „Spiegel" in seiner letzten Ausgabe als angebliche Sensation berichtete, was unter Fachleuten aber längst schon als wahrscheinlich betrachtet wird: „Am 18. Dezember wird der Aufsichtsrat der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) Wackersdorf in Bayern den Zuschlag geben. das ist intern entschieden." Und das Nachrichtenmagazin präsentiert auch gleich Bayerns Ministerpräsidenten Strauß als Sieger und dessen Kollegen aus Hannover, Albrecht, als Verlierer in dem Poker um die mit mindestens 4,3 Milliarden Mark teuerste Baumaßnahme, die derzeit im Staat zu vergeben ist.

„Glatter Unsinn", konterte Albrecht den Bericht aus Hamburg. München dagegen bleibt stumm, nachdem Strauß erst dieser Tage die Parole ausgegeben hat: „Am besten ist es, jetzt zu schweigen." Dieser Satz läßt immerhin die Überlegung zu, der bayerische Regierungschef sehe sich im Besitz der besseren Argumente, denen weitere nicht hinzuzufügen sind. Daß er andernfalls die Klaviatur öffentlicher Äußerungen zu nutzen wüßte, um Druck in seinem Sinne zu erzeugen, demonstrierte er in der Vergangenheit in reichem Maße.

In der Tat bringt Bayern in das Tauziehen um die Wiederaufarbeitungsanlage, die in ihrer zehnjährigen Bauzeit über 10 000 Arbeitsplätze sichert und in der Betriebsphase über 2000 zum Teil hochqualifizierte schafft, einen gewichtigen Pluspunkt ein, über den die Münchner den Konkurrenten aus Hannover gerne stolpern sehen möchten: Die politische Stabilität des Freistaats.

Wenn hier im Herbst 1986 der nächste Landtag gewählt wird, dann ist selbst beim Abschmelzen der Bauernstimmen kein Zweifel daran, daß die CSU wie seit 1962 in unterbrochener Reihenfolge wieder die absolute Mehrheit und damit allein die Regierung stellen wird. Und ihr Bekenntnis zur Kernenergie und der Entsorgung über eine Wiederaufarbeitungsanlage trägt von der Regierung in München bis hinunter zur CSU im Kreistag von Schwandorf, wo sich die 29 CSU-Kreisräte vor zwei Monaten einstimmig für die Anlage und gegen das 32stimmige Nein von SPD, Grünen und Freien Wählern ausgesprochen haben. Ob Albrecht aber im selben Jahr seine knappe Mehrheit gegen die ausgemachten Atomgegner von Rot und Grün behaupten kann? In Bayern hält sich das Bedauern in engen Grenzen, daß diese Frage nicht mit einem überzeugenden Ja beantwortet werden kann.

In der Münchner Staatskanzlei wie auch im Umweltministerium erinnert man sich mit merklichem Kopfschütteln der atomaren Sprunghaftigkeit von Hannover. „Es war für uns als Befürworter der Kernenergie ein schwerer Schlag, als Albrecht das integrierte Entsorgungskonzept in Gorleben für politisch nicht durchsetzbar erklärte", meint ein CSU-Politiker. Und in den Reihen der bayerischen Regierungspartei hört man den nach Norden gerichteten Vorwurf, Niedersachsen sei mit der Bewerbung für seinen Wiederaufarbeitungsstandort Draghan erst dann in den Ring gestiegen, als das atomare Milliardengeschäft mit strukturpolitischem Glanz versehen und positiv darzustellen war. Konkret gesagt: An der Isar gönnt man Hannover das lukrative Projekt nicht und würde in einer Vergabe an Bayern die Belohnung für eine gradlinig konsequente Kernenergie-Politik sehen auch zu Zeiten, als die politisch weniger opportun erschien. „Bayern hat", sagte Ministerpräsident Strauß am Wochenende in der „Passauer Neuen Presse", „damit der Bundesregierung aus einer Verlegenheit geholfen."

Auch Albrecht scheint den Wahltermin als Minusposten seiner Draghan-Bewerbung anzusehen, obwohl er überzeugt ist, gegen ein rot-grünes Bündnis die Mehrheit behaupten zu können. Als er aber kürzlich zu einem Geheimtreffen bei Strauß in München war, wollte er diesen dafür gewinnen, die Standortentscheidung der DWK auf eine Zeit nach den 86er-Wahlen zu verschieben. Eine solche Verzögerung lehnte der bayerische Regierungschef allerdings ab.

Aufschübe gab es den Bayern ohnehin bereits zu viele. Umweltminister Alfred Dick hatte auf eine Entscheidung bis spätestens Mitte dieses Jahres gedrängt, jetzt kann er froh sein, wenn das Urteil überhaupt noch in diesem Jahr fällt.

Am Montag wird der DWK-Vorstand über den Standort beraten, eine Entscheidung ist aber nicht zu erwarten. Diese soll bei der nächsten Sitzung am 18. Dezember fallen, bei der DWK wird aber auch das darauffolgende Treffen im Februar nächsten Jahres als Entscheidungszeitpunkt nicht ausgeschlossen.

Den Stromproduzenten als Väter der DWK fällt dabei die Standortwahl leichter als die Frage, ob sie sich in das Milliarden-Abenteuer überhaupt noch stürzen sollen, denn die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe kommt bei den heute niedrigen Uranpreisen teurer als der Einsatz neuer Brennelemente.

In Marktnischen haben die Deutschen ihre Chance

Tendenzwende auf dem Foto-Markt: Nicht das Amateur-Foto, sondern der professionelle Bereich – Repro- und Röntgentechnik, Mikrofilm, Bürokopie etc. – verheißt Wachstum. Und hier liegen deutsche Anbieter gegenüber den Japanern gut im Rennen.

Von WERNER NEITZEL

„Über dem Thron der japanischen Foto-Industrie ziehen sich Gewitterwolken zusammen." Zu diesem für Nippons Kamerabauer beängstigenden Fazit kam im Jahre 1973 das Hamburger Deutsch-Japanische Wirtschaftsbüro in einer Lagebeurteilung. Tatsächlich haben Japans Foto-Konzerne seit geraumer Zeit mehr Probleme als ihnen recht sein kann. Die Schwierigkeiten, denen sich zeitweilig etwa die Firmen Yashica oder auch Mamiya ausgesetzt sahen sowie der Zusammenbruch von Firmen im Objektive-Geschäft, signalisieren den Ernst der Lage.

Insbesondere im Jahre 1982 mußte die japanische Foto-Industrie, die einstmals mit großem Elan zumindest im Amateurfoto-Sektor die bis dahin bedeutenden deutschen Produzenten mehr oder minder aus dem Felde schlug, einen starken Einbruch hinnehmen. Das Jahr 1983 verlief für die Kamerahersteller aus dem Lande der aufgehenden Sonne zwar wieder etwas besser, reichte aber bei weitem nicht an das Spitzenjahr 1978 heran. Auch wenn die japanischen Konzerne es nur ungern zugeben, sie sitzen nach wie vor auf „Kamerahalden". Denn einerseits stockt die Nachfrage in vielen wichtigen Abnehmerländern (so auch in der Bundesrepublik), andererseits sind in Japan im Laufe der Jahre nicht ohne staatliche Steuerung gewaltige Produktionskapazitäten entstanden – wie sich zeigt, zu große.

Den deutschen Herstellern der Foto-Szene, die zum Teil durch eigene Fehler und natürlich durch die japanische Markt-Offensive stark gerupft wurden, ist ob der japanischen Schwierigkeiten durchaus ein wenig Schadenfreude anzumerken. Es war ihnen ja auch nicht leichtgefallen, sich Zug um Zug (zuletzt auch Agfa) aus dem Apparategeschäft für die Massenfotografie – soweit es um die Produktion in der Bundesrepublik ging – zu verabschieden.

Sie suchten und fanden offenbar beizeiten ihr Heil in der Spezialisierung auf Marktnischen und Fachmärkte. Während der Markt der Amateur-Fotografie in den letzten Jahren in der Bundesrepublik ständig schrumpfte, tendierte der Foto-Anwendungsbereich in fachlichen Sektoren stetig nach oben. Die Nachfrage nach Produkten und Verfahren für die Berufs- und Werbe-Fotografie, die Röntgen- und Reprotechnik, Mikrofilm, Bürokopie und ähnliches ist offenbar noch längst nicht ausgereizt. Investitionen in Labor-, Kino- und Kopiereinrichtungen sichern kontinuierliches Wachstum.

Von den annähernd 10 Milliarden Mark, die im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik für Fotoprodukte ausgegeben wurden, entfiel mit 54 Prozent erstmals mehr als die Hälfte auf den professionellen Bereich. Die Sparte Amateurfoto nahm auf 46 Prozent ab. Wie in anderen Branchen (beispielsweise im Uhrensektor die Großuhr), hat die deutsche Foto-Industrie, sofern sie sich mehr und mehr auf Marktnischen – etwa schnell arbeitende Spezialkameras (Robot) – und auf Fachanwendungen konzentrierte, durchaus ihre Position behauptet.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der auf der grade beendeten Kölner „photokina 1984" den hiesigen Unternehmern Mut einzuflößen versuchte, fand den Grund heraus: Die Spezialisierung auf Fachprodukte passe besser zur deutschen Personal- und Kostenstruktur. Allein das Beispiel des Vormarsches japanischer Foto-Konzerne auf dem Gebiet der Kopiergeräte zeigt aber, daß auch die Fach-Fotografie vor japanischen Marktattacken keineswegs sicher sein kann.

Filmdokumente vom Holocaust an Israel

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Israelischen Institutionen, die sich ausschließlich oder teilweise mit der Geschichte des jüdischen Volkes befassen, wird in den nächsten Tagen von privater deutscher Seite eine umfangreiche Sammlung von Filmdokumenten über das Leben der Juden in Europa, vorwiegend während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung, zur Verfügung gestellt werden.

Die Chronos-Film GmbH in Berlin, die über eine der größten Privatsammlungen historischer Filmdokumente verfügt, wird dem Diaspora-Museum in Tel Aviv, der Yad Vashem-Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Jerusalem, dem israelischen Filmarchiv, dem „Ghetto Fighters' House" sowie dem israelischen Fernsehen Filmmaterial von insgesamt etwa 50 Stunden übergeben. Dieses Geschenk ist Teil einer Stiftungsaktion der Chronos.

Preise für Schüler

Neben der Übergabe des Filmmaterials veranstaltet die Chronos eine Israel-Reise von 20 Preisträgern des Schülerwettbewerbs über den von dieser Gesellschaft produzierten Film „Der gelbe Stern". Etwa 30 000 Schüler hatten sich an dem Ausschreiben, bei dem Kenntnisse über die Judenverfolgung im Dritten Reich nachgewiesen werden sollten, beteiligt.

Die Sieger werden Ende dieses Monats nach Israel reisen und dort mit israelischen Altersgenossen zusammentreffen. Über diese Begegnung soll ein Fernsehfilm produziert werden. Die deutschen Jugendlichen werden in Israel unter anderem Staatspräsident Chaim Herzog eine dreibändige Fotodokumentaton des Filmmaterials überreichen.

Gestern wurde in Bonn von der Chronos ein etwa dreiviertelstündiger Film präsentiert, der einen Querschnitt der gesamten Dokumentation bieten soll. Neben bekanntem Material wurden dabei auch Filmsequenzen gezeigt, die sich die Chronos in polnischen, tschechischen, mitteldeutschen und sowjetischen Archiven beschafft hatte. Obgleich wie gesagt der größte Teil der Aufnahmen bekannt ist, ist man entsetzt über die Zusammenballung von so viel gezeigtem menschlichen Leid und Sadismus.

Propaganda aus NS-Zeit

Gezeigt werden unter anderem eine jüdische Schule im Kaukasus in den 20er Jahren, jiddisches Theater in der Sowjetunion und eine Zwangsumsiedlung in Georgien im gleichen Zeitraum. Breiten Raum nimmt Filmmaterial ein, das der nationalsozialistische Apparat zu Propagandazwekken zusammenstellte. So Ausschnitte aus dem Film „Der ewige Jude" und des geplanten Filmes „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt".

Der von den Nazis beabsichtigte Effekt eines Abscheus gegenüber den Juden durch den Film „Der ewige Jude" beweist die Perversität des NS-Propaganda-Apparats. Die zusammengepferchten Juden erregen Mitleid, die Aversion jedes normalen Menschen muß sich gegen die Filmemacher richten. Aber auch Szenen aus Verhandlungen des Volksgerichtshofs gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli fehlen nicht.

Hugo Brandt sorgt für Verwirrung in der SPD

Von JOACHIM NEANDER

Schon wenige Tage, nachdem Oppositionsführer Hugo Brandt (SPD) in Mainz seinen Rückzug aus der Politik für Ende 1985 angekündigt hatte, scheint der Fahrplan nicht mehr zu stimmen. Das vorzeitige Bekanntwerden und eine gewisse Unruhe in der Partei haben der Sache eine Eigendynamik verliehen, die – wie Beobachter in- und außerhalb der SPD meinen – zu einer Beschleunigung der Entwicklung führen wird.

Ursprünglich hatte Hugo Brandt die Absicht, seinen Abschied von der Politik aus Gesundheitsgründen vor einem größeren Kreis erstmals in seiner Rede auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 24. November anzudeuten. Doch ließen



sich die ernsten Warnungen der Ärzte („Wenn Sie so weitermachen, können wir für nichts mehr garantieren") dann doch nicht geheimhalten. Nach ersten Zeitungsmeldungen (u. a. in der WELT) ergriff der Politiker seinerseits die Initiative und gab freimütig seine Pläne bekannt, sich als Fraktions- und Landesvorsitzender der SPD Ende 1985 nicht mehr einer Wiederwahl zu stellen.

Dieses Eilverfahren aber hat offenbar Teile der Partei verstimmt. Schon in der hastig noch vor der Pressekonferenz am letzten Freitag einberufenen Fraktionssitzung gab es betretenes Schweigen und keine einzige Wortmeldung. Der SPD-Landesvorstand ist als Gremium bis heute offiziell nicht informiert. Auch daß Hugo Brandt sich vor der Presse bereits auf seine Wunsch-Nachfolger (Rudolf Scharping als Fraktionschef, der Osthofener Bundestagsabgeordnete Gernot Fischer oder der Pfälzer Europa-Abgeordnete Willi Rothley als Landesvorsitzender) festlegen ließ, obwohl er zum Beispiel mit Rothley bis zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht selbst gesprochen hatte, hat für Verwirrung gesorgt. Zudem taucht die Frage auf, warum ein Politiker, dessen Gesundheit so dramatisch bedroht ist, sich mit seinem Abschied aus der politischen Alltags-fron dann doch noch ein Jahr lang Zeit lassen will.

Vermutungen, dies hänge vor allem mit Versorgungsfragen zusammen, sind offenbar abwegig. Hugo Brandt, bis zum Frühjahr 1983 Mitglied des Bundestages, bezieht auf Grund der üblichen Übergangsregelung bis heute noch Bundestagsdiäten. Sein vorzeitiges Ausscheiden als Oppositionsführer in Mainz bliebe für den am 4. August 1985 55 Jahre alt werdenden Politiker also in dieser Hinsicht ohne größere nachteilige Folgen.

Näher scheint der Wahrheit die Vermutung zu kommen, Hugo Brandt habe sich zum Ziel gesetzt, in der ihm verbleibenden Zeit seinem Favoriten Rudolf Scharping doch noch zu beiden Führungsämtern in der Oppositionspartei zu verhelfen. Dies stößt jedoch immer noch auf starke Vorbehalte.

Der erst 36jährige Scharping gilt seit Jahren als der kommende Mann in der Landespartei. Doch viele werfen dem hochgewachsenen, stets eleganten, fast immer etwas ironisch auftretenden Scharping, der direkt vom Studium (Politologie, Jura, Soziologie) ins Berufspolitikerdasein hineinsprang, zu wenig Praxiskenntnisse und ein zu stark von der neomarxistischen Theorie bestimmtes Politikverständnis vor, obwohl der überzeugte 68er und früher häufige Gast des linken „Frankfurter Kreises" inzwischen eine deutlich gemäßigtere Linie vertritt.

Hinzu kommt starkes Mißtrauen aus der Pfalz gegen die Aussicht, von den „Nordlichtern" der Landespartei nun gänzlich beherrscht zu werden. Mit großer Spannung wird nun am Samstag der Bezirksparteitag der pfälzischen SPD in Landau erwartet. Auch Scharping wird als Gast zur Stelle sein. Vor allem die Rede des Bezirksvorsitzenden Willi Rothley und die sich anschließende Diskussion werden Aufschluß darüber geben, ob die Basis sich schon jetzt auf einen starken (wenn auch umstrittenen) Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1987 (namens Scharping) einigen will oder eher für eine Teilung der Macht eintritt.

González: Termin für Beitritt einhalten

Gö. Madrid

Spaniens Ministerpräsident González empfing im Regierungspalast Moncloa die Botschafter der zehn EG-Mitgliedsstaaten, um ihnen seine „Besorgnis" über den „schleppenden Prozeß" der Integration Spaniens mitzuteilen. Er nannte es eine Gefahr, wenn das Beitrittsdatum (1. Januar 1986) nicht eingehalten werden könnte. Spanien wolle in enger Zusammenarbeit mit den anderen zur „Stabilität und auch Sicherheit in Europa beitragen".

Er überreichte den Botschaftern gleichlautende Schreiben an ihre Regierungen, in denen er auf die „Nichtexistenz von Vorschlägen der Gemeinschaft in essentiellen Punkten der derzeit laufenden Verhandlungen mit Spanien hinwies".

Scheel als Zeuge im Kölner Spendenfall?

dpa, Köln

Im Kölner Parteispenden-Prozeß gegen den Pharma-Unternehmer Madaus wird möglicherweise in der kommenden Woche der frühere Bundespräsident Scheel aussagen. Nachdem das Erweiterte Schöffengericht einen entsprechenden Antrag zunächst abgelehnt hatte, kündigte die Verteidigung gestern an, sie werde Scheel, der von 1954 bis 1968 Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP war, ihrerseits zu der Verhandlung laden.

Die Verteidigung sagte, Scheel, der der Überzeugung gewesen sei, daß die indirekte Parteienfinanzierung keine Steuerhinterziehung sei, habe selbst mehrfach um Spenden gebeten und wolle dies vor Gericht bezeugen.

CSU will gegen Abtreibung auf Krankenschein in Karlsruhe klagen

Beschluß der Landesgruppe ohne Gegenstimme / Strauß signalisiert volle Unterstützung

P. SCHMALZ, Bonn/München

Die CSU will endlich Klarheit in der Frage, ob die Finanzierung der Abtreibungen durch Krankenschein mit der Verfassung vereinbar ist. Ohne Gegenstimme hat die CSU-Landesgruppe beschlossen, Bundeskanzler Helmut Kohl um die Prüfung zu bitten, ob die Bundesregierung von sich aus eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht einreichen kann. Sollte dies an der Haltung des Koalitionspartners FDP scheitern, wird CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel mit seinem CDU-Kollegen Alfred Dregger über eine Klage der Unionsfraktion beraten. Die Landesgruppe hat bei ihrem Vorstoß die volle Unterstützung der Münchner CSU-Führung, wie Ministerpräsident Franz Josef Strauß den Parteifreunden in Bonn beim letzten Jour fixe signalisierte.

Beim derzeitigen Koalitionsgespräch spielt das Thema allerdings noch keine Rolle, Waigel will das CSU-Anliegen dem Kanzler in einem Brief unterbreiten. In der CSU rechnet man damit, daß die Entscheidung Kohls weitgehend von der Haltung der FDP abhängen wird. In Bonn gibt es allerdings Hinweise, wonach die Liberalen einem Gang nach Karlsruhe zwar nicht zustimmen würden, die Frage aber nicht zu einem Koalitionskonflikt hochstilisieren wollten.

Sollte sich die Regierung dennoch dem Wunsch der CSU verschließen, will Waigel die zweite Möglichkeit einer Organklage gehen und gemeinsam mit der CDU die dafür notwendigen Stimmen von mindestens einem Drittel des gesamten Bundestages beibringen. „Wir sind sicher, daß wir mit der CDU-Fraktion die benötigten 170 Stimmen bekommen", meinte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, der CSU-Abgeordnete Wolfgang Bötsch, gestern gegenüber der WELT. Würde auch dieser Versuch fehlschlagen, könnte letztlich noch ein Bundesland als Kläger auftreten. Dies wäre aber nur eine unbefriedigende Hilfskonstruktion, sagte Bötsch.

In gleichem Sinne äußerte sich der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, der als Leiter der CSU-Familienkommission maßgeblich an dieser CSU-Forderung beteiligt ist. „Ich begrüße diesen Beschluß der Landesgruppe nachhaltig", meinte er gestern, „bin aber der Meinung, daß in dieser Frage, die bereits bei den Koalitionsverhandlungen besprochen wurde, die Bundesregierung oder die Bundestagsfraktion handeln muß." Stoiber deutete allerdings an, daß für den Fall, daß beide Bundesorgane die Klage verweigern, sich die Bayern die Frage einer eigenen Klage stellen würden.

Das Problem existiert seit Beginn dieser Koalition. Bei den Verhandlungen hatten CDU und CSU gemeinsam eine entsprechende Änderung der Reichsversicherungsordnung gefordert, waren aber am energischen Widerstand der FDP gescheitert. Die Koalitionspartner einigten sich daraufhin auf einen Kompromiß: Da zu jener Zeit beim Bundesverfassungsgerichtshof die Bitte des Sozialgerichts Dortmund anhängig war, die Verfassungsmäßigkeit des betreffenden Paragraphen 200 f der Reichsversicherungsordnung zu prüfen, wollte man vor weiteren politschen Entscheidungen den Karlsruher Spruch abwarten.

Doch das Bundesverfassungsgericht entschied nicht in der Sache, sondern erklärte, in dem speziellen Fall habe der beim Sozialgericht aufgetretene Kläger keine Klagebefugnis gehabt, es sei deshalb auch über die Verfassungsmäßigkeit des Paragraphen nicht zu entscheiden. Somit war ein Stillstand eingetreten, der besonders innerhalb der CSU erheblichen Unmut erzeugte. Auf dem familienpolitischen Kongreß Ende Juli monierte Stoiber die zögernde Haltung Bonns und verwies auf die Koalitionsvereinbarung, wonach zumindest die Verfassungsfrage der Abtreibungsfinanzierung geprüft werden solle. Er beteuerte, die CSU wolle am Abtreibungsparagraphen 218 grundsätzlich nichts verändern, machte aber doch die Sorge der bayerischen Regierungspartei über die gängige Praxis deutlich: Es dürfe nicht im Belieben des Einzelnen liegen, ob es sich bei einem werdenden Leben um ein lebenswertes oder lebensunwertes handele.

Seite 2: Schein oder nicht Schein

Heimatvertriebene mahnen den Bundespräsidenten

DW. Bonn

Die Erklärungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers während des Ceausescu-Besuchs, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche erhebe und auch künftig nicht erheben werde, stößt bei den Vertriebenen auf Vorbehalte. Helmut Sauer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, vertrat gestern die Auffassung, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die territoriale Souveränität nicht auf die Volksrepublik Polen übergegangen sei. Deshalb brauche die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche zu stellen.

Sauer fügte hinzu, vielmehr stelle die Volksrepublik Polen „vertragswidrige Ansprüche auf Anerkennung ihrer nichtbestehenden territorialen Souveränität". Die Bundesrepublik könne dieses Ansinnen nicht erfüllen, da eine solche Entscheidung „dem gesamtdeutschen Souverän" vorbehalten sei. Die Vertriebenen erwarteten, sagte Sauer unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts, „daß der Bundespräsident sich auch weiterhin für die Rechte Deutschlands und der Deutschen einsetzt".

Die polnische Regierung hat insbesondere die Weizsäcker-Erklärung „aufmerksam" zur Kenntnis genommen. Es sei „wohl das erste Mal, daß ein Präsident der Bundesrepublik eine solche Erklärung bezüglich der Frage der Grenzen abgegeben hat".

Mauer trennt die Gläubigen der Jerusalemskirche

Älteste Kirchengemeinde Berlins feiert 500jähriges Bestehen

D. DIEDERICHS, Berlin

Die mit einer 500jährigen Geschichte älteste Kirchengemeinde Berlins, zerschnitten von der Mauer, feiert heute mit einem Festgottesdienst ihr Jubiläumsjahr. Die „Jerusalems- und Neue Kirchengemeinde", in der südlichen Friedrichstadt in unmittelbarer Nähe der Mauer, verlor das im Osten der Stadt am Gendarmenmarkt liegende Grundstück mit dem „Deutschen Dom" an das Ulbricht-Regime, das am 13. August 1961 auch die Gläubigen der Gemeinde teilte. Dieses Gelände wurde deshalb von der Gemeinde dem Ostbereich der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg geschenkt.

Die Gründung der „Jerusalemskirche" ist urkundlich dem 18. Oktober 1484 zugewiesen. Zu dieser Zeit hatte ein Patrizier nach einer Pilgerreise nach Jerusalem die Kirche gestiftet – als Wallfahrtsort. In ihrem Inneren zeigte sie eine Nachbildung des Grabes Jesu Christi – so heißt es in der Festschrift, die Pfarrer Hans-Dieter Zimmermann im Namen des Gemeindekirchenrates herausgab.

Dieses letzte vor der Reformation in Berlin erbaute Gotteshaus wurde 1539 reformiert: In diesem Jahr nahm Kurfürst Joachim II. in Spandau aus der Hand des Bischofs Matthias von Jagow erstmals das Abendmahl in lutherischer Form.

Im Jahr 1689 wurde das Gotteshaus von Baumeister Simonetti stark erweitert. 1731 folgte ein Kirchturm, der 1838 durch einen neuen, vom Königlichen Oberbaudirektor Schinkel entworfenen Turm ersetzt wurde, da sich der alte durch „Pfusch am Bau" bedrohlich zu senken begann. 1878 begann nach den Plänen von Edmund Knobloch ein erneuter großer Umbau der Kirche, die sich dann bis zum 2. Februar 1945 nicht mehr ändern sollte. An diesem Tag wurde die Kirche bei einem Bombenangriff fast völlig zerstört.

Die Ruinen wurden 16 Jahre später gesprengt. In den Trümmern des Fundaments wurden nicht nur Reste der alten Kapelle entdeckt, sondern auch Sargteile und die Grundstein-Kassette von 1878, die heute im benachbarten Verlagshaus Axel Springer in der Kochstraße steht.

Nach der Zerstörung fanden bis zum Jahr 1967 Gottesdienste und Gemeindeleben in der Dreifaltigkeitskirche statt. Dann entschloß man sich in der Lindenstraße, unweit des alten Kirchengrundstücks, zu einem Neubau mit Gemeindezentrum, entworfen von der Berliner Architektin Kressmann-Zschach.

Heute zählt die Gemeinde 1300 Mitglieder. Sie werden wie früher von drei gewaltigen Glocken zu den Gottesdiensten gerufen. Die alten Glocken waren im Krieg eingeschmolzen worden, die neuen hatte dann der Verleger Axel Springer gestiftet.

Differenzen mit Ceausescu nicht ausgeräumt

BERNT CONRAD, Bonn

Vor der Rückreise des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu nach Bukarest traf Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern vormittag noch einmal mit dem Gast zu einem kurzen Gespräch zusammen. Dabei äußerten sich nach Angaben des Präsidialamtes beide Politiker zufrieden über den Ablauf des Besuches. Nach der Verabschiedung mit militärischen Ehren brachte Bundesaußenminister Genscher den Staatspräsidenten zum Flugplatz.

Ebenso wie die Bundesregierung bewertete auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, die Visite Ceausescus als einen Erfolg für die bilateralen deutsch-rumänischen Beziehungen wie für das Ost-West-Verhältnis insgesamt. „Die sichtbar bewiesene Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten miteinander im Gespräch zu bleiben, wird sich zweifellos günstig auf die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auswirken." Die Politik des Dialogs zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sei richtig und vernünftig, sagte Rühe.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, der ebenfalls mit Ceausescu zusammengetroffen war, bezeichnete den Besuch als Beweis dafür, daß die Gespräche zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme nicht abgebrochen seien. Der FDP-Vorsitzende Genscher rühmte ebenfalls die Bedeutung des Besuches, durch den ein wichtiges Zeichen gesetzt worden sei.

Obwohl sich das Thema der Rumäniendeutschen in den Gesprächen als besonders schwierig erwies und sogar das Abschlußkommuniqué daran scheiterte, äußerte Bundeskanzler Kohl dazu im Fernsehen: „Ich bin optimistisch, daß wir wieder ein Stück Bewegung in die ganzen Vorgänge gebracht haben." Dabei sei es nicht um Zugeständnisse gegangen. Aber die Solidarität mit den deutschen Landsleuten rumänischer Staatsbürgerschaft gebiete es, „ihr Schicksal nicht einfach aus Gründen der Opportunität auf die Seite zu schieben. Ich glaube auch, wir sind ein gutes Stück vorangekommen." Offensichtlich hofft Kohl, vor allem in der Frage der immer noch in Rumänien verlangten „Schmiergelder" für Ausreisegenehmigungen durch diskrete Gespräche unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiterzukommen.

Regierungssprecher Peter Boenisch hat zu erkennen gegeben, daß es auch im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle Meinungsunterschiede gegeben habe. Beide Seiten hätten jedoch darin übereingestimmt, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklearwaffen wieder aufgenommen werden und durch eine ausgewogene Vereinbarung über Mittelstreckenflugkörper zu einem konkreten Ergebnis geführt werden sollten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Plötzlich ist Reagan nicht mehr unangreifbar

Schlappe gegenüber Mondale wurde Wahlkampfthema

TH. KIELINGER, Washington

Keine Frage wird im gegenwärtigen Stadium des amerikanischen *Präsidentschaftswahlkampfes* intensiver diskutiert als die möglichen Folgen der schlechten Vorstellung, die Ronald Reagan im ersten Fernseh-Duell mit seinem Herausforderer Walter Mondale abgegeben hat. Wieweit hat sich der Präsident geschadet? Ist sein ursprünglich uneinholbar großer Vorsprung vor dem Demokraten einholbarer geworden, das Rennen um das Weiße Haus mithin wieder offen?

So weit möchte kein ernst zu nehmender Analytiker gehen, auch wenn sich heute eine Zeitung wie die „Washington Post", die jahrelang der Reaganschen *Ausstrahlung grollende* Hochachtung gezollt hat, gebärdet, als stünde der Präsident bereits kurz vor dem Augenblick, in dem Siegfried von Hagen erschlagen wird.

Überhaupt ist erstaunlich, wie „mutig" sich nach nur einem einzigen verpatzten Fernsehauftritt des Präsidenten etliche Meinungsführer in die Reagan-Kritik stürzen. Es sieht so aus, als hätten Teile der Medien auf *diesen Augenblick der „Entblößung"* gewartet, nachdem zuvor niemand im Lande so recht auf kritische Einwände gegen Ronald Reagan hatte hören wollen. Plötzlich ist Reagan-Demolierung „in". Das allein verändert bereits die Natur der Präsidentschaft: Ein Mann, der wie „Hans im Glück" zu regieren schien, hat die Aura der Unangreifbarkeit eingebüßt.

Aber an dem Ausgang der Wahl am *6. November ist dennoch nach heutigem* Stand der Dinge nicht zu zweifeln. Freilich sieht niemand mehr einen so überwältigenden Sieg Reagans, wie das noch vor zwei Wochen routinemäßig prophezeit wurde. Noch geringer könnte sogar die Gewinnmarge für Reagan werden, wenn er am kommenden Sonntag im zweiten Fernsehvergleich mit Walter Mondale (zum Thema Außenpolitik) erneut eine nicht überzeugende Figur abgibt. Das Publikum, jetzt geradezu darauf angesetzt, Schwächemomente beim Präsidenten zu registrieren, wird mit schärferem Auge hinsehen.

Demokraten kämpfen mit neuem Elan

Das Rennen Reagan – Mondale ist dabei nicht einmal der allein entscheidende Gesichtspunkt. Viel schwerer wiegt für die Republikanische Partei schon jetzt, daß sich die gegnerischen Demokraten nach der Fernsehdebatte von Louisville von ihrem Defätismus befreit zu haben scheinen und mit neuem Enthusiasmus und Elan in den Kampf gehen. Das schafft für die Schatzmeister des Wahlkampfes der Demokraten Grund zur Freude: Die Spendengelder fließen plötzlich mit ungeahnter Leichtigkeit, wo vorher der Nachschub ausgetrocknet schien. Man bezahlt wieder 1000 Dollar für ein Essen mit dem Präsidentschaftskandidaten und gibt gerne einen Zuschuß für die *Wiederwahl des örtlichen demokratischen* Kongreßabgeordneten.

Mit einem Wort: Walter Mondale besitzt wieder das, was man in der amerikanischen Wahlkampfpolitik die „Rockschöße" nennt – an ihn, den aufholenden Spitzenkandidaten, können sich jetzt mit größerer Zuversicht etliche Abgeordnete der Partei klammern, die zuvor nicht so sicher waren, ob das sinkende Prestige Mondales sie nicht selber in eine Wahlniederlage mit hineinreißen würde.

Verlor der Präsident die „Rockschöße"?

Man darf nicht vergessen, daß am 6. November nicht nur der Präsident, sondern auch das Abgeordnetenhaus *und ein Drittel der 100 Senatoren* neu gewählt werden. Da ist die Frage wichtig, wie gut – oder schlecht – die Partei des Präsidentschaftsgewinners abschneidet. Hat er keine „coattails" (Rockschöße), reißt er mit seinem Sieg nicht etliche neue Kandidaten zu einem Durchbruch für seine Partei mit, könnte er sich am Morgen des 7. November wie nach einem Pyrrhus-Sieg wiederfinden: das Weiße Haus gewonnen, aber im Kongreß möglicherweise mit einer feindlichen Mehrheit konfrontiert. Wie würde Reagan in so einer Lage erfolgreich weiterregieren wollen?

Wenn die für Reagan mißratene Vorstellung von Louisville eine schon jetzt zu verzeichnende Folge hatte, dann die: Des Präsidenten „Rockschöße" sind nicht ganz so intakt, wie man geglaubt hatte, während Walter Mondales um so haltbarer erscheinen. Der Traum der Republikaner, im Abgeordnetenhaus – wo sie zur Zeit mit 167:266 bei zwei Vakanzen im Rückstand liegen – mindestens 20 Sitze hinzuzugewinnen, ist erst ein*mal ausgeträumt.*

Niemand in ihrem Lager will zur Zeit mehr so recht an das vielzitierte „realignment" glauben, die Neuorientierung der legislativen Gewichte im Kongreß zugunsten einer konservativen Mehrheit. Mit einer solchen hat Reagan 1981–83 regiert, als sich eine Koalition von Republikanern und konservativen Demokraten im Kongreß bildete.

Hier liegt kein Zweckpessimismus vor, sondern eine durchaus realistische Kalkulation. Wenn Reagan als klarer Sieger aus dem ersten Fernseh-Duell hervorgegangen wäre, hätte er sich jetzt schon um die Wiederwahl gefährdeter republikanischer Kantonisten kümmern können, wäre er in deren Wahlkreis aufgetaucht, um mit dem berühmten „coat-tail effect" das Ruder für diese Kandidaten herumzureißen. Jetzt aber muß er sich um seine eigene Wiederwahl kümmern, mehr als ihm und seinen Planern lieb wäre.

Nun muß Frau Thatcher handeln

Von WILHELM FURLER

Die Entscheidung der Steiger und des Gruben-Sicherheitspersonals, sich dem achtmonatigen Ausstand von zwei Dritteln der britischen Bergleute anzuschließen, wird die Regierung Thatcher vor erhebliche Probleme stellen. Doch bleibt abzuwarten, ob der Streikaufruf der Steiger-Gewerkschaft Nacods tatsächlich von der übergroßen Mehrheit ihrer Mitglieder befolgt wird, wie dies das Abstimmungsergebnis vor einigen Wochen – 82,5 Prozent für Streik – anzudeuten scheint.

Ohne Steiger und Sicherheitspersonal darf keine Zeche arbeiten. Bei einer kompletten Befolgung des Streikaufrufs hätten folglich auch die Zechen – vor allem in Nottinghamshire – zu schließen, die während des Bergarbeiter-Ausstandes *immerhin* 40 Prozent der gewöhnlichen britischen Kohle-Produktion förderten.

Den immer noch arbeitenden Zechen ist zu verdanken, daß die Kohle-Halden heute größer sind als vor zwei Monaten. Vor den Zechen lagern nach Angaben der Regierung 22 Millionen Tonnen, vor den Kraftwerken 14 Millionen. Diese Menge würde zusammen mit der importierten Kohle, die zwischen zehn und 20 Prozent der üblichen jährlichen Kohleproduktion in Großbritannien von etwa 100 Millionen Tonnen ausmacht, gerade ausreichen, Elektrizitätswerke, Stahlwerke und Wirtschaft des Landes über den Winter hinaus zu versorgen.

Doch die große Frage ist, wie stark die militante Führung der Bergleute-Gewerkschaft durch die Streik-Entscheidung der als sehr gemäßigt geltenden Steiger-Gewerkschaft Rückendeckung erhalten hat. Sie könnte zu einer Solidaritäts-Kampagne der

DIE ● ANALYSE

gesamten Gewerkschaftsbewegung Anlaß sein. Grundsätzlich wurde auf dem letzten Kongreß des Gewerkschafts-Verbandes TUC eine solche Unterstützungs-Aktion bereits empfohlen. Nur war die Reaktion der einzelnen betroffenen Gewerkschaften bislang ausgesprochen lax.

Das größte Problem für Regierung und Bevölkerung würde dann entstehen, wenn sich Eisenbahner, Lkw-Fahrer, Hafenarbeiter, Seeleute und Arbeiter in den Kraftwerken weigerten, Kohle auch nur anzurühren. Und selbst, wenn sich nur ein Teil zu einer solchen Solidaritäts-Aktion bereiterklären sollte, wäre die Regierung vor erhebliche logistische Probleme gestellt.

Bereits bei früheren Notstands-Situationen hat sich gezeigt, daß der Einsatz von Militär, der dann zur Sicherstellung der Kohle-Versorgung notwendig würde, auf erbitterten Widerstand immer weiterer Teile der *Gewerkschaftsbewegung stößt.* Öl, Kernkraft und Wasserkraft reichen in Großbritannien nicht annähernd aus, den Ausfall von Kohle zu ersetzen.

Die Regierung Thatcher muß die Woche, die ihr bis zum Ausstand der Steiger verbleibt, mit aller Entschiedenheit zu Verhandlungen nutzen. Bisher lautete die Strategie der Regierungschefin und ihrer Minister, sich bedeckt zu halten.

Abgesehen von einigen wenigen Attacken gegen den aufrührerischen Scargill und gegen die Gewalttätigkeiten an den Streikposten-Fronten überließ sie das Geschehen dem Chef der Kohlebehörde. Doch Ian MacGregor, der ohnehin – allerdings ohne Eigenverschulden – alle nur denkbaren Antipathien der Gewerkschaftsbewegung auf sich zieht, ist mit dieser Aufgabe einfach überfordert.

Am deutlichsten unterstreicht dies der jetzt beschlossene Ausstand der Steiger und des Sicherheitspersonals. Sie hätten durch ein paar zu verkraftende Konzessionen bei der Stange gehalten werden können. So lautet eine ihrer Hauptforderungen, nicht einfach – wie dies die Kohlebehörde vorhat – Investitionen für kohlereiche Zechen mit hohen Betriebskosten zu streichen und sie dafür in Zechen mit niedrigen Betriebskosten zu stecken. Ein Kompromiß wäre hier sicherlich denkbar gewesen.

Frau Thatcher muß sich umgehend mit ihren Ministern hinsetzen, und selbst ein realistisches Angebot ausarbeiten. Dieses Angebot muß unter Beteiligung aller Betroffenen, also Bergleute-Gewerkschaft, Kohlebehörde, Steiger-Gewerkschaft, Schlichtungs-Kommission, Vertretern des Dachverbandes der Gewerkschaftsorganisation sowie Vertretern des Industrieverbandes CBI, in die Tat umgesetzt werden, bevor es zu einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise in Großbritannien kommt.

Dies heißt nicht, daß den völlig unrealistischen Forderungen von Scargill und seinen gewalttätigen Streikposten nachgegeben werden soll. Vielmehr würde dies bedeuten, daß Regierungs-Autorität gemeinsam mit dem Druck aller an einem raschen Ende des unseligen Streiks interessierten Gruppen ausreichen sollte, Scargill zum Einlenken zu bewegen. Darauf zu bauen, daß sich ein Teil der Steiger von arbeitenden Bergleuten schon dazu überreden lassen wird, den Streikaufruf zu mißachten, könnte fatale Folgen haben.

Vereinbarung mit Prag über Luftreinhaltung

rtr, München

Erste konkrete Schritte für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftreinhaltung haben die Bundesrepublik *Deutschland* und *die* Tschechoslowakei vereinbart. Wie die Bayerische Staatskanzlei gestern bekanntgab, einigten sich Umweltexperten beider Staaten bei ihrem ersten Treffen in Prag unter anderem darauf, Möglichkeiten zur Anwendung von Rauchgasentschwefelungsverfahren in grenznahen Kraftwerken Bayerns und der Tschechoslowakei zu erörtern.

Außerdem wurden für den kommenden Winter gemeinsame Immissionsmessungen an mehreren Standorten Nordostbayerns und im CSSR-Grenzgebiet vereinbart. Die Messungen werden nach Angaben voraussichtlich im Januar vorgenommen. Bei dem Prager Treffen seien bereits die Schwefeldioxid-Meßgeräte verglichen worden, hieß es.

In den Winterhalbjahren wollen sich beide Seiten künftig rechtzeitig über die Entstehung und zeitliche Entwicklung von Smogwetterlagen unterrichten. Die Gespräche sollen im Januar nächsten Jahres fortge*setzt werden. Dabei sollen auch* Rauchgasentschawefelungsanlagen im bayerischen Kraftwerk Schwandorf besichtigt werden.

Will Kreml US-Wahlen beeinflussen?

Interview Tschernenkos mit der „Washington Post" zur Abrüstungskontrolle

D. SCHULZ, Washington

Im Weißen Haus und im Lager des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Walter Mondale ist man überzeugt, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko *mit seinem gestern veröffentlichten* Interview in der „Washington Post" auf den amerikanischen Wahlkampf Einfluß nehmen wollte. In dem Gespräch unterstreicht der Kreml-Chef die Bedeutung der Rüstungskontrolle und stellt in Aussicht, daß Moskau und Washington einander wieder näherkommen könnten, wenn man sich wenigstens über einen der von ihm genannten Abrüstungsvorschläge einigen könnte.

Präsident Reagans Sicherheitsberater McFarlane erklärte, daß man die Tschernenko-Äußerungen „sorgfältig prüfen" werde. Er lehnte eine Stellungnahme zum Inhalt der Vorschläge *zunächst* ab, *weil* er noch *keine* Zeit gehabt habe, den Text des Interviews zu studieren. Ähnlich vorsichtig reagierte ein außenpolitischer Berater Mondales.

Vor allem der Zeitpunkt des Interviews der liberalen „Washington Post" ist bemerkenswert. Der Moskauer Korrespondent des Blattes gab an, es sei der Kreml gewesen, der den Termin des Interviews und damit indirekt auch den Zeitpunkt seiner Veröffentlichung bestimmt hatte.

Am Sonntag stehen sich Präsident Reagan und Mondale in einer zweiten Fernsehdebatte gegenüber, die ausschließlich außenpolitischen Themen gewidmet sein soll. Der demokratische Präsidentschaftsanwärter hatte sich für die Diskussion vorgenommen, dem Präsidenten das *Ausbleiben von Rüstungskontroll*vereinbarungen mit der Sowjetunion zum Vorwurf zu machen. Die Vorschläge Tschernenkos bringen nun neue Gesichtspunkte in die parteipolitische Diskussion.

In der Umgebung des Präsidenten wird hervorgehoben, daß Tschernenko in dem Interview das Gewicht stärker auf die „Chancen" von Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Supermächten gelegt habe als auf die Hindernisse, die bisher das Zustandekommen solcher Abmachungen verhindert hätten. In diesem Sinne sei nicht auszuschließen, daß sich ein Umdenkprozeß in Moskau vollziehe. *Man hoffe* offenbar, *daß* es vielleicht im kommenden Frühjahr zu ernsthaften und fruchtbaren Rüstungskontrollvereinbarungen mit den Sowjets kommen werde.

Das Gespräch mit dem Vertreter der einflußreichen amerikanischen Zeitung könne allerdings auch dem Ziel gedient haben, die vielen, im Westen umlaufenden Gerüchte zu widerlegen, daß der sowjetische Parteichef ernstlich krank *und* gar *nicht* in der Lage sei, die Richtlinien der sowjetischen Politik zu bestimmen. Der Korrespondent schreibt: „Er erschien überlegt und zuvorkommend, die Art von Mann, die einem Aufsichtsrat vorstehen könnte."

Alle vier Punkte, in denen Tschernenko eine Lösung für möglich hält, waren schon früher von sowjetischen *Vertretern auf die internationale* Tagesordnung gebracht worden, zuletzt vom sowjetischen Außenminister Gromyko bei seinem Besuch in Washington. Die Punkte sind:

- der Abschluß eines Abkommens zur Verhinderung der „Militarisierung" des Weltraums,
- ein Abkommen über ein Einfrieren der Nukleararsenale beider Supermächte,
- *die Ratifizierung der 1974 und 1976* abgeschlossenen amerikanisch-sowjetischen Verträge über die Begrenzung von unterirdischen Nuklearexplosionen,
- ein Verzicht Washingtons auf die Erstanwendung von Nuklearwaffen.

Auffallend an Tschernenkos Kommentar zu dieser Liste war, daß er eine Lösung all dieser Streitfragen und offenen Probleme nicht mehr zur Voraussetzung von fruchtbaren Verhandlungen machte, sondern erklärte, daß schon ein ausgewogenes Abkommen über eine dieser Fragen oder auch nur ein „echtes" amerikanisches Interesse an der Lösung einer *dieser Fragen, die Beziehungen zwi*schen den Großmächten, die letztlich einen besonderen Tiefstand erreicht hätten, „verbessern" könnte.

Minister feilen weiter am Contadora-Plan

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Entschlossenheit, ihre Arbeit für den Frieden in Mittelamerika auf eine „sichere Plattform" zu stellen, bekundeten gestern die in Madrid versammelten vier Außenminister der Contadora-Staaten (Panama, Venezuela, Mexiko und Kolumbien). In einer mehrstündigen Sitzung im Au*ßenministerium beschlossen sie,* ihre vor zwei Jahren begonnene „Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika" noch einmal auf die Bedenken zu überprüfen, die in letzter Stunde vor allem von Honduras und El Salvador angemeldet worden waren.

Spaniens Ministerpräsident Felipe González, der die Contadora-Gruppe schon in ihrem Anfangsstadium sehr unterstützte, ist ebenfalls mehr an einem soliden Ausgang des Friedensbemühens gelegen als an einem hastigen Abschluß.

Die Außenminister von Venezuela, Mexiko und Kolumbien sowie der vor einem Monat abgelöste, aber als Initiator der Gruppe von seinem Land bevollmächtigte Außenminister von Panama, Oyden, sind von König Juan Carlos vor zwei Tagen in Oviedo (Nordspanien) mit dem Friedenspreis „Principe de Asturias" im feierlichen Rahmen ausgezeichnet worden. Ursprünglich wollten die Minister der Gruppe in der spanischen Hauptstadt nur noch die Schlußredaktion ihrer Akte ausarbeiten. Sie hatten darin Anregungen von Nicaragua, Costa Rica und Guatemala mit verarbeitet.

Aus den Zusatzvorschlägen, die El Salvador und Honduras schließlich überreichten, wird jedoch die Skepsis der meisten Länder Mittelamerikas hinsichtlich der Realisierung des Abkommens deutlich. Vor allem gilt das für Zeitraum und Form, in der die *Räumung der Stützpunkte fremder* Mächte ablaufen soll.

Ähnlich wie bei der KSZE in Europa bemühen sich auch die Staaten Mittelamerikas um die Kontrolle von *Luft- und Seemanövern in diesem* Gebiet. Entscheidend für das Gelingen des gesamten Contadora-Planes wird deshalb die Haltung der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Kubas sein. Sie sind aufgefordert, die Friedensakte der Contadora-Gruppe in Form von Unterschriften unter ein Zusatzprotokoll zu unterstützen. Bisher liegt noch von keinem der drei Staaten eine offizielle Erklärung vor.

Der Außenminister Nicaraguas, der sich zur Zeit in Barcelona mit sowjetischen Vertretern im Büro der moskautreuen KP Kataloniens (PSUC) aufhält, sagte spanischen Journalisten, Managua würde zur Unterstützung der Contadora-Aktion ein erneutes Treffen der betroffenen Staatschefs der Region begrüßen. Der kolumbianische Außenminister Ramirez Ocampo versicherte, ein pluralistisches System sei jedoch Voraussetzung für die Integration. Das erfordere freie Wahlen in Nicaragua.

(SAD)

Das Bundeswehr-Konzept für Heer, Luftwaffe und Marine reicht bis zum Jahr 2000

Die Personalplanung: Trotz Abstrichen wird Stärke gehalten

Im Jahr 1988 wird die Zahl junger Männer, die dann wehrpflichtig werden und auch dienstfähig sind, unter die magische Grenze von 250 000 sinken. Diese Zahl markiert den jährlichen Personalbedarf, den Bundeswehr und Polizei, Bundesgrenzschutz, Katastrophenschutz und Entwicklungsdienst gemeinsam haben. In den neunziger Jahren schließlich wird das jährliche Aufkommen wehrpflichtiger junger Männer derart niedrig sein, daß die Bundeswehr in einem Jahrgang um die 100 000 Wehrpflichtige weniger findet, als sie tatsächlich zur Erhaltung ihres Umfangs im Frieden braucht. Würde die Bundesregierung nicht schon heute gegensteuern, beliefe sich der Umfang der Bundeswehr zum Ende der neunziger Jahre auf weniger als 300 000 Soldaten. Praktisch würde das bedeuten, daß das Kernstück der Verteidigung der NATO in Mitteleuropa, die Bundeswehr, die ihr übertragenden Verteidigungsaufgaben nicht mehr würde erfüllen können.

Die Bundeswehr wäre so ausgedünnt, daß ganze Brigaden, ja Divisionen nicht vorhanden und damit weite Teile der Frontabschnitte in der Vorneverteidigung der Allianz auf deutschem Boden ohne einen militärischen Verteidigungsschutz wären.

Die Berechnungen der Militärexperten über das Kräfteverhältnis zwischen West und Ost in Europa zeigen heute schon, daß das westliche

> „Die Bundeswehr wäre so ausgedünnt, daß ganze Brigaden, ja Divisionen nicht vorhanden und damit weite Teile der Frontabschnitte in der Vorneverteidigung der Allianz auf deutschem Boden ohne einen militärischen Verteidigungsschutz wären"

Bündnis sich einen weiteren Einschnitt bei den eigenen Verbänden nicht leisten kann. Bei den Landstreitkräften stünden den rund 22 NATO-Divisionen zu Beginn eines Konfliktes etwa 61 Divisionen des Warschauer Paktes gegenüber.

In wenigen Tagen nach Beginn eines Krieges würde sich das Verhältnis rasch weiter zuungunsten des Bündnisses wandeln, weil die Sowjetunion aus ihren westlichen Militärbezirken weitere 34 Divisionen nachführen könnte. Dies sind die Kräfte der sogenannten Zweiten Strategischen Staffel. Die NATO wäre in der gleichen Zeit allenfalls in der Lage, rund sechs Divisionen zusätzlich aus den USA nach Mitteleuropa zu bringen. Damit stünden wenige Tage nach Beginn eines Konfliktes den 28 Divisionen im Westen 95 Divisionen im Osten gegenüber.

In dieser Lage wäre es aus der Sicht der Deutschen verheerend, wenn die Bundeswehr sich trotzdem eine Schwächung ihrer personellen Stärke erlauben würde.

Aus diesen Gründen betont Bundesverteidigungsminister Wörner: „Die Bundeswehr bleibt entscheidend für die Verhinderung eines Krieges. Sie ist zugleich der wichtigste Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Bündnis. Die Bundeswehr ist die stärkste konventionelle Streitkraft in Westeuropa. Ohne den Beitrag der Bundeswehr ist eine wirksame Abschreckung und eine zusammenhängende Vorneverteidigung unseres Landes und des Bündnisses nicht denkbar."

Die Bundeswehr muß im Konfliktfalle vorrangig drei Aufgaben erfüllen. Sie muß
- nach kurzer Warnzeit die Vorneverteidigung gewährleisten,
- in der Anfangsphase den Aufmarsch alliierter Korps decken,
- gleichzeitig den Aufwuchs der NATO zum Gesamt-Verteidigungsumfang sicherstellen.

Bereits heute sind dermaßen viele Posten in der Bundeswehr gekadert, das heißt, auf ihnen würde erst im Mobilmachungsfall ein Soldat sein, daß für den Verteidigungsfall das deutsche Heer seinen Personalumfang verdreifacht, die Luftwaffe ihn verdoppelt, und die Marine ihn auf das 1,75fache wachsen läßt. Diese Tatsache setzt nach dem Urteil der Fachleute im Verteidigungsministerium einer weiteren Kaderung enge Grenzen. Bei dieser Ausgangslage ist einKonzept der Personalplanung erarbeitet worden, das die Aussage erlaubt, die Bundeswehr werde mit gewissen Abstrichen trotz der rapide verkürzten Geburtenjahrgänge ihre Personalstärke im Frieden halten können. Für den Konfliktfall ist das ohnehin dank der Einplanung von mobilisierbaren Reservisten gesichert.

Längerdiener: Ein ausreichender Bestand an Zeit- und Berufssoldaten ist für die Führungs- und Funktionsfähigkeit der Streitkräfte im Frieden sowie für den Aufwuchs zum Verteidigungsumfang von entscheidender Bedeutung. Besonders bei den jungen Unteroffizieren wirkt sich das Fehlen an Wehrpflichtigen aus. Deshalb hat die Bundeswehr schon 1983 begonnen, die Finanzmittel für Zeitsoldaten zu erhöhen. Dies wird bis 1987 so fortgesetzt werden. Damit hofft sie, den gegenwärtigen Fehlbestand von 15 000 Zeitsoldaten auffüllen zu können.

Langfristig indessen reichen auch diese Anstrengungen nicht hin, weil, wie die Geburtenkurve zeigt, schon von 1986 an das Reservoir derer, die sich als Längerdiener verpflichten können, insgesamt kleiner wird. Heute muß die Bundeswehr nur jeden Zehnten davon überzeugen, eine längere Verpflichtungszeit bei ihr einzugehen. Künftig muß ihr das bei jedem Achten aus dem Bestand der Wehrpflichtigen gelingen. Überdies müssen die Zeitsoldaten zu noch längeren Verpflichtungszeiten angeregt werden. Heute beläuft sich die durchschnittliche Verpflichtungszeit von Zeitsoldaten auf 7,4 Jahre. Künftig muß sie nach den Berechnungen der Planer 8,8 Jahre betragen. Wie das zu machen ist, glaubt die Hardthöhe zu wissen. Die Bundeswehr will die Attraktivität des soldatischen Dienstes steigern zum Beispiel durch finanzielle Anreize oder auch eine Steigerung der Zufriedenheit bei der beruflichen Arbeit. Das eine geschieht mit einer Erhöhung der Erst- und Weiterverpflichtungsprämien, das andere mit einer Entlastung bei den wöchentlichen Dienstzeiten und ganz generell mit Hilfe einer Verbesserung der sozialen Lage der Längerdiener.

Bei den Berufssoldaten wird nach den Vorstellungen des Verteidigungsministers zwischen 1986 und 1991 der Verwendungsstau abzubauen sein. Denn nur dann, wenn in der Truppe ein organischer Aufbau des Personalkörpers vorhanden ist, kann in den nächsten Jahrzehnten strukturgerecht „von unten" junges Personal bei Unteroffizieren und Offizieren nachrücken. Darüber hinaus will das Ministerium den Kernbestand an Personal (Berufssoldaten, Offiziere auf Zeit, Zivilpersonal auf militärischen Dienstposten und Offizieranwärter ohne die der Reserve) zur Füllung der Lücke von heute 84 000 auf später 90 000 erweitern. Zusammen mit dem schon vorher erwähnten Zugewinn an Längerdienern von 27 000 Mann machen diese Personalmaßnahmen ein Plus von 33 000 im Friedensumfang der Bundeswehr aus.

Grundwehrdienstleistende: Bei dieser Gruppe sind die einschneidendsten Änderungen zu erwarten. Und Minister Wörner hat gestern nochmals auch im Bundeskabinett jeden Zweifel darüber auszuräumen versucht, daß die Bundeswehr der neunziger Jahre ohne eine Verlängerung des Grundwehrdienstes um drei Monate auf insgesamt eineinhalb Jahre nicht auskommen kann. Denn die Herabstufung der Tauglichkeits- und Anforderungskriterien für die Wehrpflichtigen sowie die Reduzierung der Einberufungshindernisse gekoppelt mit der Verminderung der Freistellungsquote für den Zivil- und Katastrophenschutz bringen der Truppe lediglich rund 27 000 Grundwehrdienstleistende jährlich mehr. Den „großen Brocken" zur Füllung der Lücke bringt hingegen die Verlängerung des Grundwehrdienstes um drei Monate. Pro Monat rechnen die Fachleute mit 10 000 Mann mehr. Bei drei Monaten sind das also 30 000 Mann mehr. Da diese Gruppe aber nicht nur ein Jahr, sondern eineinhalb Jahre bei der Truppe bleibt, rechnen die Fachleute, abgezogen die „Verluste" durch Krankheit und andere persönliche Hindernisse des einzelnen, mit einer Aufstockung um 42 000 Mann.

Reservisten: Auch bei dieser Gruppe stehen durch die Planungen der Hardthöhe gewichtige Veränderungen ins Haus. Während die Bundeswehr heute täglich rund 6000 Wehrübungsplätze verfügbar hält und damit die entsprechende Zahl von Reservisten zu Wehrübungen bei der Truppe ist, soll sich diese Zahl künftig um das fast Dreifache steigern. In den neunziger Jahren will die Bundeswehr 15 000 Wehrübungsplätze täglich verfügbar halten. Das bedeutet faktisch, daß im Laufe eines Jahres bei Zweiwochenübungen rund 300 000 Reservisten zur Erhöhung der Präsenz in den Verbänden der Bundeswehr sein werden, diese gleichzeitig aber ihr militärisches Wissen und Können auf den neuesten Stand bringen und damit die Gesamtstreitkräfte bei Mobilisierung für den Verteidigungsfall durch die bessere Ausbildung der Reservisten eine im Vergleich zu heute sehr viel besseren Einsatzwert haben werden.

Zusammen mit den Wehrübungsplätzen will die Bundeswehr Mitte der neunziger Jahre einen Präsenzstand von mehr als 470 000 Mann halten. Die Lücke bis 495 000, den gegenwärtigen Friedensumfang, will sie mit Hilfe einer noch verbesserten Verfügungsbereitschaft schließen. Konkret heißt das, daß rund 25 000 Soldaten, die gerade ihren Grundwehrdienst geleistet haben, zwar ins Zivilleben entlassen werden, aber jederzeit ohne besondere gesetzliche Maßnahme vom Verteidigungsminister allein per Verwaltungsanordnung zu ihrer Truppe zurückgerufen werden können. Und sie werden dann eben auf den Platz gestellt, auf dem sie zuletzt während ihres Grundwehrdienstes tätig waren.

RÜDIGER MONIAC



Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Bundeswehr – begleitet von Verteidigungsminister Manfred Wörner und Generalinspekteur Wolfgang Altenburg FOTO: DPA

Stichworte Manfred Wörners für die Zukunft der Bundeswehr

Längerdiener

Wir schöpfen in unserer Zielplanung einen Geburtenjahrgang stärker aus, als wir das im Augenblick tun. Heute verpflichtet sich aus jedem Geburtenjahrgang jeder zehnte als Längerdiener. Wir müssen in Zukunft jeden achten gewinnen. Aber: Bei schrumpfenden Jahrgangsstärken, die im Jahre 1992 nur noch 160 000 gegenüber 300 000 heute betragen, und bei einer Konkurrenzsituation gegenüber der Wirtschaft ist es ausgeschlossen, die absolute Zahl der Zeit- und Berufssoldaten so hoch zu steigern, daß man noch über den gegenwärtigen Bestand kommt.

Das setzt ja voraus, daß der Gesamtbestand, aus dem man rekrutiert, der gleiche bliebe. Der sinkt aber. Der halbiert sich. Aus einem halbierten Bestand an wehrpflichtfähigen Grundwehrdienstleistenden mehr Längerdiener als heute zu gewinnen, ist völlig unmöglich. Dann müßte man faktisch jeden vierten oder fünften dazu bringen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten. Das ist völlig unrealistisch. Wir werden eine stärkere Ausschöpfung brauchen durch höhere Attraktivität. Man kann nicht sagen, wir gleichen den Mangel an Grundwehrdienstleistenden durch mehr Längerdiener aus. Woher sollen die kommen bei schrumpfenden Geburtenjahrgängen?

Geringere Friedensstärke?

Wir haben alle Modelle durchgerechnet. Schon bei einem Modell von 430 000 Mann müßten wir zehn Heimatschutzbrigaden auflösen, einige Geschwader der Luftwaffe stillegen, auch einige schwimmende Einheiten. Da die Bundeswehr nicht nur ihre eigenen Gefechtsstreifen halten muß, sondern auch in den ersten Stunden und Tagen eines Konflikts den Aufmarsch der alliierten Korps decken muß, braucht man präsente Verbände, hochpräsente Verbände. Denn die NATO hat faktisch keine Reserven. Die Bundeswehr ist im Grunde genommen in den ersten Tagen die Reserve, bis die Amerikaner mit Verstärkungen über den Atlantik kommen. Das heißt: Je mehr die Bundeswehr kadern würde, desto weniger wäre die NATO insgesamt in der Lage, die grenznahe Vorneverteidigung aufrechtzuerhalten. Bei 400 000 Mann hätte man nur noch 25 Brigaden gegenüber 38 jetzt. Bei 600 Kilometer Frontbreite mit 25 Brigaden kann die Bundeswehr den Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen.

Wehrgerechtigkeit?

Wenn der erste Wehrpflichtige mit 18 Monaten in die Kasernen einzieht, nämlich in fünf Jahren, dann gibt es das Problem der Wehrgerechtigkeit überhaupt nicht mehr, weil wir dann die Tauglichkeitsgrenzen längst heruntergesetzt, weil wir die Ausnahmeregelungen reduziert haben, weil wir Ältere und Verheiratete einberufen, weil wir faktisch jeden holen, den wir irgendwie kriegen können. Das heißt, das Problem der Wehrgerechtigkeit ist gelöst, bevor es zur Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate kommt. Diesem Punkt haben wir schon aus ureigenem Interesse entsprochen, denn wie sollen wir es den jungen Leuten zumuten, wenn die Wehrungerechtigkeit weiterbesteht, 18 Monate dienen zu müssen, während andere dagegen nicht zur Bundeswehr eingezogen werden?

Warum nicht Berufsarmee?

Bei der Berufsarmee hätten wir binnen kurzem das Problem der Amerikaner, keine Reserven. Hinzu kommt der gesellschaftliche Gesichtspunkt. Wir werden dazu nie bereit sein. Dieser Verteidigungsminister wird nie auf eine Berufsarmee aus sein, selbst wenn er es könnte. Was geben wir denn mit der Wehrpflichtarmee auf? Wir geben das Instrument auf, mit dem die Armee in das Volk eingebunden ist. Und mit der Wehrpflichtarmee haben wir immer in Erinnerung, daß die Verteidigung dieses Staates nicht die Aufgabe von einer Handvoll Profis ist. Staatsbürger, die Verteidigung Deiner Freiheit ist Deine ureigene Sache! Wenn wir dieses Bewußtsein verlieren, sind wir ganz weit zurück.

Unterstützung zugesagt

● Fortsetzung von Seite 1

derer Gesetze zur Verbesserung der finanziellen Attraktivität für Zeit- und Berufssoldaten einbringen wird. Im Ministerium sind dazu aber bereits klare Überlegungen angestellt worden. Mit dem Entwurf zur Verlängerung des Grundwehrdienstes sei noch vor der nächsten Sommerpause und damit nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 1985 zu rechnen, hieß es. Wenn die FDP auch dann noch bei der Unterstützung des gestrigen Kabinettsbeschlusses bleibt, ist sichergestellt, daß nach einem veränderten Wehrpflichtgesetz 1989 die ersten Rekruten für eineinhalb Jahre Grundwehrdienst in die Kasernen werden einrücken müssen. Erste Zweifel darüber weckte schon gestern der FDP-Bundestagsabgeordnete Feldmann, der der „Bild-Zeitung" erklärte, eine Wehrdienstverlängerung sei noch umgehbar.

Ob die Bonner Opposition die Verlängerung des Wehrdienstes mitträgt, ist ungewiß. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der SPD-Fraktion, Horn, äußerte sich eher ablehnend, obwohl der frühere Verteidigungsminister Apel (SPD) noch am 21. Juni 1981 die Verlängerung des Grundwehrdienstes als eine „unumgängliche Maßnahme" zur Sicherung der Verteidigungskraft hingestellt hatte.

Nach Wörners Darstellung soll die Bundeswehr auch im Jahre 1995 ihren heutigen Friedensumfang von 495 000 Mann behalten. Neben einer Reihe von Maßnahmen zur Vergrößerung der Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten, der Herabstufung der Tauglichkeitskriterien für Wehrpflichtige, der Erhöhung der Wehrübungsplätze will die Hardthöhe zur Erreichung dieses Ziels auch eine verbesserte Verfügungsbereitschaft einsetzen. Rund 24 000 Mann werden direkt nach Ableistung ihres Grundwehrdienstes als sogenannte Verfügungsbereite eingestuft.

dpa, Hamburg

Hamburgs Schulsenator Professor Joist Grolle (SPD) hat sich in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) für Kasernenschließungen anstelle einer Verlängerung der Wehrdienstpflicht ausgesprochen. In dem gestern in Hamburg veröffentlichten Schreiben meinte Grolle, „wenn die Zahl der Wehrpflichtigen nicht ausreicht, eine Kaserne zu füllen, dann sollten Sie die Kaserne schließen, statt die Wehrpflichtigen zusätzliche Monate darin festzuhalten".

Die Materialplanung: Hohe Qualität und Flexibilität

In Verbindung mit den Vorkehrungen zur Verminderung der Personallücke der Bundeswehr in den neunziger Jahren hat das Verteidigungsministerium eine umfassende Planung für die Ausrüstung der Truppe mit Waffen und Gerät hinter sich gebracht. Minister Wörner bezeichnete diese Arbeiten als so umfassend, wie sie seit Bestehen der Bundeswehr wohl bisher nicht geleistet worden sind. Der Planungszeitraum für die Rüstungsbeschaffung reicht über 15 Jahre und damit von heute gesehen bis fast zum Jahr 2000. Wörner und seine zivilen wie militärischen Mitarbeiter, allen voran der Generalinspekteur als Planungsverantwortlicher, mußten für diese Arbeiten eine völlig neue Grundlage schaffen, denn der letzte genehmigte Bundeswehrplan stammt aus dem Jahre 1977.

Die von Minister Wörner bei seinem Amtsantritt angeordnete „rüstungsplanerische Bestandsaufnahme" führte zu dem jetzt vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommenen Ergebnis für die Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr. Generell ist sie durch neue Prioritäten gekennzeichnet. Auf der Basis einer zuverlässigen Analyse der militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes und ihrer Bewertung durch die Fachleute für militärische Operationen lauten heute die Aufgaben für die Rüstungsbeschaffung der neunziger Jahre: erkannte Schwächen bei Heer, Luftwaffe und Marine beseitigen. Vor allem wurden sie in den Bereichen Aufklärung, elektronische Kampfführung sowie bei der Munitionsbevorratung registriert. Darüber hinaus konzentriert sich die künftige Rüstungsbeschaffung auf eine wesentliche Verbesserung der Luftverteidigung und der sanitätsdienstlichen Versorgung der Soldaten. Das Verteidigungsministerium ist dabei entschlossen, die vorher lange vernachlässigte Forschung und Entwicklung für neue Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Streitkräfte zu intensivieren. Dies ist nach Ansicht der Hardthöhe erforderlich, damit die Beschaffung für die neunziger Jahre vom höchstmöglichen Stand einer modernen Entwicklung profitieren kann.

Bei der Vorstellung des Planungskonzeptes sagte Minister Wörner gestern, man habe dabei besonderen Wert auch auf die Erhöhung der Durchhaltefähigkeit der Verteidigungskräfte gelegt und sich bei der Bewertung des künftigen Rüstungsbedarfs von Heer, Luftwaffe und Marine nicht mehr von den herkömmlichen Quoten leiten lassen, sondern Prioritäten über die Teilstreitkräfte hinweg gesetzt. Schließlich sei es künftig auch vorbei mit dem sogenannten Nachfolgedenken. Das heißt, daß einem Waffensystem wie einem Panzer oder einem Schützenpanzer nicht unbedingt auch wieder ein Panzer oder Schützenpanzer folgen muß, sondern möglicherweise ganz neu entworfene Kampfwagen mit veränderten Aufgabenstellungen. Die Rüstungsbeschaffung orientiert sich nach Wörners Worten an den Zahlen des 18. Finanzplans des Bundes. Dieser sieht bisher eine nur geringfügige reale Steigerung vor. Der Minister hat allerdings in internen Besprechungen bereits angedeutet, daß er aufgrund von Zusagen Finanzminister Stoltenbergs noch auf eine Verbesserung der Finanzsituation der Rüstungsplanung rechnen kann.

Im einzelnen sind für die Teilstreitkräfte folgende Beschaffungen vorgesehen:

Heer: Seine Schwächen bei der Artillerie will das Heer mit der Einführung eines neuen Raketenwerfers und einer Panzerhaubitze abfangen. Das Mittlere Artillerie-Raketensystem (MARS) und die Panzerhaubitze 155-1 sind dafür vorgesehen. Sie sollen mit Beginn des neuen Jahrzehnts eingeführt werden. Daran ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre schwerpunktmäßig die Modernisierung der gepanzerten Kampftruppen geplant. Dabei will das Heer im Sinne der Abkehr vom Nachfolgedenken neue Wege beschreiten. Im Entwurf ist zum Beispiel bereits jetzt ein Panzerabwehrwagen skizziert, der, ausgerüstet mit einer hydraulischen Hebebühne, über Häuser oder Waldränder hinweg aus der Deckung das Gefechtsfeld beobachten kann und auch so Raketen verschießt.

Zu den neuen Systemen kommt außerdem eine gesteigerte Panzerabwehrfähigkeit des Heeres durch den verbesserten Panzerabwehr-Hubschrauber (PAH-2) hinzu. Dieses Waffensystem, gegenwärtig gemeinsam mit Frankreich in Entwicklung, soll auch bei schlechter Sicht und des Nachts voll einsatzfähig sein. Angesichts der großen Überlegenheit des Warschauer Paktes beim Einsatz von Kampfhubschraubern will sich das Heer auch mit einem Kampfwagen ausrüsten, der nicht nur gegen Panzer wirken kann, sondern gleichzeitig auch gegen Hubschrauber. Insgesamt will das Heer zwischen 1989 und 1997 4467 gepanzerte Kampfwagen der neuen Generation beschaffen. Das Vorhaben „gepanzerte Kampfwagen 90" verursacht geschätzte Gesamtkosten von 12,118 Milliarden Mark.

Luftwaffe: Bei der fliegenden Teilstreitkraft ist das Mehrzweckkampfflugzeug „Tornado" bereits in der Einführung begriffen. Es ist für die Aufgabe Luftangriff vorgesehen. In

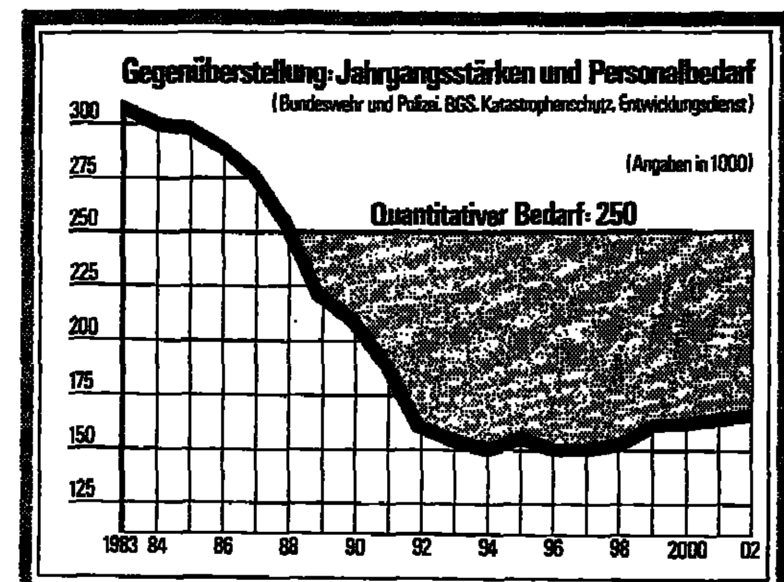
> „Auf der Basis einer zuverlässigen Analyse der militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes und ihrer Bewertung durch die Fachleute für militärische Operationen lauten heute die Aufgaben für die Rüstungsbeschaffung der neunziger Jahre: erkannte Schwächen bei Heer, Luftwaffe und Marine beseitigen"

der nun vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommenen Rüstungsplanung ist seine volle Nutzung für diese Aufgabe durch Einführung sogenannter Munition der 3. Generation vorgesehen. Allein dafür sind 3,5 Milliarden Mark angesetzt worden. Die entscheidende Schwäche der Luftwaffe aber war bei der Luftverteidigung. Sie wird künftig durch die Einführung der Flugabwehrraketensysteme „Roland" und „Patriot" erheblich vermindert. Beide Waffen sind für den Schutz von Kommandozentralen und von Flugplätzen gedacht, auf denen im Krisenfalle auch fliegende Verstärkungskräfte aus den USA stationiert werden sollen. Hinzu kommt eine Steigerung des Kampfwertes der „Phantom" F4-F, die, mit einem neuen Radar und Luft-Luft-Raketen versehen, die mobile Luftverteidigung stärken soll. Dazu ist ein moderner Hochleistungsjäger, der sogenannte Jäger 90, geplant, der in der Lage sein soll, gleichzeitig mehrere Luftziele zu bekämpfen. Dieses Flugzeug wird von der Bundesrepublik gemeinsam mit den vier weiteren Ländern Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien entwickelt. Die deutsche Luftwaffe soll etwa 200 Stück des leistungsfähigen Jägers bekommen. Mit seiner Einführung ist von 1997 an zu rechnen.

Die Luftwaffe soll ein Führungssystem, genannt ACCS, für geschätzte Gesamtkosten von knapp 260 Millionen Mark erhalten. Für die Bestückung ihrer Jagdflugzeuge ist die Beschaffung von 2300 Luft-Luft-Raketen mittlerer Reichweite sowie mehr als 4500 Raketen kürzerer Reichweite beabsichtigt.

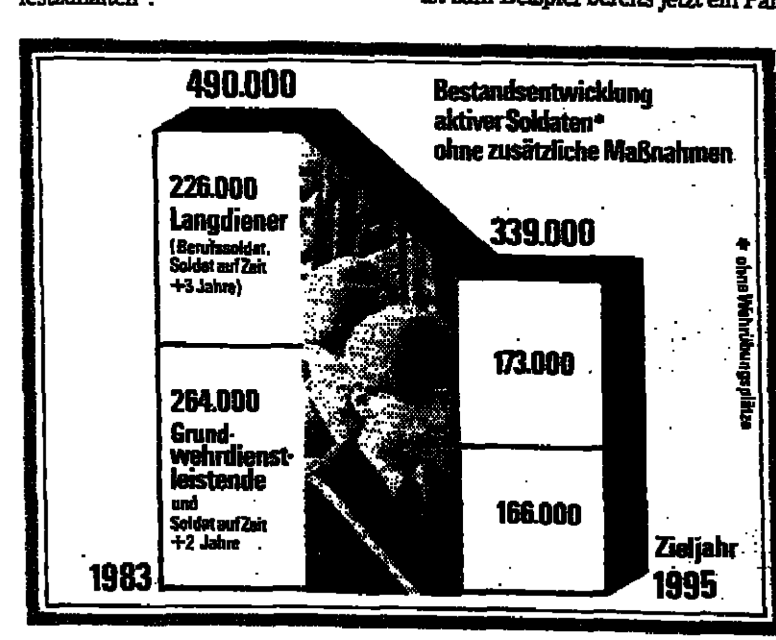
Marine: Bei der schwimmenden Teilstreitkraft haben die Rüstungsplaner am wenigsten Schwächen zu beheben. Ihre Ausrüstung gilt heute als ausgewogen. Schiffe und Flugzeuge sind nach dem Urteil der Fachleute in einem richtigen Mischungsverhältnis, so daß die Erhaltung ihres Kampfwertes im wesentlichen darauf hinausläuft, die veraltenden Waffensysteme zeitgerecht in der notwendigen Stückzahl zu ersetzen. Noch in den achtziger Jahren wird die Marine die ihr zugewiesenen 112 Tornado-Flugzeuge bekommen und ihre 12 U-Boote der Klasse 206 modernisieren, so daß sie weiterhin fähig bleibt, weit voraus in der Tiefe des Ostseeraumes den Verteidigungskampf gegen Verbände des Warschauer Paktes aufzunehmen. Bei den Schnellbooten soll die Leistungsfähigkeit durch verschiedene Modernisierungsmaßnahmen erhalten werden. Der schon vorhandene Hubschrauber „Seaking", der bislang ausschließlich für Rettungs- und Verbindungsaufgaben benutzt wurde, wird umgerüstet und dann auch zur U-Boot-Abwehr benutzbar sein.

Mit Beginn der neunziger Jahre will die Marine ihre Beschaffung auf die Ausrüstung zugunsten der Geleit- und Gebietssicherung in der Nordsee und den angrenzenden Seegebieten verlagern. Dazu ist die Einführung von sechs U-Booten der Klasse 211 sowie von Fregatten der Klasse 12[illegible] geplant. rmc



Bedarfsgrenze und Pillenknick

„Horrorkurve" nennt das Verteidigungsministerium die zeichnerisch dargestellte Entwicklung des jährlich sich mindernden verfügbaren Reservoirs an wehrdienstfähigen jungen Männern (links). Sie zeigt, daß 1988 die Bedarfsgrenze 250 000 unterschritten wird und damit von da an Bundeswehr, Polizei, Bundesgrenzschutz und andere öffentliche Dienste den für sie nötigen Nachwuchs nicht mehr ganz finden können. Würde die Bundeswehr aber nichts gegen den „Pillenknick" tun, sähe ihr Umfang 1995 aus, wie die rechte Graphik ausweist: 339 000 Mann und in diesem Kontingent nur jeder zweiter ein Wehrpflichtiger.



„In der Energiepolitik muß umgedacht werden“

Mahnende Worte auf VDI-Fachtagung in Saarbrücken

D. GURATZSCH, Saarbrücken

Führende Energie-Fachleute der Bundesrepublik haben an Gemeinden, Kreise, Versorgungsunternehmen und Ingenieur-Büros appelliert, in der Energiepolitik umzudenken und angesichts der katastrophalen Waldschäden und schwerwiegenden Umweltbelastungen neue kommunale Versorgungskonzepte auszuarbeiten. Auf einer Fachtagung des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) im Rahmen der Messe „Energie + Umwelt '84“ unterstrichen sie gestern in Saarbrücken, daß es die Aufgabe derartiger Konzepte sein müsse, „mit vorhandenen Ressourcen eine kostengünstige Versorgung zu sichern, insbesondere jedoch die dabei auftretenden Umweltbelastungen auf ein Minimum zu beschränken“.

Wie Experten des Umwelt-Bundesamtes Berlin (UBA) und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung Bonn (BfLR) darlegten, haben gerade Energiegewinnung und -nutzung an der Gesamtbelastung der Umwelt in der Bundesrepublik einen erheblichen, an der Luftverunreinigung sogar den „weitaus größten Anteil“. Sie sind damit nach heutigen Erkenntnissen sowohl für das Waldsterben, als auch für Gewässerversauerung, Gebäudeschäden, Materialfraß maßgebend verantwortlich. Mittelfristig, so eine Prognose des Umwelt-Bundesamtes, würden in diesem Zusammenhang auch Fragen der menschlichen Gesundheit an Bedeutung gewinnen.

Bei der Nutzen-Kosten-Bilanz der Energieträger und herkömmlichen Versorgungsarten müßten darüber hinaus auch noch ganz andere, ebenfalls kaum berücksichtigte Faktoren gewertet werden, stellten Forschungsgruppen der beiden Institute fest: die Auswirkungen des Kohlebergbaues auf Naturhaushalt und Böden zum Beispiel durch Bergsenkungen, Grundwasserabsenkungen, Erwärmung und Verdunstungsraten von Gewässern. So würden dem Neckar schon heute bis zu 25 Prozent der gesamten durchschnittlichen Wasserführung durch energetisch bedingte Verdunstungsverluste entzogen. Die Kühlkapazität des deutschen Flußsystems sei nach Meinung vieler Experten bereits erschöpft. Das Umweltmedium Wasser könne damit „zum Engpaßfaktor der elektrizitätswirtschaftlichen Entwicklung werden“ (Frithjof Spreer).

Beide Institute beriefen sich in Saarbrücken auf den Schwenk in der Energiepolitik, der durch die neue Regierung eingeleitet worden ist: „Weg von der reinen Verkaufsphilosophie für Strom, Gas oder Fernwärme“ hin zum „rationellen und sparsamen Umgang mit Energie“. Die neuen Handlungsinstrumente in der Umweltpolitik, insbesondere die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, hätten den weiteren Einsatz der Steinkohle überhaupt erst abgesichert. Demgegenüber bestehe in den Kommunen jedoch noch ein gewaltiges Handlungsdefizit. Spreer: „Bisher ist in kaum einer Gemeinde festzustellen, daß der umweltpolitische Handlungsrahmen auch nur annähernd systematisch ausgefüllt wird.“ Viele Energieversorgungsunternehmen engagierten sich in der Umweltdebatte heute schon stärker als die betreffende Gemeinde selbst.

Breiten Raum nahm auf der VDI-Tagung die Diskussion praktischer Handlungsmöglichkeiten der Kommunen beim Übergang zu einer umweltschonenden Energieversorgung ein. Sie reichen vom Einfluß auf die Angebotsstruktur, über Zwangsmittel und Bauleitplanung bis hin zu Wärmeversorgungskonzepten. An der Spitze aller Strategien zur Reduzierung der Umweltbelastungen stehen nach wie vor Energiesparmaßnahmen einschließlich Nutzung freier Abwärme und Kraft-Wärme-Koppelung. Als umweltpolitisch günstigste Arten, Kohle im Raumwärmemarkt einzusetzen, gelten abgasgereinigte Fernwärme- und auch Blockheizkraftwerke. Unter allen diesen *Strategien muß nach lokalen Gegebenheiten abgewogen werden.*

Am weitesten gehen die Ansichten beim Energieträger Gas auseinander. Er läßt sich räumlich differenziert, schrittweise, stadterneuerungsfreundlich und auch „umweltfreundlich“ einsetzen – und doch reicht das Erdgas nur noch auf wenige Jahrzehnte. Es muß importiert werden, es erzeugt die geringsten Beschäftigungswirkungen und es ist der wirkungsvollste Konkurrent für die umweltpolitisch günstigere Nah- oder Fernwärme aus der Kraft-Wärme-Koppelung, wie Frithjof Spreer darlegte.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Natur und Tempolimit

„Leserbriefe: Natur und Tempolimit“; WELT vom 11. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

während meiner Berufstätigkeit befuhr ich täglich die Autobahn Pinneberg–Hamburg. Beim Autobahndreieck Hamburg-Nordwest donnerten, von Norden kommend, die Laster aus Dänemark und den anderen nordischen Ländern mit reichlich überhöhter Geschwindigkeit vorbei. Sie tun es sicher auch heute noch. Bei dem Anruf in einer Hamburger Polizeidienststelle sagte mir der Beamte mit bewundernder Resignation, daß diese Laster mit ihren PS-starken Volvo-Motoren leicht jedem Pkw davonführen. Auf meine Frage, ob dies nicht zu unterbinden sei, fragte er mich, wie er das wohl tun solle. Wenn die Polizei käme, seien diese Laster doch meistens schon weg.

Kommentar überflüssig.

Das liegt ein paar Jahre zurück, aber es dürfte eher schlimmer geworden sein.

Hochachtungsvoll
E. Wockenfuß,
Pinneberg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Leserbrief zum Tempolimit ist Dr. Scharnberg ein schwerer Fehler unterlaufen. Fährt man mit Tempo 100 statt 125 km/h, so verringert sich der Schadstoffausstoß um 20 Prozent pro Zylinderfüllung! Die Verringerung des Ausstoßes auf die Zeit bezogen ist noch wesentlich größer. Zu bedenken ist, daß man für eine bestimmte Strecke immer dieselbe Anzahl Motorumdrehungen braucht, egal, welche Geschwindigkeit man wählt. Die Schadstoff-Verminderung muß man auf die Strecke, nicht auf die Zeit beziehen. Nur in der Stadt, wenn bei 30 km/h ein niedrigerer Gang gewählt wird, ergibt sich eine Erhöhung der Anzahl der Motorumdrehungen pro Strecke, so daß ein niedrigerer Schadstoffausstoß pro Zylinderfüllung vielleicht ausgeglichen würde.

Die größte Kapazität haben Autobahnen übrigens bei etwa 80 km/h, wie durch Untersuchungen belegt wurde, ein Grund mehr für ein Tempolimit auf Autobahnen.

Mit freundlichen Grüßen
E. Koch,
Germering

In der Diskussion über Tempolimit wird der Schadstoffausstoß immer in Tonnen angegeben. Das ist ohne Zeit- und Streckenangabe irreführend und keine brauchbare Aussage.

Ein schnell fahrendes Kraftfahrzeug, das in einer Stunde auf einer bestimmten Strecke 100 Gewichtseinheiten Schadstoffe ausstößt, verunreinigt die Luft genauso wie ein langsam fahrendes Fahrzeug, das auf der gleichen Strecke zwei Stunden lang 50 Gewichtseinheiten je Stunde Schadstoff ausstößt.

Der höhere Schadstoffausstoß schnell fahrender Kraftfahrzeuge ist also wegen der höheren Geschwindigkeit mit einer geringeren Schadstoffverdichtung der Luft verbunden, die auch nur geringere Zeit wirkt. Wer den größeren Schaden bewirkt, der Schnelle oder der Langsame, kann allein mit der Tonnage-Angabe nicht begründet werden.

Dr. G. Boehm,
Hamburg 76

Kurzer Friede

„Moçambiques Rebellen sind verbittert über Südafrika“; WELT vom 10. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Artikel von Monika Germani muß ich leider zustimmen. Das Beispiel Rhodesien hätte eigentlich auch die Südafrikaner lehren sollen, daß es sich nicht auszahlt, auf seine Freunde Druck auszuüben, damit kommunistische Regierungen an die Macht kommen.

Die heutige Regierung von Zimbabwe wird es Südafrika nicht danken, daß sie nur durch den Druck Südafrikas *auf die Regierung Smith/* Muzorewa ans Ruder gekommen ist. Auch um die Menschenrechte ist es heute viel schlechter bestellt als zur Zeit der Herrschaft der Weißen.

In Moçambique und wohl auch in Angola ist Südafrika auf dem besten Wege, seine alten Freunde für eine kurzfristige Ruhe an der Terrorismusfront aufzugeben, wenn nicht gar zu verraten. Es sollte sich auch bis Pretoria herumgesprochen haben, daß Kommunisten jeden Vertrag unterzeichnen, solange er kurzfristig von Nutzen für sie ist. Danach ist das Abkommen nicht das Papier wert, auf dem es steht.

In einigen Jahren wird es in Moçambique und in Angola keine Widerstandsbewegungen mehr geben. Südafrika ist dann von feindlichen Staaten mit erstarkter Wirtschaft und stabilerer innenpolitischer Lage umgeben. Diese Staaten können Südafrika dann mehr schaden als heute.

Die in der Welt verbleibenden Freunde Südafrikas können nur hoffen, daß sie eines Tages von den südafrikanischen Politikern nicht genauso *schmählich behandelt werden wie* die Freiheitskämpfer in Moçambique heute.

Frau Germani sei Dank für ihre Berichterstattung.

Mit freundlichen Grüßen
F. D. Verspohl,
Frankfurt 1

Der Unterschied

„Seifenblasen der Sehnsucht nach der wilden See“; WELT vom 9. Oktober

Liebe WELT,

hier irrt Friedrich Luft! Hermann Göring hatte keine Prachtbauten in der Wuhlheide, sondern in der Schorfheide. Dort, in der Schorfheide, nordöstlich von Berlin, stand sein Jagdschloß Karinhall, und ich habe als junger Journalist des Scherl-Verlages meinen ersten Sommerurlaub bei einem Förster des Fürsten von Redernswalde in der Nähe der Schorfheide genossen.

Die Wuhlheide lag dagegen im Armen- und Arbeiterviertel zwischen den Dreieckspunkten Berlin-Oberschöneweide, Köpenick und Karlshorst. Sie wurde später zum Volkspark, einem Arbeitererholungsgebiet. Aber nur der ehemalige Berliner wird den Unterschied zwischen Wuhl- und *Schorfheide bemerken können* – wie ich.

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech,
Wissen (Sieg)

Wort des Tages

„Die Gleichgültigkeit ist die schlimmste aller Gewalten.“

Manes Sperber, franz. Autor (1905–1984)

Personalien

EHRUNGEN

„Ihre politische Arbeit und Ihre Leistung ragen heraus. Es war ein harter und schöner, steiler Weg. Wir alle im Deutschen Bundestag sind froh, daß es Sie gibt.“ So gestern **Dr. Rainer Barzel**, der Präsident des Deutschen Bundestages, der *zusammen mit SPD-Fraktionschef* **Hans-Jochen Vogel** in der Bad Godesberger Redoute zu Ehren von **Annemarie Renger** einen Empfang gab. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages hatte kürzlich ihren 65. Geburtstag gefeiert. Viele hundert Gäste kamen. An der Spitze der Gratulanten der frühere Bundespräsident **Karl Carstens**. Die Partei, die Freunde Annemarie Rengers aus dem Wahlkreis, auch die Opposition mit CDU/CSU-Fraktionschef **Dr. Alfred Dregger** waren vertreten. Hans-Jochen Vogel nannte in einer Laudatio die Vizepräsidentin und Politikerin, die seiner Partei seit 39 Jahren angehört, eine „parlamentarische Institution“. Frau Renger, die kürzlich eine schwere Operation in Hamburg gut überstanden hat, nahm gelassen die vielen Glückwünsche entgegen. Mit einer durchaus witzigen Rede ging sie auf die Probleme der Frau in der Politik ein. Vor allem auch in ihrer eigenen Partei. „Diese Partei ist beinahe so schwierig wie unser Vaterland. Es tut ungeheuer gut, wenn *heute die eigenen Genossen so nett* zu einem sind“, gestand sie gestern. Für sie, hob sie noch einmal hervor, war einer der bedeutendsten Tage ihres Lebens, als sie als erste Frau in der Welt Parlamentspräsidentin in Bonn wurde. Das Präsidium des Deutschen Bundestages schenkte Annemarie Renger „einen Alterssessel“, einen original Barockstuhl. Frau Renger hatte sich dieses Präsent, obwohl der Ruhestand noch lange nicht angestrebt wird, gewünscht.

*

Auf Beschluß des Kuratoriums der Fritz-Schumacher-Stiftung verleiht der Präsident der Universität Hannover, Professor **Hinrich Seidel**, folgende von der Stiftung F. V. S. zu Hamburg zur Verfügung gestellte Auszeichnungen für das Jahr 1984: die Heinrich-Tessenow-Medaille in Gold an Professor Dipl.-Ing. Architekt **Joachim Schürmann**, Köln, und je einen Fritz-Schumacher-Preis von je 20 000 Mark an Architekt **Ralph Erskine**, Drottningholm (Schweden), und an Professor Dr. Dr. h. c. **Roland Rainer**, Wien. Schürmann erhält die Heinrich-Tessenow-Medaille für seine beispielhaften Bauten mannigfacher Art, u. a. für das Wohnviertel um St. Martin in Köln und den zur Ausführung bestimmten Entwurf für die Erweiterung des Bundestages in Bonn. Professor Dr. Dr. Roland Rainer, Wien, ist durch zahlreiche hervorragende städtebauliche Arbeiten, insbesondere Siedlungen in Flachbauweise, wie durch fachliche Veröffentlichungen zur Stadtentwicklung hervorgetreten und in der internationalen Fachwelt bekannt geworden. Der in England gebürtige und dort und in Schweden tätig *gewordene Architekt Ralph* Erskine hat sich durch seine schöpferischen Arbeiten auf dem Gebiete der Architektur und des Städtebaus hervorgetan und auf die Architekturentwicklung in Europa großen *Einfluß gehabt.*

*

Der Große Preis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur 1984 wurde **Herbert Holzing** (Niederfell an der Mosel) für sein Schaffen als Illustrator von Kinder- und Jugendbüchern zugesprochen. Zugleich verleiht die Akademie ihre Medaille, den „Volkacher Taler“, **Hildegard Krahé** (Hamburg), Herausgeberin, Übersetzerin und Verfasserin theoretischer Arbeiten, sowie **Thomas Ostwald** (Braunschweig), Autor von Biographien und Herausgeber vor allem auf dem Gebiet der klassischen Abenteuerliteratur.

*

Für seine einmaligen Verdienste um den Tier- und Naturschutz in der Bundesrepublik Deutschland erhielt Professor Dr. Dr. **Bernhard Grzimek** (75) im Frankfurter Zoo den Preis „Pro Intellekt“ des Hamburger Unternehmens Philips Bürotechnik. Professor Grzimek hat mit seinem Engagement in der Öffentlichkeit ein neues Naturbewußtsein geschaffen. Werk und Name stehen für die Rettung ganzer Landstriche und vieler bedrohter Biotope. Als Senior der deutschen Tierfreunde und Präsident der „Zoologischen Gesellschaft Frankfurt von 1858 e. V.“ kämpft er ungebrochen für die Rettung des Wattenmeeres und die Rückkehr der Wildkatze in die Spessart-Forsten.

Honecker hält sich in Helsinki an Moskaus Kurs

Keine Impulse für den Ost-West-Dialog / Kritik an den USA

REINER GATERMANN, Helsinki

Finnland ist das dritte nicht-kommunistische Land in Europa, dem der Staats- und Parteichef der „DDR", Erich Honecker, eine offizielle Visite abstattet. Wer jedoch erwartet hatte, daß der Gast vom Boden des neutralen Finnland aus neue Gedanken oder Erläuterungen zum europäischen oder deutsch-deutschen Dialog geben werde, sah sich enttäuscht. Honecker begnügte sich mit der Wiederholung bekannter sicherheitspolitischer Vorschläge der Sowjetunion und wiederholte die Kritik an der Stationierung amerikanischer Raketensysteme in Westeuropa, welche Zeichen eines Strebens nach militärischer Überlegenheit seien.

„Geist und Buchstaben von Helsinki sollen den Geist der Konfrontation und einer erklärten Politik des Kreuzzuges geopfert werden", erklärte der Staatsratsvorsitzende. Die Abwesenheit des stellvertretenten Staatsratsvorsitzenden, Günther Mittag, die in Helsinki mit Krankheit begründet wird, kam für die Finnen überraschend. Sein Name war noch in allen offiziellen Papieren aufgeführt.

Honecker, der von Finnlands Präsident Mauno Koivisto und mit allen militärischen Ehren empfangen wurde, besucht für vier Tage ein Land, dessen wichtigster bilateraler Vertrag der 1948 mit der Sowjetunion geschlossene Freundschafts- und Beistandspakt, den Begriff Deutschland als völkerrechtliche und geographische Einheit enthält.

Begriff Deutschland

Obwohl er mehrfach verlängert wurde, hatte bisher offenbar keiner der Vertragspartner Interesse daran, ihn in Richtung dessen zu verändern, was der SED-Parteichef in seiner offiziellen Rede in Helsinki als die „Anerkennung der Realitäten bezeichnete, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind".

Auf Seiten Finnlands stuft man die Visite als „protokollarische Pflichtübung" ein. Allerdings erklärt sich die „DDR" in einem vor wenigen Tagen unterzeichneten Abkommen mit Finnland erstmals gegenüber einem westlichen Land bereit, für auf ihrem Territorium befindliches, gegen Kriegsende beschlagnahmtes ausländisches Vermögen Entschädigung zu zahlen. Zwar handelt es sich im Falle Finnlands dabei lediglich um umgerechnet rund drei Millionen Mark, für Schweden und Norwegen zum Beispiel liegen die Forderungen jedoch bedeutend höher. Beide Länder haben ihre Forderungen aus Anlaß des „DDR"-Zugeständnisses an Helsinki bereits wiederholt.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung dieses Abkommens wurden Verhandlungen über die Möglichkeit nicht-kommerziellen Kapitaltransfers vereinbart. Damit soll die Überführung u. a. von Tantiemen, Honoraren und Erbschaften, die Finnen in der „DDR" zufallen, geregelt werden.

Diplomatische Beziehungen

Zwar ist das erste Regierungsabkommen zwischen Finnland und der „DDR" fast genau 35 Jahre alt. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam es allerdings erst vor zwölf Jahren. (Die Bundesrepublik Deutschland mußte angesichts des strikten Neutralitätsstrebens Helsinkis genauso lange darauf warten.) Die Voraussetzungen dafür wurden durch das Viermächte-Abkommen über Berlin und den Grundvertrag geschaffen. Zusammen ebneten sie den Weg für das Zustandekommen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1975 in Helsinki stattfand.

Koivisto schnitt in seiner offiziellen Rede neben der Sicherheitspolitik („die militärische Sicherheit in unserem Weltteil kann mit einem wesentlich niedrigeren Rüstungsniveau als dem gegenwärtigen gewährleistet werden") auch die Themen Handel und Tourismus an, während sich Honecker fast ausschließlich auf den Ost-West-Konklikt konzentrierte. Nach seiner Auffassung würde „der Stopp der Stationierung neuer Raketensysteme der USA in Westeuropa und der Abbau der bereits stationierten Pershing 2 und Cruise Missiles" die Menschen erleichtert aufatmen lassen „und den Weg zu neuen Verhandlungen über die Reduzierung der nuklearen Rüstung ebnen". In den Hauptfragen zur internationalen Lage hätten die „DDR" und Finnland weitgehend übereinstimmende oder sehr nahe Auffassungen vertreten, kommentierte Honecker seine Gespräche mit Koivisto.

„Nur Barzel kann die Sache klären"

Unsicherheit in der CDU/CSU / Aussage des Bundestagspräsidenten in der nächsten Woche?

gil./ms. Bonn

Verwirrung und Unsicherheit herrschte gestern in der Unionsfraktion über die Diskussion um den Bundestagspräsidenten Rainer Barzel. Eine Klärung und eine Entkräftung der Vorwürfe über seine Beratertätigkeit könne nur von ihm kommen, hieß es in der CDU/CSU. Deshalb sollte er baldmöglichst Gelegenheit erhalten, vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages auszusagen. Dazu dürfte es jedoch erst in der nächsten Woche kommen.

Alfred Dregger, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, hatte am Vortag vor den Abgeordneten erklärt, er bitte, daß man das, was Kohl zuvor gesagt habe, daß man zunächst einmal zum eigenen Mann stehe „und nicht nur zunächst, sondern überhaupt" beherzige. Wenn die Fraktion diese Regel nicht beachte, nähmen alle ihre Mitglieder Schaden. Der Kanzler hatte zuvor von einer Neigung in der Union gesprochen, Politiker aus den eigenen Reihen, wenn sie öffentlichen Angriffen und Verdächtigungen ausgesetzt seien, schnell fallen zu lassen.

Barzel führte seine Amtsgeschäfte gestern – äußerlich unbeeindruckt – fort, lehnte aber jede detaillierte Stellungnahme zu den gegen ihn umlaufenden Vorwürfen ab. Er nahm an einem Geburtstagsempfang zu Ehren der Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) teil. Bekannt ist jedoch, daß es der Bundestagspräsident als unfair empfindet, daß sich seine Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß derart hinzieht und ihm auch keine Akteneinsicht gewährt wird. Von Rücktrittsabsichten wurde bisher nichts bekannt.

Abgesehen von der politischen Einschätzung des Vorgangs konzentriert sich die rechtliche Frage auf das Problem, ob Barzels Beratertätigkeit für die Frankfurter Anwaltskanzlei Paul in den acht Jahren zwischen 1973 bis 1980 ein „Scheingeschäft" darstellt, das in Wirklichkeit allein der Unternehmensgruppe Flick diente und von dieser auch direkt honoriert wurde.

Die „Süddeutsche Zeitung" hatte aus dem Schriftwechsel zwischen Barzel und dem Anwaltsbüro Paul zitiert, aus dem der Eindruck entsteht, als hätte die Anwaltskanzlei die Flick-Honorare lediglich als durchlaufenden Posten bewertet und sie direkt an Barzel weitergeleitet.

Es soll sich um jährliche Honorare von 250 000 Mark handeln, für den Zeitraum von 1973 bis 1980 eine Summe von rund 1,7 Millionen Mark. Der Bundestagspräsident hatte bereits am Montag entschieden bestritten, Flick-Gelder erhalten zu haben. Seine Beratertätigkeit für die Anwaltskanzlei nach seinem Rücktritt als Fraktionsvorsitzender 1973 hat er nicht verheimlicht, wohl aber stets darauf verwiesen, daß er seine Einkünfte beim Bundestag offengelegt und auch voll versteuert habe.

Im Hause Flick wird sowohl bestritten, daß es zwischen Barzel und dem Konzern ein Vertragsverhältnis gegeben habe, noch daß Zahlungen von Flick an Barzel geflossen seien. Im übrigen sei ein Beraterhonorar von jährlich 250 000 Mark an eine Anwaltskanzlei nichts Außergewöhnliches. In der Rechtsabteilung der Konzernspitze habe es nur einen Volljuristen gegeben, weswegen man ständig auf Rechts- und Steuerberatungen freier Kanzleien zurückgreifen müsse. In der Flick-Spitze entstünden dafür jährlich mehrere Millionen an Kosten.

Üblich sei ferner, daß Wirtschaftsunternehmen mit Anwaltsbüros Pauschalverträge wie jenen mit der Kanzlei Paul abschlössen. Dabei werde die Beratertätigkeit honoriert, die sich nicht selten auf Millionengeschäfte auswirke, nicht aber der Einzelauftrag. Der Begriff „Scheingeschäft" wird vom Flick-Konzern bestritten, weil die beauftragte Kanzlei Paul erhebliche Leistungen erbracht habe, jedenfalls höhere, als bislang aus den bruchstückhaften Vorveröffentlichungen hervorgehe. Deswegen sei es falsch, von einer Identität der geflossenen Summen zwischen Flick und Paul einerseits sowie Paul und Barzel andererseits auf ein rechtwidriges Dreiecksgeschäft zu schließen.

Der weitere Vorwurf, Barzel sei zwar nach seinem Rücktritt kein Amtsträger mehr gewesen, könne aber als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses (1977 bis 1979) für die Steuerbefreiungsanträge der Flick-Gruppe gewirkt haben, gilt in Bonn als entkräftet. Tatsächlich hat sich der Ausschuß unter Barzels Vorsitz mit dem Thema nicht befaßt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hatte in dieser Woche die Marschroute ausgegeben, die Partei möge sich aus rechtsstaatlichen Gründen zurückhalten, bis der Bundestagspräsident vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt habe.

In Kreisen der Unionsfraktion wird nicht damit gerechnet, daß Barzel sich irgendwelcher Rechtsverstöße schuldig gemacht hat. Allein jedoch die schiere Summe der über Jahre hochgerechneten Honorare von rund 1,7 Millionen Mark wird von manchen Abgeordneten als anrüchig empfunden.

Die vielfach gezogene Analogie zu Eugen Gerstenmaier (der 1969 wegen einer rechtlich korrekten Wiedergutmachungszahlung zurücktrat) wird auch anders interpretiert: Es könne nur schwer hingenommen werden, daß ein Vorgang als moralisch verwerflich eingestuft werde, der gleichzeitig rechtlich korrekt sei.

Anklage gegen Rechtsextremisten

AP/DW. Karlsruhe

Generalbundesanwalt Rebmann hat beim Oberlandesgericht Frankfurt Mordanklage gegen die beiden Rechtsextremisten Walter Kexel und Ulrich Tillmann erhoben. Sie werden beschuldigt, im Dezember 1982 in Butzbach und Darmstadt versucht zu haben, Angehörige der amerikanischen Armee durch in Autos angebrachte Sprengsätze zu ermorden. Bei den Anschlägen waren zwei Soldaten schwer verletzt worden.

Rebmann hat zudem ein Ermittlungsverfahren gegen vier im Raume Münster wohnhafte Linksradikale wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung übernommen. Sie sollen Waffen transportiert und einen Bankraub vorbereitet haben.

„Stabilität im Kreml"

Kadar spricht in Paris von kollektiver Sowjetführung

cgs. Wien/Paris

Der ungarische Parteichef Janos Kadar ist der Meinung, daß in Moskau eine kollektive Führung die Macht ausübe. An eine Krise innerhalb der Sowjetführung glaube er nicht, erklärte Kadar während seines Besuchs in Frankreich vor der Presse. Er kenne, so sagte Kadar, alle sowjetischen Führer seit etwa 30 Jahren. Trotz ihrer verschiedenen Charaktere hätten sie alle die gleiche Politik verfolgt. Deshalb gebe es in der Sowjetpolitik „Kontinuität" und „Stabilität".

Sein Land bezeichnete Kadar als „korrektes und verantwortungsvolles Mitglied des Warschauer Pakts", das aber mit allen Ländern ohne Rücksicht auf deren Gesellschaftssystem zusammenarbeiten wolle. Der Sozialismus könne nicht ohne Rücksicht auf nationale Besonderheiten aufgebaut werden. In der Vergangenheit sei das nicht immer der Fall gewesen, heute aber existiere eine „Diversität" des Sozialismus.

Kadar drückte seine Zufriedenheit mit dem innerdeutschen Dialog aus. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die ungarischen Medien dem Besuch Honeckers in Finnland außergewöhnlich große Publizität einräumen, wobei Budapest auch der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der innerdeutsche Kontakt in Zukunft fortgesetzt werden wird. Zur gleichen Zeit wurde der Besuch Ceausescus in der Bundesrepublik in der ungarischen Hauptstadt beinahe ignoriert.

„Theater-Attacken sind erlaubt"

rtr, Karlsruhe

Das Urteil eines Amtsgerichts, das 1981 ein Mitglied einer Straßentheater-Gruppe wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß verurteilt hatte, ist vom Bundesverfassungsgericht mit der Begründung aufgehoben worden, die Vorführung mit dem Titel „Der Anachronistische Zug" stehe unter dem Schutz der Kunstfreiheit.

In dem Stück (nach Vorlage eines Brecht-Gedichts), das anläßlich der Kanzlerkandidatur von Strauß inszeniert worden war, sah man Strauß mit Nazi-Politikern in einem Wagen sitzen. Der CSU-Chef hatte Strafantrag wegen Beleidigung gestellt und in zwei Instanzen Recht bekommen. Der Fall muß nun neu verhandelt werden. (AZ: 1 BvR 816/82).

Ost-Berlin lobt SPD-Wandel in Friedensfrage

DW. Berli

Das Ostberliner Institut für Inte nationale Politik und Wirtschaft ha in der jüngsten Ausgabe seiner Hau zeitschrift, „IPW-Berichte", die Ha tung der SPD in der Friedensfrag gelobt. In einer der einflußreichste Parteien der Sozialistischen Interna tionale habe sich in dieser Frage ei „tiefgreifender Wandlungsprozeß vollzogen, schreibt das Blatt.

Die Sozialdemokraten hätten meh und mehr realistische Positionen be zogen. Neben der realen Friedens politik der sozialistischen Staate seien die „positiven Aspekte" in de Haltung der SPD vor allem auf di Entfaltung der „Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern zu rückzuführen.

Die „IPW-Berichte" hoben hervor daß „die Positionen sozialdemokrati scher Kräfte zur Rüstungsbegren zung weder einheitlich noch wider spruchsfrei" seien. Große Teile de SPD leiteten „die Spannung in de Welt keineswegs aus dem Wesen de Imperialismus, sondern aus dem Ge gensatz der gesellschaftlichen Syste me oder aus der Existenz von ‚Super mächten' ab", heißt es in dem Blat weiter.

Kohl: Sanierung von Arbed unter Zeitdruck

dpa/VWD, Saarbrücken

Die Bemühungen zur Rettung der vom Zusammenbruch bedrohten Arbed Saarstahl GmbH stehen nach Meinung des Bundeskanzlers „unter großem Zeitdruck". Bei einem Besuch in Saarbrücken betonte Kohl unter Hinweis auf den Ende 1985 auslaufenden EG-Subventionskodex Stahl, die Bundesregierung werde zusammen mit dem Unternehmen und der Landesregierung „das Menschenmögliche" tun, um Arbed Saarstahl zu erhalten. Konkrete Zusagen machte er allerdings nicht.

Nach Angaben aus Kreisen der EG-Kommission hat bisher kein Mitgliedsland der Gemeinschaft eine Verlängerung der Subventionen beantragt, so daß das Völklinger Stahlunternehmen mit seinen 15 000 Beschäftigten von 1986 an ohne Subventionen auskommen müßte, wenn es zu keiner Änderungen der Regelung käme.

Sauberes Wachstum

HH. – Wenn über Umweltschutz und die Zukunft der Bundesrepublik als Industrienation diskutiert wird, geht den Teilnehmern meist das Wort Nullwachstum leicht von den Lippen; so auch jetzt bei einem Gespräch im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Wolf Häfele, international angesehener Energiefachmann und Chef der Kernforschungsanlage Jülich, goß da Wasser in den Wein mit der entgegengesetzten These.

Er wagte den Blick über die Landesgrenzen und erinnerte an die „Ungeheuerlichkeit" des Bevölkerungswachstums: Von heute vier werde die Weltbevölkerung bald auf sechs und acht Milliarden anwachsen. Seine Schlußfolgerung: „Wir müssen schneller reich werden, als die Weltbevölkerung wächst."

Wenn Menschen in Afrika oder *Indien kilometerweit im Umkreis* nach Holz suchen müssen, so zeigt dies, daß die Energieversorgung zu einem existenziellen Problem geworden ist. Abholzung im großen Stil schafft Umweltprobleme, wie sich auch in Europa vor noch nicht hundert Jahren gezeigt hat.

Ökologische Lösungen sind mit moderner Technik eher zu finden als mit veralteter. Das erfordert – allein für die Energieversorgung – Investitionen von erheblicher Größenordnung. So ist auch Häfeles Appell nach noch mehr Kreativität, noch mehr Reichtum zu verstehen, um diese Investitionen zu finanzieren. Dieser Prozeß sollte auf saubere Technik nicht verzichten, aber ohne Wachstum ist er nicht möglich, weil nicht finanzierbar.

Exoten

hdt. – Der deutsche Markt nimmt gegenwärtig mehr als ein Viertel der neuseeländischen Kiwi-Exporte auf. Beim Verzehr dieser hierzulande erst seit einem Jahrzehnt bekannten Frucht sind die Bundesbürger inzwischen Weltmeister. Auch andere Exoten vermelden ähnliche Entwicklungen, Zucchini und Auberginen beispielsweise, aber auch Fenchel und Broccoli. So konservativ wie oft angenommen sind die deutschen Verzehrgewohnheiten also nicht. Schon vor Jahrzehnten hat der deutsche Verbraucher seine Innovationsfreudigkeit bei der Paprikaschote bewiesen, als er deren vielseitige Verwendbarkeit entdeckte. Da aber der *Obst- und Gemüsekonsum ins*gesamt nur langsam wächst, müssen die überdurchschnittlichen Zuwachsraten der genannten Exoten zwangsläufig auf Kosten anderer Angebote erfolgen. Eines der Opfer ist eindeutig die Kartoffel, denn hier ging der Pro-Kopf-Verbrauch innerhalb des letzten Jahrzehnts von 94 auf 73,8 kg zurück. Das einst so beliebte Knollengewächs, in der Vergangenheit oft letztes Bollwerk gegen Hungersnöte, bewegt sich also auf der Verliererstraße.

AUSSENWIRTSCHAFT / Eine BDI-Umfrage bei den Mitgliedsverbänden

Die deutsche Industrie ist in den meisten Branchen wettbewerbsfähig

HEINZ HECK, **Bonn**

Die in jüngster Zeit geäußerte Befürchtung, die deutsche Industrie habe auf dem Weltmarkt bei wichtigen Produkten den Anschluß verloren, steht in auffallendem Gegensatz zu den eindrucksvollen Exporterfolgen und dem wachsenden Auftragseingang in diesem Jahr. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) *kommt nach einer Umfrage bei* seinen Mitgliedsverbänden zu einer zuversichtlichen Einschätzung der deutschen Wettbewerbsposition wie der weiteren Aussichten.

Gerade in Branchen, die in erster Linie den Export tragen, wie Chemie, Elektroindustrie und Maschinenbau, seien erfreuliche Exportsteigerungen in diesem Jahr erzielt worden. Die wichtigen Exportbranchen beurteilten den Auslandsabsatz „im ungünstigsten Fall als stagnierend" (Automobilbau).

Nach überwiegender Auffassung wird 1984 zu einem „Exportjahr". Zu den Risiken gehörten die Konjunkturentwicklung in den westlichen In*dustriestaaten (vor allem USA)*, der Dollar-Kurs, der weltweit zunehmende Protektionismus und weiter steigende Kostenbelastungen im Inland (Tarifabschlüsse). Einige Branchen wie Bauwirtschaft und Schiffbau müßten durch Fortfall bestimmter Märkte (Opec) zurückgehende Ausfuhren hinnehmen. Auch wirkten Verschuldung und Devisenmangel vieler Entwicklungs- und Ostblockländer hemmend. Dennoch hat die Bedeutung des Exports für die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren deutlich zugenommen (1970 rund ein Fünftel, im ersten Quartal 1984 über ein Drittel der gesamten Güterproduktion).

Auch treffe die Behauptung von der technologischen Rückständigkeit nicht zu: Nach Meinung der Mitgliedsverbände hat sich die deutsche Industrie im internationalen Wettbewerb gut behauptet und nimmt nach wie vor eine Spitzenstellung ein. Das gelte für Produkte wie Fertigungsverfahren. Allerdings habe es in den siebziger Jahren „zeitweilig Rückstände gegeben". Die elektrotechnische Industrie – eine Branche mit hohem Modernisierungstempo – be*trachte sich „als technologisch voll* wettbewerbsfähig".

Für Wettbewerbsschwierigkeiten gegenüber dem Ausland werden nicht selten Subventionen und Dumpingmaßnahmen anderer Staaten verantwortlich gemacht. Auch das hohe deutsche Kostenniveau sei selbst bei modernster Produktionstechnik Ursache für Marktanteilsverluste bei Standard- und Massengütern. Dagegen werden für Spezialprodukte, bei denen höhere Preise durch Qualität, Design und Service wettgemacht werden, bessere Marktpositionen erzielt.

Zwar habe die Wechselkursentwicklung die deutschen Ausfuhrchancen verbessert. Jedoch wird im Wechselkurs nur einer der zahlreichen Bestimmungsfaktoren gesehen. Die jüngsten Exporterfolge, vor allem im Dollar-Raum, rechnet die deutsche Industrie in erster Linie dem Aufschwung in den USA mit seiner starken Investitionsgüternachfrage zu, daneben der Konjunkturbelebung in Großbritannien und den Benelux-Staaten. Zu den Schattenseiten der Dollar-Stärke gehöre die Verteuerung der importierten Rohstoffe und Vorleistungen.

Alle Branchen klagen über Wettbewerbsnachteile in der Exportfinanzierung. Sie alle spüren immer stärker Exportförderungsmaßnahmen der Schwellenländer. Die beträchtliche Anhebung der Entgelte für „Hermes-Deckungen" ist ein weiterer Kritikpunkt im langfristigen Investitions- und Anlagenexport.

Auffallend wenig Bedeutung wird der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer beigemessen. Die deutsche Exportwirtschaft werde „nur partiell berührt", da diese Staaten als Abnehmer deutscher Produkte eine weniger wichtige Rolle spielen (acht Prozent Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr). Einzelne Branchen (Großanlagenbau) oder Firmen würden allerdings „hart getroffen". Der wachsende Protektionismus wird in beinahe allen Branchen als alarmierend empfunden – nicht zuletzt die vermehrten Handelshemmnisse innerhalb der EG.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Anteil der kommerziellen Exportkredite soll steigen

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Entwicklungsministerium will die Mischfinanzierung, also die Mischung von Kapitalhilfe mit kommerziellen Exportkrediten, ausweiten. Dabei stützt es sich auf eine einstimmige Empfehlung des Deutschen Bundestages vom 5. März 1982, also noch aus der Zeit der Regierung Schmidt/Genscher. Bisher hat Bonn dieses Instrument nicht in dem Maße genutzt wie vergleichbare Industrienationen.

Nach Berechnungen des Ministeriums gab es 1983 Regierungszusagen über Mischfinanzierung in Höhe von 1,33 Milliarden Mark. Davon entfielen rund 758 Millionen auf Kapitalhilfe und 572 Millionen auf kommerzielle Kredite. Die 84er Zusagen erreichten bis Ende August bereits 600 Millionen Mark Kapitalhilfe, so daß sich für das *Gesamtjahr eine beträchtliche Steige*rung ergeben dürfte.

Hinzu kommt, daß bei dem bisher gewählten Mischungsverhältnis der Kapitalhilfeanteil sehr hoch ist. Eine „Streckung", also eine Verringerung dieses Anteils, erscheint daher durchaus möglich, ohne daß entwicklungspolitische Zielsetzungen zu leiden hätten. Auch besteht keine Gefahr, daß die Mischfinanzierungen in der *Organisation für Wirtschaftliche Zu*sammenarbeit und Entwicklung (OECD) nicht als öffentliche Hilfe anerkannt würden. Dafür ist lediglich ein sogenanntes Zuschußelement („grant-element") in Höhe von 25 Prozent erforderlich. Das Zuschußelement sagt aus, in welchem Ausmaß die Finanzierung unter Marktkonditionen liegt. Im Falle der 83er Mischfinanzierungen waren es durchschnittlich etwa 50 Prozent.

Aus einem Papier des Ministeriums zur Verfahrensverbesserung bei solchen Projekten geht hervor, daß ein „möglichst hoher Mobilisierungseffekt" erreicht werden soll. Bei der jährlichen Rahmenplanung über die Kapitalhilfe *(darin werden die Zu*sagen für die bilaterale Vergabe an die einzelnen Entwicklungsländer festgelegt) sollen die zuständigen Ministerien entscheiden, zu welchen Konditionen Mittel für Mischfinanzierungen in einzelnen Ländern vergeben werden. Falls erforderlich, können zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung eines Vorhabens auch Mittel verwandt werden, um Inlandskosten zu decken.

Schon in der Vorbereitungsphase, also bei den Verhandlungen über Projektfindung und -auswahl mit dem Empfängerland, sollen Möglichkeiten der Mischfinanzierung erörtert werden. Auch die deutsche Wirtschaft kann der Bundesregierung Anregungen hierfür zuleiten.

Um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen, soll möglichst noch vor *Regierungsverhandlungen im inter*ministeriellen Ausfuhrgarantieausschuß geklärt werden, ob für das betreffende Land kommerzielle Kredite in dem für die Mischfinanzierung erforderlichen Umfang in Deckung genommen werden können.

Detroiter Tariflehren

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Aus dem neuen Tarifvertrag, den *die 350 000 Arbeiter der General* Motors Corporation soeben angenommen haben, lassen sich wichtige Lehren ziehen. Er ist insofern zukunftsweisend, als neue Formeln gefunden worden sind, die sowohl den Beschäftigten als auch dem Unternehmen zum Vorteil gereichen. Vielleicht nicht nur für die USA läßt sich ein kooperativeres Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern voraussagen, *zumal die Ford Motor* Company dabei ist, dem „GM"-Vorbild zu folgen.

Die „Philosophie" des wie üblich dreijährigen Tarifvertrages, der im *Prinzip auch von der Volkswagen of* America Inc. akzeptiert werden muß, läßt sich auf diesen Nenner bringen: Der Anstieg der Arbeitskosten wird bei schlechter Absatzlage begrenzt; klingelt es laut in den Kassen, winkt eine üppige Belohnung. Die Koppelung der Tarifelemente mit den Geschäftsergebnissen erfolgt durch ein amerikanisiertes Bonussystem – eine in Japan übliche Methode, um die fixen Arbeitskosten niedrig zu halten.

Das Paket, das „GM" und die United Auto Workers (UAW) nach nur kurzem Streik zusammengeschnürt haben, ruht auf drei Pfeilern:

1. Im ersten Jahr wird der Grundlohn (9,63 Dollar) im Durchschnitt um 2,25 Prozent angehoben; Hilfsarbeiter erhalten ein und Facharbeiter 3,5 Prozent mehr. Im zweiten und dritten Jahr zahlt „GM" eine einmalige Pauschale von jeweils 2,25 Prozent, die aber nicht in den Grundlohn eingeht.

Die automatische Inflationsanpassung mit der Abkürzung „Cola" (steigt der Verbraucherpreisindex um 0,26 Prozent, erhöhen sich die Stundenlöhne um einen Cent oder rund drei Pfennig) wird *fortgesetzt*; von den bis 1979 aufgelaufenen 3,04 Dollar werden aber nur 2,39 dem Grund*lohn zugeschlagen. Um die Lohnne*benkosten in den Griff zu bekommen, behält „GM" in den ersten neun Quartalen einen Cent und in den letzten zwei Quartalen zwei Cent ein. Intakt bleibt die ertragsabhängige Gewinnbeteiligung (1984: 1000 Dollar); jeder Mitarbeiter findet in seiner nächsten Lohntüte außerdem eine Extrazahlung von 180 Dollar.

2. Heraufgesetzt werden die Betriebsrenten monatlich um einen Dollar je Dienstjahr, im zweiten und drit*ten Jahr* schüttet „GM" für die ehemaligen Mitarbeiter jeweils 200 Dollar aus. Wer in Zukunft nach 30 Arbeitsjahren ausscheidet, erhält im ersten Vertragsjahr eine monatliche Betriebsrente in Höhe von 1025 Dollar. Im zweiten werden es 1115, im dritten 1205 Dollar sein. Zur Zeit sind es 935 Dollar. Aussteiger, die weniger als 30 Jahre Betriebszugehörigkeit auf dem Rücken haben, können mit bis zu *55 000 Dollar abgefunden* werden.

3. Für die Dauer von sechs Jahren stattet „GM" einen Beschäftigungsfonds mit einer Milliarde Dollar aus. In diesem Zeitraum werden Mitarbei*ter, die mindestens ein Jahr bei Gene*ral Motors sind und wegen neuer Technologien oder Betriebsschließungen überflüssig sind, nicht entlassen, sondern umgeschult oder versetzt. Zwecks Arbeitsplatzsicherung hält der Konzern das Kleinwagenprojekt „Saturn" am Leben; vor der Vergabe von Aufträgen ins Ausland wird die Gewerkschaft konsultiert.

Der Vertrag ist nicht billig, da die *Arbeitskosten, eine jährliche In*flationsrate von sechs Prozent vorausgesetzt, über die gesamte Laufzeit um 21,3 Prozent oder um 4,87 auf 27,67 Dollar steigen. Aber im Gegenzug garantiert er „GM" eine größtmögliche Flexibilität, um am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Ohne Behinderung kann das Unternehmen die Automatisierung vorantreiben und Teile in Niedriglohnländern *fertigen lassen. Vom Tisch* ist die uniforme Reallohnanhebung um jährlich drei Prozent, die Bestandteil der Tarifvereinbarungen der 60er und 70er Jahre war. Die Kosten für die Gesundheitsfürsorge – 2,2 Milliarden Dollar im Jahr – lassen sich nun um ein Zehntel kürzen.

Für das riesige „GM"-Team, das sich in der Rezession zu ansehnlichen Lohnkonzessionen entschloß, waren auch diesmal die Arbeitsplätze wichtiger. Es akzeptierte überdies Studien wie die vom Massachusetts Institute of Technology, wonach Detroit auf lange Sicht enorme Investitionen vornehmen muß, um die japanische Konkurrenz in Schach zu halten. Am Schluß der Tarifrunde weckten denn auch die Rekordgewinne, die „GM" 1983 und im ersten Halbjahr 1984 mit 3,7 und 3,4 Milliarden Dollar erzielte, *keinen Neid mehr.*

AUF EIN WORT

„Aus abfallwirtschaftlicher Sicht besteht kein politischer Handlungsbedarf gegen Getränkeeinwegverpackungen. Aber auch aus marktlicher Sicht kann das Innenministerium die Entwicklung der Einwegverpackung mit Gelassenheit verfolgen. Denn sein Ziel, das Primat des Mehrwegsystems zu erhalten, ist nicht in Gefahr: Mehrwegverpackungen für Massengetränke haben nach wie vor einen Anteil von über 75 Prozent."

Dr. Hellmut K. Albrecht, Vorstandsvorsitzender der Schmalbach-Lubeca AG, Braunschweig FOTO: DIE WELT

BERLINER WIRTSCHAFT

Dienstleistungs-Unternehmen sollen neue Impulse geben

tb. **Berlin**

In Berlin werden noch in diesem Jahr zwei zusätzliche Wirtschaftskonferenzen stattfinden, von denen sich die Stadt weitere Impulse erhofft. Der *Präsident der Industrie- und Han*delskammer zu Berlin, Horst Kramp, kündigte vor der Vollversammlung der Kammer für Mitte November eine Forschungskonferenz der deutschen Wirtschaft an. Einen Monat später soll die Konferenz deutscher Dienstleistungsunternehmen in Berlin stattfinden.

Eines der Ziele der von BDI-Präsident Rolf Rodenstock angeregten Forschungskonferenz ist es, weitere Anstöße für neue Forschungsaktivitäten der deutschen Wirtschaft in Berlin zu vermitteln.

Das Treffen der Vorstände großer Dienstleistungsunternehmen Mitte Dezember geht auf eine Initiative des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, zurück. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat dazu rund 65 Spitzenvertreter von *Unternehmen aus allen wichtigen* Bereichen der Dienstleistungen und des Handels in die alte deutsche Hauptstadt eingeladen.

In diesen Gesprächen soll geklärt werden, so der Berliner IHK-Präsident, was angesichts der besonderen Berliner Standortbedingungen erforderlich ist, um Banken, Versicherungen, Warenhäuser, Engineering- und Consulting-Firmen, Software-Häuser und Verkehrsunternehmen aus dem Dienstleistungsbereich der deutschen Wirtschaft zu veranlassen, den Standort Berlin noch stärker in ihre unternehmenspolitischen Entscheidungen einzubeziehen.

VEREINIGTE STAATEN

Industrieproduktion zum ersten Mal wieder gesunken

H.-A. SIEBERT, **Washington**

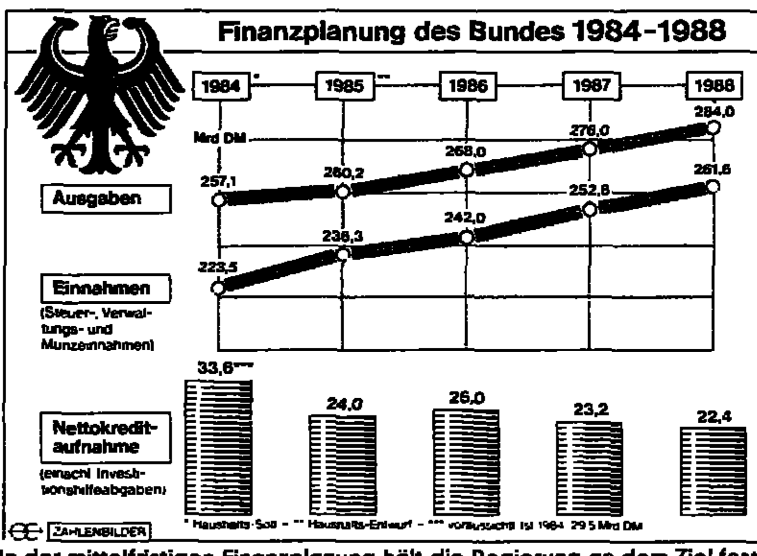
Zum ersten Mal seit November 1982, als die Rezession ihren tiefsten Punkt erreichte, ist in den USA die Industrieproduktion gesunken. Wie die Zentralbank in Washington mitteilte, betrug der Rückgang im September 0,6 Prozent, verglichen mit einer nach oben revidierten Zunahme von nur 0,1 Prozent im August. Im Juli und Juni hatte sich der Ausstoß noch um 0,9 und 1,0 Prozent erhöht. Der Index lag um 165,1 Prozent über dem Basisjahr 1967 und um 7,3 Prozent über dem Vorjahresmonat.

Obwohl der scharfe Produktionseinbruch etwa zur Hälfte auf den einwöchigen Streik bei General Motors zurückzuführen ist, spiegelt er eine deutliche Abschwächung des Konjunkturtempos wider. Denn von den Warengruppen nahmen im September nur Investitions- und Rüstungsgüter um 0,3 und 1,0 Prozent zu. Bei langlebigen Gebrauchsgütern, die Autos einschließen, machte das Minus 2,2, bei kurzlebigen Konsumgütern 0,6 und bei Materialien 1,1 Prozent aus. In der Weiterverarbeitung sank die Erzeugung um 0,7 Prozent.

Der wiederhergestellte Tariffrieden in der US-Automobilindustrie spricht zwar für eine Erholung im Oktober, das alte Produktionsniveau wird aber wohl nicht wieder erreicht. Vermutlich pendelt sich in den USA die allgemeine wirtschaftliche Wachstumsrate nach dem Boom zwischen zwei und drei Prozent real ein. Darauf deutet auch die schnellere Lageraufstockung (August: plus 0,8; verarbeitete Erzeugnisse: 1,3 Prozent) hin.

Seit *Jahresfrist stieg die US-Indu*strieproduktion bei Fertigerzeugnissen um 8,4, Konsumgütern 2,7, Investitionsgütern 18,8, Rüstungsgütern 13,1, Baustoffen 6,1 und Vormaterialien 6,5 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In der mittelfristigen Finanzplanung hält die Regierung an dem Ziel fest, daß Tempo der jährlichen Ausgabensteigerung unter dem nominalen Wirtschaftswachstum zu halten. Von weiteren einschneidenden Ausgabenkürzungen soll abgesehen werden. Der Bundeshaushalt muß mittelfristig die geplante Lohn- und Einkommenssteuerreform, familienpolitische Verbesserungen und mögliche höhere Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft verkraften. Die jährliche Nettokreditaufnahme soll – mit Ausnahme von 1986 – weiterhin gedrosselt werden. QUELLE: ZAHLENBILD

Bundesbank interveniert überraschend gegen Dollar

Frankfurt (cd.) – Zur großen Überraschung des Devisenhandels hat die Bundesbank gestern vormittag trotz Ausbleibens hektischer Kurssprünge gegen den Dollar interveniert. Nach Schätzungen von Händlern hat die Bundesbank vorbörslich nicht einmal 100 Mill. Dollar verkauft, es aber damit geschafft, den Kurs, der morgens in Singapur bis auf 3,1575 geklettert war, zeitweilig bis auf 3,0950 DM zu drücken. Der amtliche Kurs wurde später mit 3,11 DM nach 3,1427 DM am Vortag notiert. An der Börse verkaufte die Bundesbank 108 Mill. Dollar. Nach Beobachtungen des Handels kam es trotz der nicht sonderlich hohen Intervention zu diesem Lawineneffekt, weil der Markt durch das Eingreifen der Bundesbank sehr verunsichert wurde. Dies zu erreichen war offenbar auch die Absicht der Bundesbank.

Außenhandel analysiert

Berlin (dpa/VWD) – Die Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik hat sich *seit 1972 weiter erhöht.* Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in einer Analyse der Außenhandelsstruktur feststellt, werden zunehmend auch traditionelle Importgüter ausgeführt werden. Zwischen 1972 und 1982 sind die Einfuhren im Jahresdurchschnitt um 11,9 Prozent, die Ausfuhren um 10,1 Prozent gestiegen. Preisbereinigt gab es einen Zuwachs von je fünf Prozent. Erreichte der Export 1972 rund 145,79 Mrd. Mark bei Importen von 125,01 Mrd. Mark, so wuchs er bis 1982 auf 424,51 Mrd. bei Einfuhren von 372,82 Mrd. Mark.

Prime Rate sinkt nur leicht

Washington (sbt.) – Bisher ist keine amerikanische Großbank der Bankers Trust Co. gefolgt, die zum Wochenbeginn ihre Prime Rate um 0,5 auf 12,25 Prozent herabgesetzt hatte. Unter Führung der Citibank gingen andere Institute nur den halben Weg: Sie senkten ihren Zinssatz für kurzfristige Kredite an erste Adressen nur von 12,75 auf 12,5 Prozent. Dennoch rechnet die Wall Street damit, daß sich der niedrigere Leitzins über kurz oder lang durchsetzen wird. Nach Angaben der US-Notenbank hat sich die Nachfrage nach Ratenkrediten nahezu halbiert: Im August erhöhte sie sich nur noch um sechs Mrd. Dollar, verglichen mit dem Rekordbetrag von 10,2 Mrd. Dollar im Mai.

Mäßige Prognose

Bonn (dpa/VWD) – Die fünf Konjunkturforschungsinstitute, die am Montag ihr gemeinsames Herbstgutachten in Bonn vorlegen werden, erwarten für 1985 nur eine gemäßigten wirtschaftliche Entwicklung. Die beteiligten Wissenschaftler unterstellen für 1984 ein Wachstum von 2,5 Prozent und für 1985 eine Rate, die eher darunter, nicht aber unter zwei Prozent liegen wird. Für die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitsmarktes wird die Bundesregierung insbesondere das Jahresgutachten des von ihr bestellten Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abwarten. Es soll in der zweiten Novemberhälfte vorgelegt werden.

400-Millionen-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Weltbank begibt über ihr deutsches Emissionskonsortium eine Anleihe über 400 Mill. Mark. Konsortialführerin ist die Deutsche Bank, Co-Manager sind die Dresdner Bank, Commerzbank und Westdeutsche Landesbank Girozentrale. Nach Angaben der Deutschen Bank ist die Anleihe mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Zinssatz von 7 5/8 Prozent ausgestattet. Sie wird zu einem Kurs von 99 3/4 Prozent zum öffentlichen Verkauf angeboten.

Mittel für Regionalpolitik

Bonn (HH) – Die öffentlichen Mittel für die Regionalpolitik sollen durch neue, frühestens ab 1986 wirksam werdende Bestimmungen künftig noch stärker auf die schwächsten Gebiete in der Bundesrepublik konzentriert werden. Bund und Länder werden am 25. Oktober im Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur eine Grundsatzdebatte zur Regionalpolitik führen. Wirtschaftsminister Bangemann und seine Parlamentarischen Staatssekretäre Grüner und Sprung haben gestern die zuständigen Bundestagsausschüsse über wichtige Ziele des Vorschlags informiert, vor allem mit Blick auf Beschäftigung und *Innova*tion.

VOLKSREPUBLIK CHINA

Eine Viertel Milliarde Mark deutsche Entwicklungshilfe

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Volksrepublik China erhält bereits in diesem Jahr Entwicklungshilfe aus deutschen Mitteln in Höhe von rund einer Viertel Mrd. Mark. Minister Jürgen Warnke kommt zu dieser überraschend hohen Zahl durch Addition der bilateralen und multilateralen Zusagen. Wie er gegenüber der WELT erklärte, entfallen hiervon 25 Mill. Mark auf Technische Hilfe, 60 Mill. Mark auf zinsgünstige Schiffskredite (über Werfthilfe) und 16 Mill. auf verschiedene kleinere Hilfszusagen. Der Löwenanteil von etwa 150 *Mill. Mark errechnet sich* als deutscher Beitrag zum Kredit der Weltbank-Tochter IDA (International Development Association), an der die Bundesrepublik mit rund zwölf Prozent beteiligt ist.

Die beim Kanzler-Besuch gegebene Zusage über 50 Mill. Mark Kapitalhilfe sei auch von chinesischer Seite als förderlich für die Wirtschaftsbeziehungen und als „guter Anfang" begrüßt worden. Für Warnke steht fest, daß China als das bevöl*kerungsreichste Entwicklungsland* der Welt bei der deutschen Kapitalhilfe langfristig in einer „dreistelligen Größenordnung landen muß". Er ließ jedoch offen, wann dies der Fall sein *und ob China* irgendwann das Niveau der deutschen Indien-Hilfe (zur Zeit 360 Mill. Mark jährlich) erreichen werde. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 habe er neue Hilfszusagen zunächst drastisch kürzen müssen. Peking habe signalisiert, daß der Einstieg in die Kapitalhilfe nicht zu Lasten anderer Entwicklungsländer gehen solle. Da die Neuzusagen 1985 erstmals wieder erhöht würden, sei der Einstieg jetzt möglich gewesen.

KAFFEEMARKT / Der Verbrauch geht um drei bis fünf Prozent zurück

Neuer Versuch, die Preise anzuheben

JAN BRECH, **Hamburg**

Die deutsche Kaffeewirtschaft unternimmt jetzt einen neuen Versuch, die Preise für Röstkaffee anzuheben. Die Abpackfirmen, die ihren Kaffee über den Einzelhandel absetzen, haben zu Beginn dieser Woche die Fabrikabgabepreise um 50 Pfennig je Pfund heraufgesetzt. Ob die höheren Preise am Markt voll durchgesetzt werden können, ist allerdings offen. Die Filialisten wie Tchibo, Eduscho und auch Aldi, die ihre Endverbraucherpreise direkt bestimmen, warten deshalb auch ab. Sie werden erst dann folgen, wenn abzusehen ist, welches Niveau sich im Handel einpendelt.

Über die neue Preisrunde wollen die Röster ihre zur Zeit denkbar schlechte Kalkulationsbasis verbessern. Der ungemein harte Wettbewerb am stagnierenden deutschen Kaffeemarkt *hat es bislang nicht zu*gelassen, die beträchtlichen Rohkaffee-Verteuerungen in den Endverbraucherpreisen weiterzugeben. Nach Angaben des Deutschen Kaffee-Verbands hat sich die Herstellung von einem Pfund Röstkaffee innerhalb eines Jahres um 1,55 DM verteuert. Auf gestiegene Rohkaffeepreise entfallen davon 55 Pfennige, auf den Höhenflug des *Dollar eine Mark. Die* Endverbraucherpreise sind demgegenüber nur um 60 bis 70 Pfennig gestiegen.

Hoffnungen, daß die Rohkaffeepreise sinken und dadurch die Kostenseite entlastet wird, sind begrenzt. Weder zeigt der Dollar Schwäche, noch lassen die für das kommende Jahr ausgehandelten Exportquoten eine nachhaltige Preisberuhigung erwarten. Die vom Internationalen Kaffeerat festgelegte Exportquote von 61 Millionen Sack reicht zwar der Menge nach aus, ist aber in ihrer *Struktur für die deutschen Röster* unbefriedigend. Die hochwertigen Kaffeesorten, die der deutsche Markt verlangt, bleiben knapp und teuer. Deren Preise bewegen sich nach wie vor an der oberen Grenze des Interventionspreises.

Schließlich fehlen auf der Nachfrageseite Impulse, um eine Aufbesserung der Erlöse zu erleichtern. Gemessen an der Menge, dürfte der Kaffeeverbrauch in diesem Jahr um drei bis fünf Prozent zurückgehen. Hierbei spielt die von den meisten Anbietern eingeführte Kurzzeit-Rösttechnologie *eine wichtige Rolle.*

Als völlig untauglich hält die Branche Versuche, über ein Absenken der Qualität zu Kostenentlastungen zu kommen. In den USA hat eine solche Produktpolitik vor Jahren wahre Absatzeinbrüche ausgelöst, von denen sich der größte Markt der Welt noch immer nicht erholt hat. Die deutschen Röster versuchen vielmehr verstärkt, mit Spezialangeboten den Markt neu zu beleben.

CLAAS-ANLEIHE

Zum ersten Mal am Kapitalmarkt

dos, **Harsewinkel**

Eine Anleihe über 20 Mill. DM hat die Claas Finance BV, Rotterdam, eine Tochtergesellschaft der Claas oHG in Harsewinkel, begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von sechs Jahren und wird mit acht Prozent verzinst. Der Erlös dient nach Angaben des Unternehmens der Deckung des Finanzbedarfs ausländischer Tochtergesellschaften. Die Teilschuldverschreibungen werden privat plaziert und von einem Bankenkonsortium unter Federführung der Arab Banking Corp. – Daus & Co. GmbH, Frankfurt, übernommen. Das Institut hat bereits vor zwei Monaten federführend eine öffentliche Anleihe über 20 Mill. US-Dollar für die Central-European International Bank plaziert.

Für Claas – mit 928 Mill. DM Gruppenumsatz im Geschäftsjahr 1982/83 Europas größten Erntemaschinenhersteller – bedeutet dieser Schritt das erstmalige Erscheinen am Kapitalmarkt.

Schweizer Banken sehen Chancen

adh. **Frankfurt**

Es sollte den Schweizer Banken gelingen, ihre führende Rolle im internationalen Universalbankgeschäft zu halten, auch wenn die Konkurrenz schon lange bei der Aufholjagd sei. Diese Ansicht vertritt Hans J. Bär, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Bank Julius Bär, Zürich. Besondere Chancen für die Schweizer Banken sieht er, bei der Lösung der Verschuldungskrise mitzuhelfen. Dabei eröffnete nach Bärs Einschätzung die Umschuldung in zinsbilligere Währungen, wie teilweise im Falle Mexiko praktiziert, neue Möglichkeiten. Ganz eindeutig äußerte sich Bär übrigens gegen Versuche, die Dollar-Kursentwicklung mit Interventionen in den Griff zu bekommen.

Das Bankhaus Bär mit einem großen deutschen Privatkundenstamm gehört zu den größten Privatbankhäusern der Schweiz und ist vor allem in der Vermögensverwaltung tätig. Für das vergangene Jahr werden 1842 Mill. sfr Bilanzsumme ausgewiesen, sie ist im ersten Halbjahr dieses Jahres auf 2302 Mill. sfr angestiegen; die Gewinnentwicklung nennt Bär „erfreulich" (i. V. 19,4 Mill. sfr Reingewinn).

FINNLAND / Haushaltsdefizit trotz des gestiegenen Schuldendienstes vermindert – Investitionsbereitschaft schwach

Unerwarteter Aufschwung stabilisiert Wirtschaft

REINER GATERMANN, **Helsinki**

Finnlands Mitte-Links-Regierung unter dem Sozialdemokraten Kalevi Sorsa hat sich nach eigener Darstellung bereits staatsfinanziell auf angemessene Weise auf den nächsten Konjunkturabschwung eingestellt, der laut ihren Berechnungen Ende 1985 einsetzen wird. In dem von Finanzminister Ahti Pekkala vorgelegten Staatsbudgetentwurf für 1985 ist es gelungen, den Ausgabenüberhang gegenüber 1984 trotz eines spürbar wachsenden Schuldendienstes zu reduzieren – obwohl der Steuerdruck mit 40 Prozent des Bruttosozialprodukts unverändert bleibt.

Der überraschend kräftige Wirtschaftsaufschwung, kombiniert mit einer restriktiven Finanzpolitik, hat Finnlands Nationalökonomie stabilisiert. Dies geschah zur rechten Zeit, denn 1986 muß ein beträchtlicher Teil der Staatsschuld getilgt werden und zum anderen rechnet Ahti Pekkala damit, im selben Jahr mehr Mittel für die konjunkturelle Stimulanz bereitstellen zu müssen.

Für 1984 hat die Regierung inzwischen ihre Prognose für das Bruttosozialprodukt nach oben revidiert, die im Haushaltsvorentwurf genannten vier Prozent werden von einigen Experten jedoch weiterhin als zu niedrig angesehen. Ein Fünf-Prozent-Zuwachs würde sie nicht überraschen. Die Prognose des Finanzministeriums für 1985 liegt bei vier Prozent. Der kräftige Wirtschaftsaufschwung stützt sich vor allem auf den starken Export und die um drei Prozent gestiegene Binnennachfrage. Dies führt zu einer Zunahme der Industrieproduktion um 5,5 Prozent und diese Rate soll auch im nächsten Jahr erreicht werden.

Der Güterexport erzielte in den ersten acht Monaten dieses Jahres eine Steigerung um 16 Prozent (real 10 Prozent), dem steht ein Importzuwachs von nur neun Prozent gegenüber, hauptsächlich verursacht durch eine schwache Investitionsbereitschaft der Industrie. Da sie in einigen Branchen aber ihr Kapazitätsobergrenze erreicht hat und zudem Modernisierungen erforderlich werden, dürfte die Einfuhr an Investitionsgütern 1985 stärker zunehmen. In der Berichtsperiode Januar bis August wurde ein Außenhandelsüberschuß von umgerechnet rund 1,46 Mrd. DM erwirtschaftet, wo es in der entsprechenden Vorjahresperiode noch einen Fehlbetrag von 91 Mill. gegeben hatte. Im ersten Halbjahr wurde ein Leistungsbilanzüberschuß von 288 Mill. DM erzielt, gegenüber einem Passivsaldo in den ersten sechs Monaten 1983 von 893 Mill.

Die Tilgung der Auslandsschuld sowie der übrige Kapitaltransfer, hauptsächlich Entwicklungshilfe, deren Anteil am Bruttosozialprodukt 1985 übrigens 0,4 Prozent erreichen soll, werden jedoch dafür sorgen, daß Finnlands Außenwirtschaftsbilanz auch 1984 wieder mit einem Fehlbetrag schließen wird. Prognostiziert sind 672 Mill. DM, im Vergleich zum Vorjahr allerdings eine Verbesserung um 1,87 Mrd. 1985 dürfte es nach den Berechnungen des Finanzministeriums einen leichten Anstieg geben.

Die Staatsausgaben 1985 werden mit 44,6 Mrd. DM um knapp 10 Prozent über dem diesjährigen liegen. Es ergibt sich ein Defizit von 4,56 Mrd., das zum weit überwiegenden Teil im Inland gedeckt werden soll. Die gesamte Staatsschuld wird Ende kommenden Jahres 21,6 Mrd. DM betragen, was 13,2 Prozent des Bruttosozialprodukts entspricht, eine Verminderung um einen halben Prozentpunkt. In diesem Jahr erlebt dieser Posten allerdings einen Auftrieb um 14,7 Prozent auf 20,3 Mrd. DM.

Die Regierung verfolgt in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik drei Ziele: den Abbau des Budgetdefizits, der Inflation und der Arbeitslosigkeit. Die Teuerungsrate zeigt eine fallende Tendenz von 8,6 in 1983 auf sechs Prozent in diesem Jahr. Die Arbeitslosenrate soll nach 6,1 Prozent in 1983 5,2 Prozent zurückgehen.

BESCHÄFTIGUNG / US-Haushalte absorbieren Arbeitslose

Europa fehlt Flexibilität

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Zwischen den Kontinenten zeigen sich nicht nur biologisch, sondern auch ökonomisch immer größere Risse. Den schnell wachsenden Volkswirtschaften Nordamerikas, Japans und Südostasiens stehen Afrika, Südamerika und der Ostblock mit nur noch geringen oder überhaupt keinen Wachstumsraten gegenüber, während Westeuropa eine mittlere Position einnimmt. Sie ist aber zunehmend defensiv, meint das dem staatlichen französischen Plankommissariat angeschlossene Forschungsinstitut Cepii in einer ausführlichen Untersuchung der Weltwirtschaftsperspektiven bis 1990.

Die wichtigste Ursache für das Abdriften Europas liegt nach Auffassung des Instituts darin, daß die großen Anstrengungen zur Verminderung der Inflation im Unterschied zu den amerikanischen und japanischen nicht durch wirtschaftliche Erfolge auf anderen Gebieten, insbesondere durch die Verminderung der Arbeitslosigkeit, belohnt werden. Dies liege an dem relativ starken Wachstum der europäischen Arbeitsproduktivität.

In der Bundesrepublik etwa lag diese Zuwachsrate seit 1973 im Durchschnitt erheblich über der des Bruttosozialprodukts, während sie in den USA weit hinter dem amerikanischen zurückblieb und seit 1979 mit 0,4 Prozent nur ein Drittel der deutschen erreichte. Nicht zuletzt durch die Einstellung von schlecht bezahltem (unproduktivem) Hauspersonal konnten die Vereinigten Staaten ihre Arbeitslosenzahl herabdrücken, während Europa hohe Arbeitslosenunterstützungen gewährt.

Die Flexibilität des Arbeitsmarktes und vor allem der Löhne (nach unten) kann allerdings aus verschiedenen Gründen (Mentalität der Besitzstandwahrung usw.) in Europa nicht so weit vorangetrieben werden wie in den USA und in Japan. Deshalb kommt der Bericht zu der düsteren Prognose, daß die europäische Arbeitslosenquote von zur Zeit 11 Prozent bis 1990 auf 15 Prozent ansteigt. Aus dieser „Sackgasse" könne nur eine verstärkte europäische Integration und eine weniger restriktive Wirtschaftspolitik herausführen, meinen die französischen Experten.

FRANKREICH / Wieder weniger Stellenangebote

Etat 1985 stark umstritten

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Der französische Haushaltsplan 1985 versucht einerseits, die private Nachfrage und die Investitionen zu fördern und andererseits, die Staatsausgaben zu senken, um so das Budgetdefizit nicht auszuweiten. Doch die Vorstellungen des Wirtschafts- und Finanzministers Pierre Bérégovoy stießen in der Budgetdebatte der Nationalversammlung auf viel Widerspruch. Nicht einmal alle Abgeordneten der sozialistischen Regierungspartei sind von dem neuen Plan überzeugt.

Die schärfste Kritik kommt aus dem Lager der bürgerlichen Opposition. Dort wird vor allem der wahlpolitische Aspekt der von Bérégovoy groß herausgestellten Einkommenssteuersenkung beanstandet. Diese Erleichterungen würden weitgehend durch versteckte Abgaben- und Tariferhöhungen kompensiert werden. Außerdem wäre es in der derzeitigen Krise besser, statt der Steuern das überhöhte Defizit zu senken.

Der ehemalige Premierminister Barre warf darüber hinaus der Regierung vor, die Einnahmen über- und die Ausgaben unterbewertet zu haben. Bérégovoy berief sich darauf, daß dem Haushaltsplan die jüngsten OECD-Schätzungen zum Wirtschaftswachstum, zur Inflationsrate und zur Verbesserung der Handels- wie Leistungsbilanz zugrunde liegen. Bei der Arbeitslosigkeit wird aber schlechtestenfalls mit einer Stabilisierung gerechnet. Die OECD hingegen hatte die französische Arbeitslosenquote von gegenwärtig 9,5 Prozent für Ende 1985 auf 10,5 Prozent veranschlagt.

Im September war die Zahl der Stellensuchenden saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat unverändert bei 2,36 Millionen geblieben. Jedoch schrumpfte die Zahl der Stellenangebote um 15,2 Prozent auf 37 400. Im Jahresvergleich stiegen die Gesuche um 16 Prozent, während die Angebote um 36 Prozent zurückgingen. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat sich aber in jüngster Zeit abgeflacht. Nach den noch sehr ungünstigen Konjunkturdaten des 2. Quartals kam es im September nach Angaben der Banque de France zu einer leichten Nachfrage- und Produktionsbelebung (ausgenommen Automobilindustrie).

GENOSSENSCHAFTEN / Paulig: Bedeutung wächst

Erfolge in der Dritten Welt

dpa/VWD, **Hamburg**

Der genossenschaftliche Gedanke hat international nach Einschätzung des Präsidenten des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften (BDK), Oswald Paulig, an Bedeutung gewonnen. Vor allem in Entwicklungsländern seien Genossenschaften „zwischen totalem Staat oder ausbeuterischem Privatkapitalismus" oft der einzige Weg für eine effiziente Entwicklung im Konsum- oder Produktionsbereich, meinte Paulig am Rande des 28. Kongresses des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB).

Entscheidend für den Erfolg des Genossenschaftsgedankens ist nach Pauligs Worten die Selbstverantwortung der Mitglieder und das demokratische Mitbestimmungsprinzip. Das werde auch in der Vielzahl der Neugründungen von genossenschaftlichen Bio-Landbetrieben in der Bundesrepublik deutlich. Dazu trete die Solidarität, mit der die Großen den kleinen Genossenschaften mit Beratung oder Kooperation zur Seite stünden. In den Ländern der Dritten Welt sei vor allem die Ausbildung, das Know-how genossenschaftlicher Organisation – ob für eine Meierei oder einen Wasserversorgungsbetrieb – der entscheidende Entwicklungsfaktor, bei dem der IGB Hilfestellung leisten könne.

Paulig betonte das demokratische Prinzip der Genossenschaften: Jedes Mitglied hat eine Stimme, egal wie viele Anteilsscheine es hält, für die Mitbestimmung über die Verzinsung der Anteile und die Verwendung des Überschusses der Genossenschaft. Zu den deutschen Konsumgenossenschaften gehören etwa die Einzelhandelsunternehmen der co op-Gruppe.

BDK-Präsident Paulig berichtete, daß jeden Monat in der Bundesrepublik eine Genossenschaftsgründung angekündigt wird. Etwa in der Hälfte der Fälle gelinge dies – vom genossenschaftlichen Betreiben eines Heizkraftwerks oder dem „Tante-Emma-Laden" auf dem Lande bis zur Verwertungsgenossenschaft von Bio-Gemüse. Rund drei Viertel der Neugründungen überleben die ersten Jahre. Zu der weitreichenden Palette genossenschaftlicher Betriebe und Unternehmen gehören Wohnungsgenossenschaften, Kredit-, Verbraucher- und landwirtschaftliche Genossenschaften wie auch Versicherungen (Volksfürsorge in der Bundesrepublik) und Banken (Volksbanken, Raiffeisenbanken, die in der Bundesrepublik allerdings nicht im BDK organisiert sind).

WEIN / Geringe Ernte in Württemberg paßt ins Konzept

Ein Viertel mehr verkauft

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Obwohl der Weinjahrgang 1984 des Weinbaugebiets Württemberg vom Mengenertrag her deutlich unter dem des Vorjahres liegen dürfte und er überdies von der Sonne keineswegs verwöhnt wurde, hüten sich die württembergischen Weingärtnergenossenschaften, von einer Mißernte zu sprechen. Denn die Lager sind aufgrund der vergangenen zwei überreichen Weinherbste noch reichlich gefüllt. Eine abermals gute Lese in diesem Jahr hätte den Abwärtstrend der Weinpreise sicherlich noch verstärkt. Nach einer genossenschaftlichen Erfassung in Württemberg von fast 124 Mill. Liter Wein des Jahrgangs 1983 lauten die Schätzungen für dieses Jahr auf 80 bis 90 Mill. Liter.

Von der Qualität her wird der 84er, dem Reinbold Kißling, Präsident des Württembergischen Genossenschaftsverbandes, einen „säurebetonten" Geschmackscharakter zuschreibt, dennoch gut in die Palette passen. In der Vermarktung werde er zum hochwertigen 83er eine erwünschte Ergänzung darstellen. An die ausgegebene Devise, die Menge zu begrenzen und gleichzeitig die Qualität zu steigern, hätten sich viele Mitglieder gehalten.

Trotz scharfen Konkurrenzkampfes verbuchten die württembergischen Weingärtnergenossenschaften im Wirtschaftsjahr 1983/84 (31. 8.) ein Absatzwachstum von über 25 Prozent auf 81,6 Mill. Liter Wein. Damit wurde der bisherige Verkaufsrekord von 1979/80 nur knapp verfehlt. Die Lagerkapazitäten seien wie geplant auf über 300 Mill. Liter ausgebaut worden. Zur Zeit lagern in den Kellern noch zwei Verkaufsjahrgänge. Im Hinblick auf den Markt sei Württemberg im europaweiten Vergleich ein Hort der Stabilität, meinte Kißling.

INDUSTRIEKREDITBANK-HV / Leichtes Wachstum

Mit dem Ertrag zufrieden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nur noch um ein Prozent ist die Bilanzsumme der Industriekreditbank AG-Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf/Berlin, in der ersten Hälfte von 1984/85 (31. März) auf 13,7 Mrd. DM gewachsen. Verhalten blieb auch der weitere Anstieg des Kreditvolumens um 3 Prozent auf 10,4 Mrd. DM, wsobei der vor Jahresfrist noch ärgerlich hohe Bestand an kurz- und mittelfristigen Krediten weiter abschmolz. Diesen Daten fügte Vorstandssprecher Walter Krüger auf der Hauptversammlung ein von Zufriedenheit geprägtes Urteil zur Ertragsentwicklung hinzu.

Zwar sei der Zinsüberschuß, in 1983/84 mit 13,1 Prozent Anstieg die Basis für die nun verabschiedete Dividendenerhöhung auf 7,50 (7) DM, in der ersten Hälfte des neuen Geschäftsjahres kaum noch gestiegen. Aber das habe man auch nicht erwartet. Entscheidend sei vielmehr, daß man den Zinsüberschuß in „voll befriedigender Relation zum Gesamtgeschäft" habe halten können.

Zu einem „sehr interessanten" Instrument der Eigenkapitalversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen könnte nach IKB-Ansicht die im September 1984 von der Versicherungswirtschaft mit 100 Mill. DM Eigenkapital gegründete neue „Kapitalbeteiligungsgesellschaft" werden, die sich mit Einzelbeträgen von 1 bis 8 Mill. DM als Anteilseignerin bei der typischen IKB-Klientel engagieren will. Im Auftrag der Gründer wählt die IKB die Beteiligungsobjekte aus.

Positiv sieht das Institut die weitere Konjunkturentwicklung. Mit gemischten *Gefühlen trug ihr* Vorstandssprecher den Aktionären das Resultat einer als repräsentativ gewerteten IKB-Befragung im einschlägigen Kundenkreis zum Ausgang des großen Metall- und Druckstreiks vor. Generallinie der fast stereotypen Antworten: *Der Einzug der 38,5-Stunden*-Woche ab April 1985 bringe den Metall- und Druckunternehmen einen kräftigen Schub der Lohnstückkosten. Darauf stelle sich praktisch jeder Befragte nun auf zweierlei Weise ein: Erstens „auf keinen Fall" zusätzliche Arbeitskräfte anheuern und zweitens noch mehr in die Rationalisierung investieren.

ERDÖL / Die Bundesrepublik ist inzwischen mit Krisenvorräten „sinnvoll abgedeckt"

Bestände wurden weiter abgebaut

JAN BRECH, Hamburg

Der Erdölbevorratungsverband (EBV), Hamburg, der 1978 als öffentlich-rechtliche Körperschaft zur Verwaltung der Krisenvorräte an Rohöl und Mineralölprodukten errichtet worden ist, hat im Berichtsjahr 1983/84 (31. 3.) die vorgehaltenen Bestände weiter abgebaut. Insgesamt sind die in Benzin, Diesel, leichtem und schwerem Heizöl sowie Rohöl gehaltenen Vorräte um rund 1,1 Mill. Tonnen reduziert worden. Zu Beginn des *neuen Geschäftsjahres* 1984/85 waren beim EBV 14,75 Mill. Tonnen eingelagert, was einer Überschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Deckung für eine Reichweite von 65 Tagen um 3,1 Prozent entspricht. Überbestände gibt es vor allem noch bei schwerem Heizöl. Ansonsten, so betonen die Vorstandsmitglieder August F. Kurtz und Hans John Lührs, seien für das Haushaltsjahr 1984/85 keine größeren Abbauprogramme mehr notwendig.

Die Krisenvorräte sind nach Angaben des Vorstands zu 76 Prozent im Eigentum des EBV; über die restlichen 24 Prozent verfügt der EBV im Rahmen von Delegationsverträgen. Zur Finanzierung der eigenen Mengen und des benötigten Lagerraums hat der EBV ein Kreditvolumen von 4,05 Mrd. DM aufgenommen. Zur Abdeckung der Kosten einschließlich Zinsen standen im Berichtsjahr 645 Mill. DM an Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung. Trotz einer Beitragskürzung von 5 Prozent im Vorjahr schließt die Haushaltsrechnung für 1983/84 im Beitragsteil mit einem Überschuß von 139 Mill. DM, wovon 125 Mill. DM vorübergehend zur Vorratsfinanzierung verwendet worden sind. Angesichts reduzierter Bestände, nachgebender Zinsen und auch geringerer Ausgaben schließt der Vorstand Beitragserhöhungen für die rund 190 Mitgliedsfirmen auf absehbare Zeit aus.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des EBV standen auch im Berichtsjahr Bemühungen, die gesetzlich geforderte angemessene regionale Verteilung der Vorräte zu sichern und zugleich durch die Anbindung der Bestände an die Infrastruktur der Mineralölwirtschaft im Krisenfall einen sofortigen Zugriff zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist mit dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Finanzministerium und den Bundesländern eine Übereinkunft erzielt worden, nach der der EBV künftig sofort verfügbare marktfähige Fertigprodukte mit einer Reichweite von mindesten 15 Tagen vorhalten wird. Für Berlin gelten höhere Sätze.

Bei Benzin, so erklärt Kurtz, sei die regionale Verteilung noch nicht wie vorgesehen erreicht. Dabei hält der EBV zumindest in zwei Regierungsbezirken (Lüneburg und Gießen) die Bevorratung mit kurzfristig verfügbaren Mengen aus logistischen Gründen für nicht erforderlich. Hierüber, so Kurtz, würden mit den Ländern weitere Gespräche geführt. Bezogen auf die gesamte Vorratsmenge sei die Bundesrepublik inzwischen „sinnvoll abgedeckt".

Mit gut einer Mill. Tonnen hat der EBV eine bemerkenswert große Menge an bleifreiem Benzin eingelagert. Dies, so Lührs, habe allerdings weniger mit dem Vorgriff auf umweltfreundlichere Autos zu tun als vielmehr mit lagerungstechnischen Gründen.

DAL / Geschäft in „kleinem, aber solidem Umfang"

Fortschritte bei Sanierung

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf rund 500 Mill. DM veranschlagt Vorstandsvorsitzender Prof. Hans Wielens das in diesem Jahr bei der krisengeschüttelten Deutschen Anlagen-Leasing GmbH GmbH (DAL), Mainz, anfallende Neugeschäft. Davon seien bisher 325 Mill. DM im Hause, auf 180 Mill. DM werden „unterschriftsreife" Verträge veranschlagt. Damit läuft das DAL-Geschäft in dem von Wielens prognostizierten kleinen, „aber soliden" Umfang weiter.

Bei ihrem Neugeschäft hat sich die geschrumpfte DAL konsequent an die im Frühjahr genannten Voraussetzungen für eine dauerhafte Sanierung des notleidend gewordenen Geschäfts gehalten: Auf Immobilien-Leasing-Verträge unter 3 Mill. DM wird grundsätzlich verzichtet. Das gleiche gilt für das verlustbringende Mobiliengeschäft. In diesem Bereich werden Altverträge weitergeführt; Neugeschäft gibt es nur noch in beschränktem Umfang auf ausdrücklichen Wunsch von Immobilienkunden. Die durchschnittlichen Vertragsvolumen für 1984 bezifferte Wielens in einem Gespräch im Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten auf 30 bis 40 Mill. DM, dabei habe die DAL grundsätzlich keine Haftung mehr übernommen. Sie liegt jetzt bei den refinanzierenden Banken. Erfreut zeigte sich Wielens dabei über die Tatsache, daß etwa die Hälfte des Neugeschäfts von Banken außerhalb des Gesellschafterkreises refinanziert worden ist.

Wie drastisch die Einschnitte auf dem Weg zur Sanierung der DAL, die 1982 noch 2,6 Mrd. DM ausländisches Neugeschäft verbuchte, sind, zeigt auch die Entwicklung des Personalstandes, der von 548 Mitarbeitern im Inland (1982) auf 330 in diesem Jahr fiel (Ausland 28 statt 193 Mitarbeiter), womit die Personalkosten gegenüber 1982 halbiert worden seien.

Nicht äußern mochte sich Wielens über die inzwischen erreichte Höhe des Wertberichtigungsbedarfs bei der DAL, da er angesichts der „unglaublich geschickten" Bilanzmanipulationen in der Vergangenheit nicht wisse, ob nicht noch etwas auftauche. Das von der Treuarbeit erstellte Prüfungsgutachten dürfte nicht vor Anfang nächsten Jahres fertig werden. Für die bisher genannten 1,5 Mrd. DM Wertberichtigungsbedarf stehen die Gesellschafterbanken (Westdeutsche Landesbank, Landesbank Rheinland-Pfalz, Bayerische und Hessische Landesbank sowie Dresdner Bank) gerade, die die DAL als aktive Gesellschaft weiterführen wollen.

Zu den gerichtlichen Auseinandersetzungen mit DAL-Gründer Eberhard Kühl und anderen Altvorständen sagte Wielens, es gehe auch darum, das totale Abkappen von Fehlentwicklungen in der Vergangenheit deutlich zu machen.

SKIMARKT / Stagnation bei neun Millionen Paar

Verdrängung herrscht vor

dpa/VWD, München/Wien

Der Weltskimarkt stagniert praktisch bei jährlich neun Millionen Paar Alpin- und Langlaufski. Während in den USA, Kanada und Japan in der vergangenen Saison Zuwachsraten um sechs Prozent zu verzeichnen waren, ist der Skiverkauf in der Bundesrepublik (minus zwei Prozent) und in Skandinavien leicht rückläufig, so daß weltweit ein Zuwachs von zwei Prozent verbucht wurde. Günter Arnsteiner von der österreichischen Skifabrik Blizzard, Mittersill, glaubt denn auch nicht mehr an stark wachsende Märkte, „sondern nur an wachsende Marktanteile".

Den deutschen Skimarkt bezifferte Arnsteiner derzeit auf eine Million Paar Ski. Von den 900 000 Paar, die über Industrie und Fachhandel verkauft werden, entfallen 520 000 Paar auf Alpin- und 380 000 Paar auf Langlaufski. Weltweit werden 5,5 Mill. Paar Alpin- und 3,5 Mill. Paar Langlaufski abgesetzt. Der Markt in den Ostblockländern hat für die westeuropäische und US-Skiindustrie aufgrund des Devisenmangels dieser Länder keine Bedeutung.

1983/84 erzielte Blizzard bei einem Verkauf von 440 000 Paar Alpin- und *105 000 Paar Langlauf-Ski* einen Umsatz von 101,4 Mill. DM (plus 5,2 Prozent). Stärkstes Exportland war die Bundesrepublik, wo Blizzard nach eigenen Angaben 114 000 Alpinski und 36 000 Paar Langlaufski absetzte. Für 1984/85 laute das Soll 575 000 Paar Ski, davon 105 000 Paar Langlaufski.

Österreichs führender Skihersteller Atomic, Wagrain/Salzburg, ist trotz stagnierender Nachfrage optimistisch für das Geschäftsjahr 1984/85. Atomic-Chef Alois Rohrmoser erwartet eine Umsatzsteigerung von 7,3 Prozent auf rund 700 Mill. Schilling (100 Mill. DM). Das Unternehmen will rund 640 000 Paar Alpinski (plus fünf Prozent) fertigen und gleichzeitig die Produktion der Langlaufski um zwölf Prozent auf 80 000 Paar drosseln. Atomic unterhält in der Bundesrepublik, der Schweiz, den USA und Frankreich eigene Vertriebsgesellschaften. 80 Prozent der gefertigten Ski gehen in den Export.

Ein Umsatzplus von rund sechs Prozent auf 340 Mill. Schilling (48,5 Mill. DM) erwartet der österreichische Skihersteller Kästle, Hohenems/Vorarlberg, in 1984/85. Geschäftsführer Wolfgang Nußbaumer hofft, daß der Absatz um sechs Prozent auf knapp 300 000 Paar Alpin- und Langlaufski steigen wird.

Gute Entwicklung der Aufträge

VWD, Frankfurt

Die außerordentlich gute Auftragsentwicklung der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie im ersten Halbjahr 1984 läßt zwar keine übertriebene Euphorie aufkommen, jedoch verknüpft man mit dem Gesamtjahr die Hoffnung auf die Vermeidung eines weiteren Produktionsrückganges. Wie ein Sprecher des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW) mitteilte, dürfte die Produktion des Jahres 1984 real das Vorjahresniveau erreichen. Für 1985 erwartet der VDW erstmals nach 1981 bei der Produktion wieder einstellige Zuwachsraten.

Im ersten Halbjahr 1984 erreichte das Produktionsvolumen 3,9 Mrd. DM und lag damit nominal um ein (real um 4,2) Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Den Werkzeugmaschinenexport bezifferte der VDW für die ersten sechs Monate 1984 auf 2,9 Mrd. DM (nominal plus 3,4 Prozent, real plus 0,2 Prozent).

Größter Kunde der Branche ist weiterhin die UdSSR (Exportvolumen 521 Mill. DM, nominal plus 12,3 Prozent), es folgen die USA (250 Mill. DM, plus 48,5 Prozent). Der Inlandsabsatz von 1,0 Mrd. DM bedeutete im Vorjahresvergleich eine Einbuße um nominal 11,6 Prozent und real um 14,8 Prozent.

NAMEN

Werner Störcher, Direktor Systemedia der NCR GmbH, Augsburg, wird am 19. Oktober 60 Jahre.

Dr. **Jörg Franke,** bisher Abteilungsdirektor bei der Westdeutschen Landesbank-Girozentrale, ist zum 1. Dezember 1984 zum Syndikus der Berliner Börse berufen worden. Er ist Nachfolger von **Hans-Joachim Schwarze,** der als 1. Syndikus an die Frankfurter Wertpapierbörse geht.

Hermann Matthiesen von der Matthiesen Daten GmbH, Düsseldorf, ist zum Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Rechenzentren e.V. (VDRZ) bestellt worden. Er übernimmt das Amt von **Peter Sass,** der den Verband in den letzten fünf Jahren geführt hat.

Hans-Friedrich Hadeler (41), bisher Kaufmännischer Geschäftsführer der Rank Xerox GmbH, Düsseldorf, ist aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Sein Nachfolger ist Dr. **Günter Moissl** (40).

Norbert Ziesche, ehemaliger Geschäftsführer der Amway GmbH, Germering bei München, hat das Unternehmen verlassen. Sein Nachfolger heißt **James R. Sykes.**

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: BEB GmbH Baustoffhandel-Erdbau, Holsdorf; **Alsfeld:** Andreas Engerer, Mükke-Nieder-Ohmen; **Arnsberg:** Deufa Landmaschinen-Vertrieb GmbH, Bestwig-Heringhausen; **Bochum:** Bauunternehmung H. Lataster GmbH; **Frankfurt/M.:** Wilhelm Stichtmann GmbH & Co. KG, Bauunternehmung; **Herford:** Tieves-Bademäntel GmbH; **Mönchengladbach:** SMS Trockenbau GmbH; **Remscheid:** Karl Heinz Zehles, Inh. d. E. Gommann & Comp. Maschinenmesserfabrik; **Siegburg:** W. Deurer – Bau- und Estrichlegerges. mbH; **Vaihingen/Enz:** Theo Müller, Mühlacker.

Vergleich beantragt: Neuwied: UHW-Siebdruck GmbH, Dierdorf.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wachstum bei KKB

Düsseldorf (J. G.) – Um jeweils 8 Prozent hat die KKB Bank, Düsseldorf, in den ersten drei Quartalen von 1984 ihre Bilanzsumme auf 6,7 Mrd. DM und die Forderungen an Kunden auf 5,3 Mrd. DM erhöht. Renner im Kreditgeschäft war weiterhin der vor gut drei Jahren eingeführte Scheck-Kredit, dessen Volumen sich um 49 Prozent auf reichlich 1,1 Mrd. DM erhöhte. Der Zinsertragsaldo fiel auf 329 (348) Mill. DM, was aber voll vom Saldoanstieg der Provisionserträge auf 65 (43) Mill. DM kompensiert wurde.

Aigner an die Wall Street

München (sz.) – Innerhalb der nächsten drei bis vier Monate will die Etienne Aigner AG, München, ihre Aktien an der New Yorker Börse zum amtlichen Handel einführen lassen. Nach Firmen-Angaben wurde bereits die Börsenzulassung bei der Security Exchange Commission in Washington beantragt. Der Gang an den US-Aktienmarkt wird von Aigner als „weiterer konsequenter Schritt" gewertet, die Marke stärker in Nordamerika zu etablieren. An den Börsen München und Düsseldorf werden die Aigner-Aktien seit Ende vergangenen Jahres im amtlichen Handel notiert.

Stahlwerke voll ausgelastet

Hamburg (dpa/VWD) – Die Neue Hamburger Stahlwerke GmbH, früher ein Unternehmen der Korf-Gruppe, ist 1984 voll ausgelastet. Wie das Unternehmen mitteilt, werden dieses Jahr etwa 670 000 (1983: 588 000) Tonnen Stahl hergestellt, wovon knapp 500 000 (380 000) Tonnen zu Walzdraht verarbeitet werden. Die Beschäftigtenzahl der NHSW liege konstant bei 870.

Könecke expandiert

Bremen (hdt) – Für die Karl Könecke Fleischwarenfabrik GmbH & Co. KG, Bremen, hat sich die Umstrukturierung in der Unternehmenspolitik offensichtlich ausgezahlt. Nach Veräußerung einer eigenen Fachgeschäftskette und Konzentration auf die Fertigung besonders umsatzstarker Wurstsorten konnte *das für 1983* vorgegebene *Umsatzziel* von 200 Mill. DM überschritten und im 1. Halbjahr 1984 eine zweistellige Zuwachsrate erzielt werden. Gleichzeitig erhöhte sich die Beschäftigtenzahl um 50 auf 750 Mitarbeiter.

Milliardenauftrag

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Frankfurter Ingenieurunternehmen Lahmeyer International GmbH hat einen 1,5-Mrd.-DM-Auftrag zum Bau eines Pumpspeicherwerks in Iran bekommen. Die 1000-Megawatt-Anlage Siahbishe soll nach etwa sechsjähriger Bauzeit 1991 ans Netz gehen und den Spitzenstrom-Bedarf der Acht-Millionen-Stadt Teheran decken.

Hydrocracker für CSSR

Salzgitter (dpa/VWD) – Die Vöest Alpine, Linz, und die zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörende Salzgitter Lummus GmbH, Wiesbaden, erhielten den Auftrag, in der CSSR eine Hydrocrack-Anlage zur Verarbeitung von schwerem Gasöl für rund 55 Mill. DM zu bauen. Die Anlage hat eine Jahreskapazität von *800 000 Tonnen. Sie soll Ende 1988* betriebsbereit sein.

SCHOELLERSHAMMER / Firma geht selbstbewußt in drittes Papier-Jahrhundert

Jubiläum im Glanz der Konjunktur

J. GEHLHOFF, Düren

Wie immer sich die Bedingungen des Wirtschaftens durch neue technische Entwicklungen verändern, „das mittelständische Unternehmen wird ein Kernstück aller ökonomischen Prozesse in den westlichen Industrieländern bleiben". Aktuelle Belege dafür finde man nicht nur in der „neuen Gründerzeit" in den USA. Auch hierzulande wachse, von neuer Technik und „ganz wesentlich verbesserter Grundstimmung in der Wirtschaft" gleichermaßen beflügelt, der Mut zum unternehmerischen Wagnis.

Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), hatte nicht alltäglichen Anlaß, solches Credo nun auf einen Festakt in seiner Geburtsstadt Düren zu verkünden: Die „Papierfabrik Schoellershammer Heinr. Aug. Schoeller Söhne GmbH & Co. KG" feierte gestern ihr 200jähriges Bestehen. Eine Langlebigkeit, die bei den im Tal des Eifelflüßchens Rur angesiedelten 18 Papierfabriken zwar nachgerade gang und gäbe ist. Die aber in diesem besonderen Fall obendrein Hand in Hand mit dem Faktum geht, daß die noch viel ältere Schoeller-Unternehmerfamilie heute in siebter und immer noch munterer Generation Eigentum wie Leitung der Firma repräsentiert.

Ein offensichtlich erfolgreiches Familien-Unternehmertum, das mit spürbarem Selbstbewußtsein in das dritte Jahrhundert der familieneigenen Papiermacherei tritt. Sinnfälliges *Indiz: Der natürlich auch ums Allgemeine* bemühte BDA-Präsident wirkte schier „auf der verkehrten Hochzeit", als er in seiner glänzenden Festrede der Bundesregierung zu aller Anerkennung für bisherige Erfolge auf wirtschaftspolitisch sinnvollem „Mittelstandskurs" die auch steuerpolitisch unerläßliche Eigenkapitalstärkung für Mittelständler erneut ins Stammbuch schrieb. Denn der Jubilar bringt mit seinen 28 Mill. DM Eigenkapital 56 Prozent vom Bilanzvolumen auf die Beine – gut doppelt so viel wie beim Durchschnitt aller deutschen Industrieunternehmen.

Hübsch passend zum Jubeltag prophezeit Schoellershammer mit seinen 300 Beschäftigten für 1984 eine Umsatzsteigerung um reichlich 17 Prozent auf den noch nie erreichten Spitzenwert von 95 Mill. DM mit einem gleichfalls „einsam hohen" Exportanteil von 18 (11) Prozent. Und auch die (verschwiegene) Ertragskraft scheint zu stimmen: Anders als das Gros der Branche habe man auch in den erst kurz zurückliegenden Rezessionsjahren nie Verlust gemacht und schon 1983 im Brutto-Cashflow fast jene 12 bis 13 Prozent vom Umsatz erreicht, die der Branchenverband als notwendig postuliert und die doch für die meisten Papierfabriken ein fernes Traumziel sind.

Die nun prächtige Papierkonjunktur allein hats beim Jubilar nicht bewirkt. Unternehmergeist zumal bei Produktinnovation stand Pate. Machten die Ahnen „edle Schreib- und Druckpapiere", so steht die Firma heute auf zwei anderen Beinen: 58 Prozent vom Umsatz kommen aus der nach dem 2. Weltkrieg aufgenommenen Wellpappenpapier-Produktion, der Rest aus „Feinpapieren", die heute weitgehend aus Spezialitäten „zum Entwerfen, Zeichnen, Malen und Gestalten" sind.

Aktienmarkt verunsichert

Vorgänge bei den Devisen stoppten Auslandskäufe

DW. – Das Eingreifen der Bundesbank auf den Devisenmärkten zur Stützung der D-Mark überschattete am Mittwoch den Aktienhandel. Aus dem Ausland lagen kaum noch Kaufaufträge vor, obwohl einige deutsche Banken ihre Auslandskundschaft verstärkt zum Erwerb deutscher Aktien animiert haben. Die Börsenkulisse hielt sich mit Abgaben weitgehend zurück. In der Hauptsache deshalb, weil selbst auf ermäßigter Basis die Kaufbereitschaft gering blieb. Im Verlaufe versandete der Handel, ohne daß die Kurse nennenswert nachgaben.

Zu Gewinnmitnahmen bei Kursen die bis zu 2 DM unter denen des Vortages lagen, kam es auch bei den bislang favorisierten Großchemie-Titeln. Großbankaktien blieben weitgehend unverändert. In Börsenkreisen wird darauf verwiesen, daß sich hier als Folge der steigenden Rentenkurse Bewertungsreserven angesammelt haben müssen, die bei wieder freundlicherer Aktientendenz mobilisiert werden könnten. Lufthansa-Vorzugsaktien bröckelten weiter ab. Die Abgabeneigung wird im Zusammenhang mit den Diskussionen um eine weitere Teilprivatisierung der Gesellschaft gesehen.

Düsseldorf: Gildemeister und Düwag erhöhten um 2 DM, Huta und Scheidemandel um 3 DM. Kochs Adler verbesserten sich um 4 DM und Ver. Rumpus um 26 DM. Nachgegeben haben Aseag um 5 DM DM und Hagen Batterie um 3 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchn. Bet. 17 DM und Allianz Leben 30 DM.

Frankfurt: Porsche gaben um 6 DM und AEG um 0,70 DM nach. SEL verloren 7 DM. Heidelzement erhöhten um 15 DM und Rheinmetall um 12,50 DM. fester bis 1,50 DM (VEW, Veba) niedriger notierten. Deutsche Bank gaben um 1 DM und Bayern Verein um 4,50 DM nach.

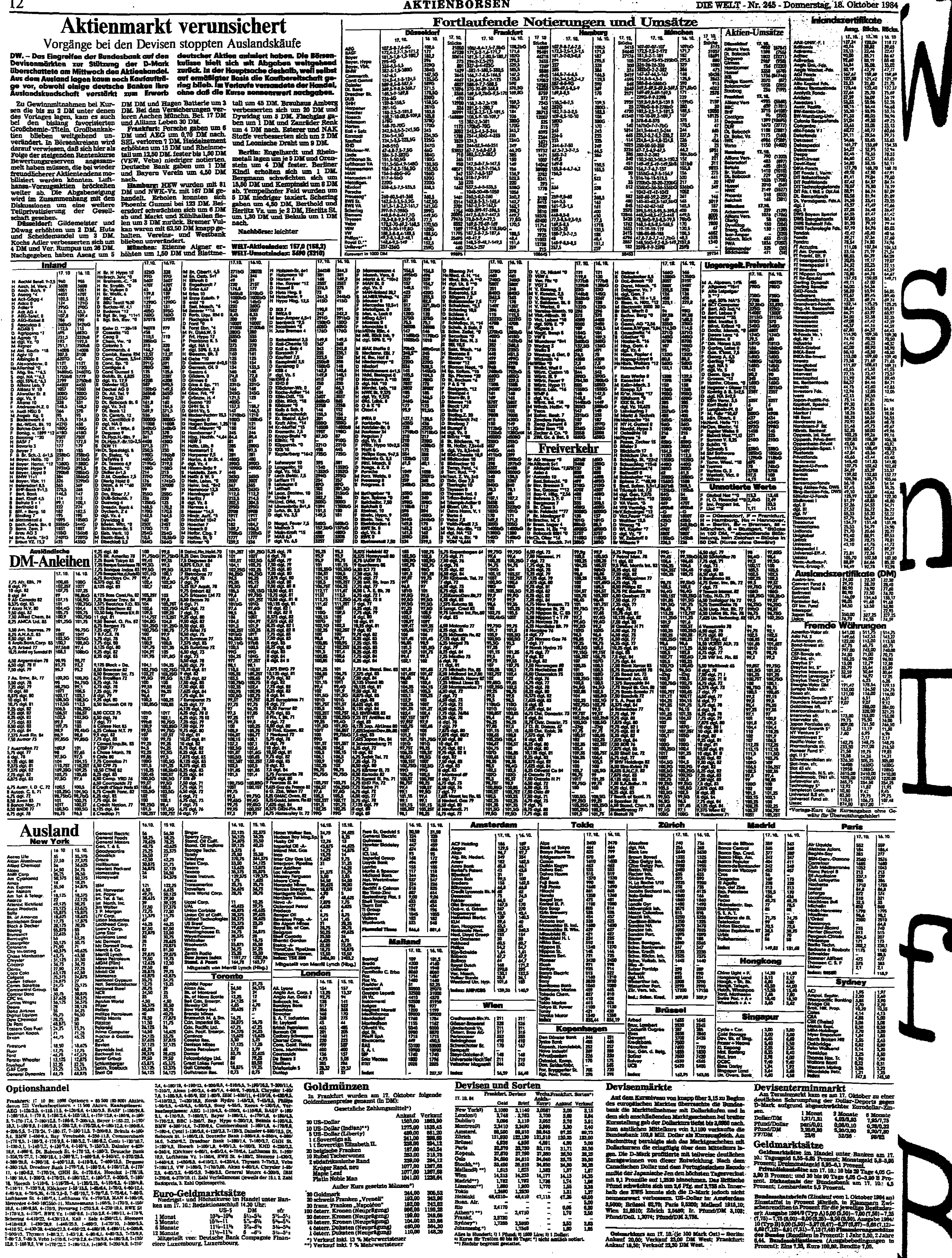
Hamburg: HEW wurden mit 81 DM und NWK-Vz. mit 167 DM gehandelt. Erholen konnten sich Phoenix Gummi bei 123 DM. Beiersdorf schwächten sich um 6 DM ab und Markt und Kühlhallen fielen um 3 DM zurück. Bremer Vulkan waren mit 63,50 DM knapp gehalten. Vereins- und Westbank blieben unverändert.

München: Etienne Aigner erhöhten um 1,50 DM und Blattmetall um 45 DM. Brauhaus Amberg verbesserten sich um 20 DM und Dywidag um 5 DM. Flachglas gaben um 1 DM und Zanräder Renk um 4 DM nach. Esterer und NAK Stoffe verbesserten sich um 2 DM und Leonische Draht um 9 DM.

Berlin: Engelhardt und Rheinmetall lagen um je 5 DM und Orenstein um 4 DM fester. Berliner Kindl erholten sich um 1 DM. Bergmann schwächten sich um 15,50 DM und Kempinski um 8 DM ab. Tempelhofer Feld wurden um 5 DM niedriger taxiert. Schering gaben um 4,50 DM, Berthold und Herlitz Vz. um je 2 DM, Herlitz St. um 1,30 DM und Bekula um 1 DM nach.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 157,0 (158,2)
WELT-Umsatzindex: 3490 (3210)



Optionshandel

Frankfurt: 17. 10. 84: 1696 Optionen = 85 500 (85 800) Aktien, davon 221 Verkaufsoptionen = 11 500 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-120/3,5, 4-110/11,5, 4-120/6,6, 4-130/3,5, BASF 1-150/24,8, 1-160/15,4, 1-170/8, 1-190/2,4, 4-160/18,1, 4-170/12,9, 4-180/8, 4-190/5, 7-170/17,4, 7-180/12,5, 7-190/8, 7-200/4,5, Bayer 1-153/22, 1-170/18,3, 1-180/9,9, 1-190/5,9, 1-200/2,9, 4-170/20,4, 4-180/12,3, 4-190/8,4, 4-200/5,5, 7-170/24, 7-180/17, 7-190/11,5, 7-200/8,5, Bekula 4-100/5,4, BMW 1-400/9,4, Bay. Vereinsbk. 4-350/11,5, Commerzbank 1-170/6,5, 1-180/3, 4-170/9,8, 4-180/5,2, 7-180/8,2, Conti 1-120/10,7, 1-130/3,1, 1-140/1,7, 4-130/7,4, 4-140/4, 7-150/3,5, Daimler 4-620/18,6, 4-660/6, Dt. Babcock St. 4-170/13, 4-180/3, Deutsche Bank 1-350,75/27,2, 1-360/18,4, 1-380/9,7, 1-400/3,6, 4-340/47, 4-370/29,5, 4-380/20,8, 4-390/16, 4-400/11,8, 4-410/8,4, 7-400/15,5, Degussa 4-380/16,5, Dresdner Bank 1-170/7,6, 1-180/3,4, 4-160/17,8, 4-170/11, 4-180/6,2, 7-170/14, GHH St. 4-170/6,4, Hoechst 1-170/18, 1-180/10,4, 1-200/3, 4-170/21, 4-180/12,7, 4-190/7,7, 4-200/5, 7-180/18, Hoesch 1-110/6, 1-116/25-4, 1-120/2,15, 4-110/8,2, 4-120/4,8, 7-110/11, 7-120/5,6, Klöckner 1-55/13,5, 1-65/6,4, 1-70/3, 4-60/12,4, 4-65/9,8, 4-70/5,35, 4-75/3,5-3, 7-65/10,7, 7-70/7,6, 7-75/6,4, 7-80/5, Lufthansa St. 4-160/7,4, Lufthansa Vz. 4-170/3,8, MAN 4-160/10, Mercedes 4-540/16G550-11, Mannesmann 1-160/5, 1-170/3, 4-150/16,6, 4-160/8,55, 4-170/5, Preussag 1-270/5,8, 4-270/10,4, RWE St 1-170/4,5, 4-170/7, RWE Vz. 1-160/8,6, 1-170/2,8, 4-160/11, 4-170/8, Schering 4-410/22, 4-420/13,4, Kali + Salz 4-250/12,1, Siemens 1-410/48,9, 1-430/29,9, 1-440/25,5, 1-460/3, 1-470/10, 1-500/5,5, 4-410/52, 4-430/39, 4-450/27,5, 4-460/22, 4-480/16, 4-490/11, 4-500/8, 7-500/15, Thyssen 1-80/3,7, 1-83/1,8, 4-80/6,1, 4-85/3,5, 7-75/9,8, 7-80/7,5, 7-85/5, Veba 1-170/6, 1-170/2,9, 4-170/9,9, 4-180/5,8, 7-170/12,8, 7-180/8,5, VW 1-170/22,2, 1-180/13,4, 1-190/8, 1-200/4,8, 1-210/2,4, 4-180/19, 4-190/11, 4-200/8,5, 4-210/5,5, 7-190/16,2, 7-200/11,4, 7-210/7, Alcan 1-90/3,4, 4-85/7,4, 4-90/6, 7-90/6,3, Chrysler 1-95/7,8, 1-100/5,5, 4-95/9, Elf 1-80/5, IBM 1-400/11, 4-410/16, 4-420/9,5, 7-410/23,2, 7-420/16,9, Norsk Hydro 1-45/2,8, 7-45/6,5, Philips 1-50/2,5, 4-45/6,5, 4-50/3,5, Sony 4-55/5, Xerox 4-130/5,4. Verkaufsoptionen: AEG 1-110/4,3, 4-100/3, 4-110/6,9, BASF 4-160/2,1, 4-170/5,5, 7-160/2,7, Bayer 1-180/2,1, 4-170/1,6, 4-180/4,3, 7-170/2,5, BBC 1-200/7, Bay. Hypo 4-290/7,8, Bekula 4-100/4,5, BMW 4-380/14,4, 7-370/9,4, Commerzbank 1-160/1,6, 4-170/6,8, 7-160/4, Conti 1-130/5,6, 4-120/2,3, 7-120/3, Daimler 4-580/13,5, Dt. Babcock St. 1-160/2,15, Deutsche Bank 1-380/4,9, 4-350/4, 4-380/14,6, 7-350/6,2, Dresdner Bank 1-180/1,4, 7-160/3,7, GHH St. 1-160/4,9, Hoesch 1-100/1,9, 4-95/1,3, 4-100/3, KHD 4-230/3,3, 4-240/4, Klöckner 4-60/1, 4-65/3,4, 4-70/6,4, Lufthansa St. 1-160/10,5, Lufthansa Vz. 1-150/4, RWE St. 4-160/2, Siemens 1-430/3, 1-440/4,6, 1-450/8,5, 4-410/2,7, 4-420/4,4, Thyssen 7-75/3,3, Veba 7-160/1,5, VW 1-180/3, 7-170/3,05, Alcan 4-80/2,4, Chrysler 1-90/2,9, 4-85/3,2, 4-95/5,9, 7-80/3,5, General Motors 4-200/5, IBM 1-370/8, 4-370/10. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 10.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 7/16–10 9/16	5 1/2–5 5/8	5 1/4–5 1/2
3 Monate	10 7/8–11	5 7/8–6 1/8	5 3/8–5 1/2
6 Monate	11 1/8–11 3/8	5 7/8–6 1/8	5 3/8–5 5/8
12 Monate	11 1/2–11 3/4	6 –6 1/4	5 1/4–5 1/2

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1275,00	1535,45
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	681,20
1 £ Sovereign alt	241,00	298,68
1 £ Sovereign Elizabeth II.	238,00	294,12
20 belgische Franken	187,00	240,54
10 Rubel Tscherwonez	253,00	315,78
2 südafrikanische Rand	239,00	294,12
Krüger Rand, neu	1077,00	1267,68
Maple Leaf	1077,00	1267,68
Platin Noble Man	1041,00	1236,64

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	244,00	305,52
20 schweiz. Franken „Vreneli"	193,00	243,96
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	986,00	1150,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	249,66
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

17. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4])	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	3,1060	3,1140	3,0587	3,05	3,15
London[1])	3,748	3,762	3,700	3,60	3,84
Dublin[1])	3,096	3,110	3,052	2,76	3,91
Montreal[3])	2,3410	2,3490	2,905	2,30	2,40
Amsterd.	88,560	88,810	88,645	87,25	89,75
Zürich	121,930	122,130	121,510	120,25	123,00
Brüssel	4,936	4,956	4,891	4,80	5,00
Paris	32,570	32,730	32,175	31,71	33,50
Kopenh.	27,670	27,790	27,380	26,50	28,25
Oslo	34,690	34,810	34,040	33,75	35,50
Stockh.**)	35,450	35,610	34,850	34,50	36,25
Mailand[2]) **)	1,615	1,625	1,583	1,57	1,67
Wien	14,213	14,253	14,177	14,15	14,35
Madrid**)	1,782	1,792	1,726	1,74	1,86
Lissabon**)	1,880	1,900	1,770	1,55	2,35
Tokio	1,2490	1,2530	–	1,21	1,27
Helsinki	48,4210-	48,410	47,115	47,26	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	2,4170	–	–	0,06	6,20
Athen*) **)	–	2,4710	–	1,70	2,50
Frankf.	2,5730	–	–	–	–
Sydney*)	1,7355	2,5090	–	2,53	2,63
Johannesbg.*)		1,7545	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Auf dem Kursniveau von knapp über 3,15 zu Beginn des europäischen Marktes überraschte die Bundesbank die Marktteilnehmer mit Dollarkäufen und in dem sich anschließenden Marktgeschehen bei breiter Kursstellung gab der Dollarkurs tiefst bis 3,0960 nach. Zum amtlichen Mittelkurs von 3,1100 verkaufte die Bundesbank 103,8 Mill. Dollar als Kursausgleich. Am Nachmittag beruhigte sich das Marktgeschehen mit Dollarkursen die geringfügig über dem Mittelkurs lagen. Die D-Mark profitierte mit teilweise deutlichen Kursgewinnen von dieser Entwicklung. Nach dem Canadischen Dollar und dem Portugiesischen Escudo mußte der Japanische Jen den höchsten Tagesverlust mit 9,1 Promille auf 1,2520 hinnehmen. Das Britische Pfund schwächte sich um 2,6 Pfg. auf 3,755 ab. Innerhalb des EWS konnte sich die D-Mark jedoch nicht nennenswert verbessern. US-Dollar in: Amsterdam 3,5000; Brüssel 62,70; Paris 9,5200; Mailand 1915,10; Wien 21,8510; Zürich 2,5480; Ir. Pfund/DM 3,103; Pfund/Doll. 1,2074; Pfund/DM 3,755.

Ostmarkkurs am 17. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt kam es am 17. Oktober zu einer deutlichen Schrumpfung der Dollar-Deports gegen D-Mark aufgrund abgeschwächter Eurodollar-Zinsen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,31/1,21	4,03/3,93	7,95/7,75
Pfund/Dollar	pari/0,01	0,08/0,10	0,28/0,32
Pfund/DM	2,20/0,80	5,20/3,80	9,20/7,80
FF/DM	22/6	52/36	98/82

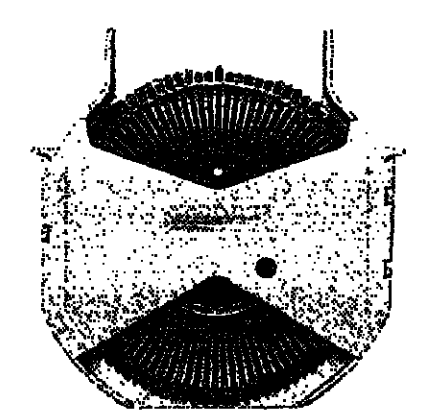
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,95 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,50) – 7,00 (7,50) – 7,25 (7,75) – 7,75 (8,00) – 8,00 (8,26) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,50) – 5,97 (6,47) – 6,37 (6,87) – 6,68 (7,12) – 6,68 (7,12) – 6,91 (7,21) – 7,13 (7,48) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,50, 2 Jahre 6,44. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,80, Rendite 7,05.

Wir sind die neuen Typen für Ihr Büro:

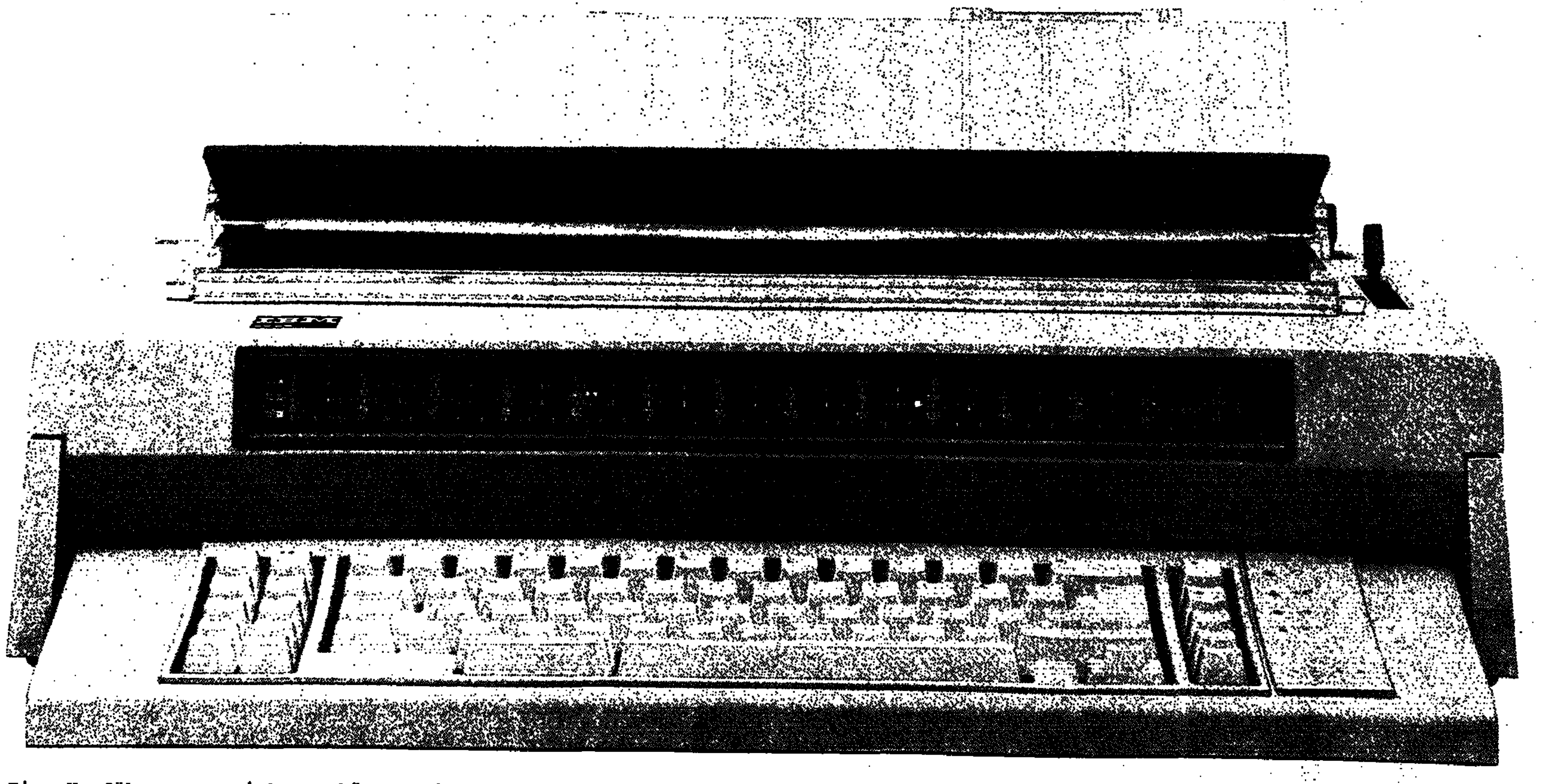


Guten Tag, ich bin die neue Typenradschreibmaschine IBM 6747.

Hier sehen Sie mein Typenrad.

Damit kann ich
zum Beispiel
automatisch auf Mitte
schreiben.

Aber auch sonst kann ich automatisch die tollsten Sachen machen: Ich kann automatisch Papier einziehen. Ich kann automatisch Zahlen nach Dezimalstellen ordnen. Ich mache PIEP, wenn Sie inglisch statt english schreiben. Und ich habe noch eine ganze Menge mehr Tricks drauf.



Eine Vorführung vereinbaren können Sie, auch für die etwas einfachere Version IBM 6746, mit jedem Vertragshändler für IBM Schreibmaschinen, mit jedem IBM Laden und mit Ihrem IBM Vertriebsbeauftragten für Schreibmaschinen. Sofort bestellen können Sie bei IBM Direkt. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM 0130-4567.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Silber- und Goldnotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Auch die Kupfernotierungen gaben auf breitester Front nach. Die Kaffeenotierungen schlossen überwiegend schwächer. Kakao notierte uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16. 10.	15. 10.
Dez.	350,25	346,25
März	357,75	354,25
Mai	356,50	352,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	16. 10.	15. 10.
St. Lawrence 1 CW	240,77	240,17
Amber Durum	252,77	252,17

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,50	139,70
Dez.	142,20	142,20
März	148,80	148,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,10	119,20
Dez.	121,30	120,70
März	125,00	124,50

Hafer Chicago (c/bush)	16. 10.	15. 10.
Dez.	181,50	180,25
März	181,25	180,25
Mai	178,75	178,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez	281,75	281,25
März	287,75	286,75
Mai	293,00	291,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	16. 10.	15. 10.
Okt.	135,60	135,60
Dez.	130,00	139,40
März	133,50	132,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Terminkontr. Dez.	136,50	136,20
März	134,40	134,80
Mai	133,10	133,80

Kakao New York ($/t)	16. 10.	15. 10.
Terminkontr. Dez.	2170	2172
März	2128	2125
Mai	2145	2145
Umsatz	2578	2678

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,50	5,60
März	6,08	6,17
Mai	6,38	6,48
Juli	6,66	6,74
Sept.	6,88	6,98
Umsatz	10765	13701

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	16. 10.	15. 10.
	4,74	unerhältl.

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	15. 10.	15. 10.
Nov.	2507–2510	2460–2463
Jan.	2347–2349	2310–2312
März	2246–2247	2221–2222
Umsatz	3912	3569

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1887–1888	1870–1871
März	1872–1873	1844–1845
Mai	1876–1878	1854–1860
Umsatz	3356	2944

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	147,00–148,00	142,60–143,60
März	163,00–163,20	159,60–159,80
Mai	169,60–170,00	166,20–166,40
Umsatz	2644	1766

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	16. 10.	15. 10.
schw. Sarawak spez.	462,50	452,50
weißer Sarawak	712,50	702,50
weißer Muntok	720,00	710,00

Orangensaft New York (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Nov.	166,25	166,80
Jan.	168,50	169,20
März	169,00	169,60
Mai	168,60	169,50
Juli	168,60	169,50
Umsatz	1000	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Südstaaten fob Werk	36,00	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	31,25	30,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	29,40	29,20
Dez.	27,00	26,90
Jan.	26,30	26,30
März	25,80	25,75
Mai	25,60	25,55
Juli	25,30	25,25
Aug.	25,00	25,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	32,00	32,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,50	20,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	44,80	45,00
Dez.	46,75	47,25
Febr.	49,00	49,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	63,95	65,30
März	64,00	65,35
Mai	65,02	66,32

Häute Chicago (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	634,50	632,50
Jan.	644,00	642,75
März	657,50	655,00
Mai	670,75	668,50
Juli	675,00	674,50
Aug.	675,00	674,00
Sept.	662,50	661,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	152,50	152,80
Dez.	157,80	157,80
Jan.	161,00	161,00
März	166,80	168,50
Mai	172,00	171,50
Juli	176,30	176,50
Aug.	175,10	175,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	16. 10.	15. 10.
Okt.	350,40	351,60
Dez.	358,50	357,50
März	369,90	370,80

Kokosöl New York (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Westküste fob Werk	62,00	62,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	17. 10.	16. 10.
jegl. Herk. cif	840,00	840,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	607,50	607,50

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	645,00	650,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	252,00	256,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1370,00	1370,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,00	294,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	16. 10.	15. 10.
Dez.	67,80	68,70
März	68,75	68,60
Mai	69,80	69,53
Juli	70,65	70,60
Okt.	70,00	69,90
Dez.	70,00	70,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	43,50	43,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	16. 10.	15. 10.
Okt.	500–508	511–515
Dez.	512–516	514–517
Jan.	514–515	520–523
Umsatz	132	113

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	16. 10.	15. 10.
Okt.	51,60	unveh.
Dez.	51,40	51,40
März	53,40	53,30
Mai	53,70	53,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	16. 10.	15. 10.
Okt.	570,0–571,0	567,5–570,0
Dez.	588,5–570,0	586,5–580,0
März	582,0–583,5	584,5–585,0
Umsatz	55	29

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16. 10.	15. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	16. 10.	15. 10.
Okt.	13 200	13 204
Nov.	13 170	13 168

Kautschuk London (p/kg)	16. 10.	15. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,00–64,00	60,00–64,00
Nov.	58,00–63,00	59,00–60,00
Dez.	59,00–64,00	59,50–61,00
Jan.	60,00–65,00	61,00–62,00
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	16. 10.	15. 10.
Nov.	204,00–204,50	205,50–206,00
Dez.	204,50–205,25	206,00–206,50
Nr. 2 RSS Nov.	191,00–192,00	192,50–193,50
Nr. 3 RSS Nov.	187,50–188,50	189,00–190,00
Nr. 4 RSS Nov.	180,50–181,50	182,00–183,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	16. 10.	15. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17. 10.	16. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	126,59–126,78	129,55–129,74
drittfolg. Monat	129,22–129,41	131,63–131,83
Zink: Basis London		
laufend. Monat	232,11–232,30	237,89–238,27
drittfolg. Monat	230,99–231,36	235,42–235,61
Produz.-Preis	280,28	283,20
Reinzinn 99,9%	4190–4231	4178–4219

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17. 10.	16. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	398,13–398,02	400,59–402,48
Blei in Kabeln	134,25–135,25	137,25–138,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	17. 10.	16. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	383–384	386–387
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427–430	428–432
MS 63	411–415	414–419

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	16. 10.	15. 10.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17. 10.	16. 10.
Leg. 225	350–363	350–363
Leg. 226	352–365	352–365
Leg. 231	383–395	383–395
Leg. 233	393–405	393–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	17. 10.	16. 10.
Platin (DM je g)	35,15	35,56
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 500	34 700
Rücknahmepr.	33 750	33 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 830	35 100
Rücknahmepr.	33 970	34 220
verarbeitet	36 540	36 820
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 160	34 315
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	746,90	753,50
Rücknahmepr.	725,00	731,40
verarbeitet	779,70	786,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	17. 10.	16. 10.
London 10.30	340,00	339,75
15.00	340,55	339,50
Zürich mittags	340,75–341,25	339,70–340,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 050	104 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	603,25	603,75
3 Monate	618,35	618,95
6 Monate	633,45	633,90
12 Monate	664,65	665,15
Platin (£-Feinunze)	16. 10.	15. 10.
London fr. Markt	271,90	269,45
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	116,85	115,30

New Yorker Preise	16. 10.	15. 10.
Gold H & H Ankauf	339,50	338,65
Silber H & H Ankauf	730,00	723,00
Platin fr. Händlerpr.	316,00–322,00	316,00–322,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	139,50–140,50	139,00–140,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	724,50	731,00
Nov.	727,70	734,70
Dez.	733,50	741,00
Jan.	740,60	747,70
März	754,00	761,40
Mai	768,00	775,40
Juli	780,00	789,60
Umsatz	19 000	20 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Okt.	54,80	55,85
Nov.	55,00	56,10
Dez.	55,60	56,70
Jan.	56,25	57,40
März	57,25	58,55
Mai	58,60	59,75
Juli	59,70	60,95
Umsatz	9000	4500

Londoner Metallbörse

	17. 10.	16. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	829,50–830,00	823,00–824,00
3 Monate	852,00–852,50	846,00–846,50
Blei (£/t) Kasse	336,50–337,00	342,50–342,70
3 Monate	343,50–344,00	348,50–349,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1040,5–1041,0	1045,0–1045,5
3 Monate	1064,0–1064,5	1068,5–1069,0
abends Kasse	–	1043,0–1044,0
3 Monate	–	1067,0–1067,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1040,0–1042,0	1044,0–1046,0
3 Monate	1061,5–1062,0	1065,0–1066,0
Zink (£/t) Kasse	617,00–617,50	628,00–629,00
3 Monate	614,00–615,00	622,00–622,50
Zinn (£/t) Kasse	9700–9710	9700–9710
3 Monate	9668–9669	9680–9661
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–318
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–84

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

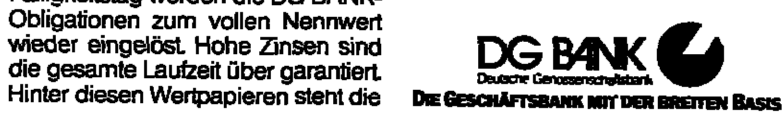
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Gunther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad



Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Höchstkurse am Rentenmarkt

Unbeirrt von den Schwankungen der D-Mark auf den Devisenmärkten, setzten die festverzinslichen Papiere ihren Anstieg fort. Öffentliche Anleihen lagen bei großer Nachfrage bis zu 0,30 Prozentpunkte fester. Damit erreichten sie einen neuen Jahreshöchststand. Bei Neuanlagen wird zunehmend auch auf DM-Auslandsanleihen zurückgegriffen, deren Renditen teilweise höher sind als die der öffentlichen Anleihen. So bereitet die Plazierung der neuen Weltbankanleihe keinerlei Schwierigkeiten. Am Pfandbriefmarkt wurden die Renditen angepaßt.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Doping-Verdacht

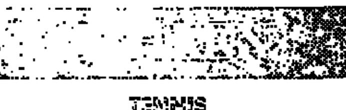
Düsseldorf (sid) – Sechs deutsche Moderne Fünfkämpfer stehen unter dem Verdacht, bei den deutschen Meisterschaften im September in Ruhpolding gedopt gewesen zu sein. Die Proben der Athleten, die alle aus Berlin kommen sollen, wurden im Kölner Institut des Doping-Experten Manfred Donike untersucht.

Von Golfball getötet

Leeds (SAD) – Ein erst 22 Monate altes Mädchen ist auf einem Golfplatz in der Nähe von Leeds von einem Golfball getötet worden. Sarah Pikkersgill, die mit ihren Eltern spazierenging, wurde von dem Ball am Hinterkopf getroffen. Im Krankenhaus konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Keine Entscheidung

Monte Carlo (sid) – Ohne Ergebnis endete in Monte Carlo eine weitere Verhandlung über die Fernsehrechte an den Olympischen Spielen in Seoul 1988. Die amerikanischen TV-Anstalten machen weiterhin die Vertragshöhe abhängig von der Gestaltung des olympischen Zeitplans. Wegen des Zeitunterschieds müßten in Seoul viele Entscheidungen vormittags stattfinden.



TENNIS

Damen-Turnier in Filderstadt, Einzel, erste Runde: Pfaff (Deutschland) – Hobbs (England) 3:6, 6:1, 6:2, Hanika (Deutschland) – Tanvier (Frankreich) 6:3, 6:2, Bunge (Deutschland) – Maleeva (Bulgarien) 6:4, 6:4, Kohde (Deutschland) – Paradis (Frankreich) 6:4, 2:6, 6:2, Scheur-Larsen (Dänemark) – Horvath (USA) 6:3, 3:6, 6:1, Moulton (USA) – Mesker (Holland) 6:3, 6:1. – Doppel, erste Runde: Kohde/Suková (Deutschland/CSSR) – Moulton/Smith (USA) 6:2, 3:6, 6:3, Monteiro/Vermaak (Brasilien/Südafrika) – Holladay/Kuczynska (USA/Polen) 6:4, 3:6, 6:2. – **Grand-Prix-Turnier** der Männer in Köln, erste Runde, Herren, Einzel: Edberg (Schweden) – Becker (Deutschland) 6:4, 6:4, Nystroem (Schweden) – Schapers (Holland) 7:5, 6:2, Zivojinovic (Jugoslawien) – Elter (Deutschland) 6:3, 6:4, Mayer (USA) – Simonsson (Schweden) 6:3, 3:6, 6:3, Purcell (USA) – Windahl (Schweden) 7:5, 6:3, Wilkinson – Brown (beide USA) 6:2, 6:1, Perkiss (Israel) – Fibak (Polen) 6:2, 6:1, Slozil (CSSR) – Taroczy (Ungarn) 7:5, 6:1. – Doppel, erste Runde: Edberg/Svensson (Schweden) – Ocleppo/Zivojinovic (Italien/Jugoslawien) 6:4, 4:6, 6:4.

RAD

Sechstagerennen in Berlin, Endstand: 1. Clark/Schütz (Australien/Deutschland) 704 Punkte, vier Rd. zur., 2. Frank/Oersted (Dänemark) 566, 3. Rinklin/Kristen (Deutschland) 545, 4. Schlaphoff/Doyle (Deutschland/England) 288, sechs Rd. zur., 5. de Wilde/Tourné (Belgien) 324, acht Rd. zur., 6. Flinen/Elsnof (Holland) 283, neun Rd. zur., 7. Bolten/Schröpfer (Deutschland) 135, elf Rd. zur., 8. Braun/Eriksen (Deutschland/Dänemark) 231.

BASKETBALL

Bundesliga, Männer, 8. Spieltag: Bamberg – Göttingen 73:116, Hagen – Gießen 91:62.

FUSSBALL

EM-Qualifikation der Junioren (U 21), Gruppe 1: Polen – Griechenland 5:1, Gruppe 3: England – Finnland 2:0. – Gruppe 7: Schottland – Island 1:0. – Länderspiele: Türkei – Bulgarien 0:0, Nordirland – Israel 3:0.

FUSSBALL / Deutsche Junioren besiegten Schweden nach schwachem Spiel vor 23 000 Zuschauern

„Das beste, was wir zu bieten haben", aber Trainer Berti Vogts bittet um Geduld mit den Talenten

DW. Münster

Berti Vogts, der Trainer der deutschen Junioren-Auswahl (U 21), kam nach dem Spiel als Bittsteller. Seine Bitte wird im deutschen Profi-Fußball in letzter Zeit immer öfter ausgesprochen, von Trainern, Funktionären, den Spielern selbst. Und immer sollen mit ihr die Zuschauer getröstet werden, die ein schwaches Spiel gesehen haben. 23 000 waren es am Dienstagabend in Münster, so viel wie selten bei einem Juniorenspiel. Sie sahen, wie die deutsche Mannschaft zum Auftakt der Qualifikation zur Europameisterschaft 1:0 gegen Schweden gewann, ansonsten sahen sie wenig.

Also bat Trainer Berti Vogts: „Wir müssen Geduld haben. Das ist das Beste, was der Deutsche Fußball-Bund im Junioren-Fußball derzeit zu bieten hat. Doch die Mannschaft hat erstmals in dieser Formation zusammengespielt. Da kann noch nicht alles harmonieren."

Immer die gleiche Bitte eben. Selbstverständlich kann niemand verlangen, daß eine Gruppe junger Profis, die bisher lediglich zusammen trainiert hat, auf Anhieb eine festgefügte Einheit bildet. Doch zeugt es eben auch von einer gewissen Stagnation im gesamten deutschen Fußball, wenn der Nachwuchs, wenn knapp 20jährige, die in ihren Vereinen schon als Stars gehandelt und so bezahlt werden, insgesamt solch dürftige Leistungen zeigen wie in Münster.

Olaf Thon von Schalke 04 erzielte in der 33. Minute den einzigen Treffer des Spiels – mit dem Kopf, was für einen nur 1,70 m großen Mann immerhin bemerkenswert ist. Doch ansonsten verfing er sich oft in der schwedischen Deckung. Günter Netzer, einer der letzten großen Spielgestalter des deutschen Fußballs, sagt über ihn: „Trotz seiner körperlichen Nachteile bringt Thon als Spitzenfußballer alles mit: Er ist schnell, er ist wendig, er hat Fußballverstand, er sucht den direkten Weg zum Tor. Und wenn er nicht abhebt, kann er ein ganz Großer werden."

Das ist viel Lob, berechtigtes sogar. Aber warum ist einer wie Thon nicht in der Lage, seine Talente innerhalb einer Auswahlmannschaft zu zeigen? Am Trainer, der seine Spieler vielleicht in Rollen zwängt, die nicht ihr Fach sind, kann es hier nicht liegen. Berti Vogts ist bemüht, die individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen auszunutzen und innerhalb seiner Mannschaft zu fördern. Seine Beurteilung des Münchners Ludwig Kögl (18) beweist das. Kögl dribbelte am linken Flügel nach Herzenslust, aber selten erfolgreich. Vogts: „Er soll und muß dribbeln, das ist seine Stärke."

Vielleicht werden einige Talente („das Beste, was wir zu bieten haben") grundsätzlich überschätzt. Mittelfeldspieler Thomas Berthold, bei Eintracht Frankfurt bereits hochgelobt und bei Franz Beckenbauer für die A-Nationalmannschaft vorgemerkt, kann dafür Beispiel sein. Vogts: „Ein Spielgestalter ist er nicht. Er muß noch viel lernen, um international mithalten zu können. Darüber werde ich auch mit Frankfurts Trainer Dietrich Weise reden."



Im ersten Länderspiel ein frecher, aber oft erfolgloser Dribbler: Ludwig Kögl (rechts) von Bayern München. FOTO: WEREK

Ähnlich ist es bei Michael Rummenigge, der gegen den Willen seines Trainers Udo Lattek schon zum Kreis der Nationalmannschaft gehörte. Er wurde von den Zuschauern ausgepfiffen wegen seiner schlechten Leistungen, trotzdem aber nicht ausgewechselt. Berti Vogts über die größte Enttäuschung des Abends von Münster: „Gerade wegen dieser Pfiffe habe ich ihn nicht vom Platz genommen. Da muß er sich durchbeißen und Willenskraft beweisen."

Auch das kann Hinweis darauf sein, daß den jungen Spielern in ihrer heimischen Umgebung Rollen zugewiesen werden, die sie einfach noch nicht ausfüllen. Daß sie trotzdem Schlagzeilen machen, ist auch ein Indiz dafür, wie durchschnittlich zur Zeit der deutsche Fußball ist. Wenn das wirklich so ist, müssen alle tatsächlich Geduld haben. Doch die Bitte, auf bessere Zeiten zu warten, darf nicht dazu benutzt werden, aktuelle schlechte Spiele zu entschuldigen.

Bis zum nächsten Gruppenspiel, am 23. Februar in Portugal, wird es keinen Lehrgang für die Junioren-Auswahl geben. Um seinen Kader einmal für längere Zeit versammeln zu können, hofft Vogts auf die Zustimmung zu einer längeren Afrika-Reise im Juni nächsten Jahres mit einigen Freundschaftsspielen gegen afrikanische A-Nationalmannschaften.

Die deutsche Mannschaft spielte mit: Aumann (Bayern München) – Schröder (Hamburger SV) – Bunte (Fortuna Düsseldorf), Kraaz (Eintracht Frankfurt) – Roth (Karlsruher SC), Berthold (Eintracht Frankfurt), Thon (Schalke 04), Kroth (Eintracht Frankfurt) – Waas (Bayer Leverkusen), Rummenigge (Bayern München), Kögl (Bayern München), ab 86. Müller (Eintracht Frankfurt).

RADSPORT

Clark und Schütz sind die ersten Sieger der Saison

dpa, Berlin

Beim 80. Berliner Sechstagerennen wurde ein neues Winterbahn-Paar geboren: Der ehemalige australische Olympia-Zweite Danny Clark und der deutsche Steher-Weltmeister Horst Schütz (Dortmund) beherrschten das Jubiläumsrennen in der Deutschlandhalle jedenfalls so souverän, daß sie zwei Minuten vor dem Ende sogar noch einen Rundengewinn ansteuerten und nur von der Schlußglocke gestoppt werden konnten.

Doch auch so konnten Clark (26 Siege in Sechstagerennen) und der neuerdings in der Nähe von Zürich wohnende Schütz die Konkurrenz aus acht Nationen klar beherrschen. Bei vier Runden Rückstand mußten sich die zunächst höher eingeschätzten Dänen Gert Frank/Hans-Henrik Oersted letztlich ebenso mit Statistenrollen begnügen wie die rundengleichen Paare Henry Rinklin/Jupp Kristen (Geisingen/Köln) und Joachim Schlaphoff/Anthony Doyle (Berlin/Großbritannien).

„Auch der Sieg in Dortmund geht nur über uns", sagte Hobbysänger Schütz eineinhalb Stunden nach Rennende in Berlin. In dem Paar Francesco Moser/Rene Pijnen (Italien/Niederlande) bekommen die Saison-Auftaktsieger zwar starke Konkurrenten, doch dürften die beiden Routiniers auch in der Westfalenhalle ganz weit nach vorn fahren.

Beinahe wäre ihnen durch Tour de France-Sieger Laurent Fignon dort noch ein weiterer großer Konkurrent erwachsen, doch die kurzfristig möglich gewordene Verpflichtung des Franzosen scheiterte am Veto des Sportlichen Leiters Otto Ziege: „Der wollte sich in Dortmund nur für die französischen Sechstagerennen in Grenoble und Paris einrollen, dafür haben Zuschauer kein Verständnis."

OLYMPIA

Bundespräsident: „Stolz auf unsere Mannschaften"

sid. Bonn

Die Politik dankte den deutschen Olympiakämpfern. Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl ehrten gestern die Olympiamannschaften von Sarajevo und Los Angeles mit Auszeichnungen und einer Schiffsfahrt auf dem Rhein (auf Einladung des Bundeskanzlers). Es war das erste Mal, daß die Mannschaften geschlossen zu einer solchen Ehrung eingeladen worden waren.

Bundespräsident von Weizsäcker, der die insgesamt 156 Medaillengewinner der Winter- und Sommerspiele dieses Jahres mit dem Silbernen Lorbeerblatt oder einem Präsidentenbild auszeichnete, erklärte vor den Sportlern: „Wir haben Grund, stolz zu sein auf unsere Mannschaften. Sie haben Disziplin und Beherrschung, Zielstrebigkeit und Leistungswillen gezeigt. Die Olympischen Spiele erfordern den ganzen Einsatz, die Fähigkeit, über sich hinaus zu wachsen, aber zugleich Mensch und Mitmensch zu bleiben."

Das Staatsoberhaupt erinnerte daran, daß Los Angeles gezeigt habe, daß die Olympischen Spiele überleben können. „Es gibt die Kritik der Politisierung und der Kommerzialisierung. Diese Kritik kann man nicht von der Hand weisen. Aber es gibt für mich keine Zweifel daran, daß die Olympische Idee lebt", sagte von Weizsäcker. Er fuhr fort: „Wir hätten uns über die Erfolge unserer Mannschaft noch mehr gefreut, wenn auch die Athleten aus der DDR an der diesjährigen Olympiade hätten teilnehmen können."

NOK-Präsident Willi Daume dankte für die Einladung und würdigte von Weizsäckers persönliches Engagement im Sport.

TENNIS / Großer Erfolg: Fünf deutsche Spielerinnen in der zweiten Runde des Filderstadt-Turniers

Bettina Bunge von den Zuschauern gefeiert

DW. Filderstadt

Die deutschen Tennis-Damen zählen international schon lange zur Spitzenklasse. Beim Grand-Prix-Turnier in Filderstadt erreichten mit Claudia Kohde, Bettina Bunge, Sylvia Hanika, Eva Pfaff und Steffi Graf gleich fünf deutsche Spielerinnen die zweite Runde – und das gegen zum Teil sehr starke und prominente Gegner. Am leichtesten hatte es noch Claudia Kohde, die gegen die Qualifikantin Pascale Paradis (Frankreich) mit 6:4, 2:6, 6:2 gewann. Claudia Kohde genügte schon eine Durchschnittsleistung. Sie war sehr nervös und kam nur mit Glück weiter. Kohde: „Ich bin noch nicht in Form nach meinem Urlaub." Zwei Wochen hatte sie sich in Monte Carlo ausgeruht.

Sylvia Hanika hatte es in ihrem ersten Spiel mit der Französin Catherine Tanvier zu tun. Die Französin scheiterte im letzten Jahr erst im Finale an Martina Navratilova. Diesmal kam schon in der ersten Runde für sie das Aus, denn Hanika gewann 6:3, 6:2. Zu später Stunde besiegte dann kurz vor Mitternacht Eva Pfaff die Engländerin Anne Hobbs. Bettina Bunge hatte sich dieses Spiel angesehen. Die Einladung zu einer Porsche-Party nahm sie nicht wahr: „Zu so später Stunde braucht doch die Eva moralische Unterstützung."

Die Deutsch-Amerikanerin selbst hatte zuvor in ihrem Spiel gegen die an Nummer zwei gesetzte 17 Jahre alte Bulgarin Manuela Maleeva keinen Beistand nötig, obwohl sie zu den Problem-Spielerinnen im deutschen Tennis zählt. „Manchmal spiele ich richtig blöd", kommentierte sie ihren großen 6:4, 6:4-Erfolg gegen die wesentlich stärker eingeschätzte Bulgarin. Nach einer längeren Krise mit gesundheitlichen Problemen spielt Bettina Bunge schon seit Wochen sehr stark, auch wenn sie sagt: „Meinem Spiel fehlt noch die Konstanz. Aber ich bin wieder auf dem Weg nach oben."

Für ihre Selbstkritik, früher nicht gerade ihre Stärke, spricht auch diese Aussage: „Ich habe dieses Jahr schon besser gespielt, aber verloren, weil meine Gegnerin noch besser war." Sie meinte damit die zwei Niederlagen gegen Alycia Moulton (USA).

Dabei hatte Bettina Bunge gegen die in die Weltspitze aufgerückte Bulgarin eine sehr starke Leistung gebracht. Mit ihrem variablen und druckvollen Spiel kam sie zum ersten Sieg im zweiten Vergleich mit der Bulgarin. 1100 Zuschauer feierten die für Cuxhaven spielende Bettina Bunge nach dem Spiel, das sie viel Kraft gekostet hat: „Gegen Ende der Partie war ich so kaputt, daß ich beim Seitenwechsel am liebsten sitzengeblieben wäre."

Jetzt sind die deutschen Damen noch ehrgeiziger geworden. Sie spüren, daß für sie diesmal in Filderstadt viel möglich ist. Denn mit Temesvari (Ungarn), Horvath (USA) und Durie (England) sind noch drei weitere Favoritinnen ausgeschieden. Und die übermächtige Martina Navratilova ist nicht dabei.

*

Der 17 Jahre alte Boris Becker (Mannheim) scheiterte in der ersten Runde des Cologne-Cups in Köln gegen den ein Jahr älteren Schweden Stefan Edberg mit 4:6, 4:6. Becker führte im ersten Satz mit 2:0 und 3:1, im zweiten Satz ebenfalls mit 2:0. Er sagte: „Im ersten Satz hätte ich durchaus mit 5:1 davonziehen können, dann hätte alles anders ausgesehen." Doch Becker, der nach seinem Bänderriß in Wimbledon erst seit wenigen Wochen wieder Turniere bestreitet, scheiterte vor allem an seiner Ungeduld, weil er stets den Punkt selbst machen wollte und nicht auf die Fehler seines Gegners wartete.

STAND ● PUNKT / *Moskau ruft*

Wenn im westlichen Sport etwas passiert, hämmert es in kommunistischen Hirnen sofort „Profit". Also meldet die „Junge Welt", das Zentralorgan der FDJ: „Die Sponsoren sprangen ab, weil ihnen der Profit nicht hoch genug erschien, deshalb mußte das 37. Sechstagerennen der Radprofis in Frankfurt/Main abgesagt werden."

Passiert ist hier also gar nichts, außer daß Veranstalter, die ein Geschäft machen wollten, einsahen, daß es keines wird und deshalb eine Veranstaltung absagten. Diese Vernunft könnte man preisen. Doch die Formulierung der Meldung soll beweisen, was für verdammenswerte Typen jene Menschen sind, die Sport mit Geld unterstützen.

Was aber bedeutet dies? Die sogenannte „Friedensfahrt", die mit ihren festen Punkten Warschau, Prag, Ost-Berlin als bedeutendste Etappenfahrt der Amateure Tradition hat, wird umorganisiert. Im nächsten Jahr wird in Prag begonnen, dann steigen alle Teilnehmer brav in eine Aeroflot-Maschine gen Moskau, fahren dort rund um die Stadt, über den Olympia-Kurs von 1980, treffen sich noch einmal zu einem Mannschaftszeitfahren – und fliegen zurück nach Prag.

Moskau winkt, und alles Bewährte wird umgestoßen. Ähnliche Ideen hatten auch schon einmal die Herren, die die Tour de France veranstalten. Sie wollten in New York starten – was selbstverständlich wieder etwas mit dem verteufelten Profit zu tun hätte. Und was ist es hier. Blanke Politik doch wohl, oder?

Lieber wegen des fehlenden Profits kein Sechstagerennen in Frankfurt, als auf Befehl eines Propaganda-Offiziers mit dem Rad im Flugzeug nach Moskau.

DW

Ein Meister der scharfen Analyse: Johannes Gross

Beherrschter Ruhestörer

Er genießt die Polit-Show, das ist ihm anzusehen. Er ist in seinem Element, wenn er am großen Tisch zwischen Politikern und Journalisten mit lächelnder Ruhe für Unruhe sorgt – die Aktualität als Kulisse, das brisante Thema als Szene, politische Attacken und Rechtfertigungen als dramatische Handlung.

Johannes Gross, jetzt 52, ist ein Intellektueller, aber kein in sich gekehrter. Allzu gerne gibt er mit seinen sachkundigen Einschüben und spitzen Leitfragen auch einem breiten Fernsehpublikum, das seine Bücher und Artikel nicht kennt, Kostproben seiner Wort-Brillanz. Er ist eitel, mag er das auch nicht zugeben, und er genießt, wie gesagt, die Polit-Show vor der Kamera.

Und doch nimmt er nun Abschied von den Zuschauern der „Bonner Runde" im ZDF. So unverständlich ist das nicht. Denn als Spitzenmann im Verlagsmanagement steuert der Herausgeber von „Capital" wohl bald eine andere Polit-Show an – im privaten Fernsehen, bei dem sein Verlag ja gehörig mitmischt.

Schon vor Jahren freilich hat der Mann mit dem telegenen Rundkopf und den listigen Augen hinter übergroßen Brillengläsern mehrmals sein Adieu vom elektronischen Medium angekündigt. „Wenn die Minister 35 sind", hatte er seine Absicht unter anderem begründet, „wird es heikel für einen Mann über 50."

Aber gar so weit ist es mit der Jugendlichkeit der Minister auch jetzt noch nicht her – die meisten sind älter als er. Da leuchtet eine andere Erklärung schon eher ein: „Das dauernde Zurücknehmen meiner eigenen Meinung enerviert mich. Ich will mich nicht immer zügeln."

Daß er unter dieser Selbstzügelung leidet, ist unverkennbar. Und doch fühlt er sich wohl in ihr. Denn Johannes Gross ist ein Mensch der Widersprüche. Als hätte ihn der Widerspruch von Namen und Gestalt determiniert: 1,65 Meter ist Gross groß. Einen „gefälligen Einsiedler" hat er sich einmal genannt, einen „fröhlichen Zyniker". Das ist nicht nur Wort-Artistik. Gross ist ein Einsiedler, der in der inneren Stille an seinem Weltbild baut und sich von anderen nichts dreinreden läßt. Aber dann zeigt er dieses Bild auch gern vor, setzt es der Debatte aus, klopft es ab mit Witz und Zweifel.

Er lebt behaglich in einem schönen Haus am Kölner Südrand und fühlt sich in seiner Familie wohl. Dennoch begrenzt er sein Privatleben aufs engste. Und weil er es so mit den Widersprüchen hat, traute er es sich auch zu, im Jahre null nach dem Hitler-Flop die Leitung der „Stern"-Redaktion zu übernehmen und dies mit seinem distanzierten Liberalkonservativismus und seinem Anspruch auf Geist und Ehrlichkeit in Einklang zu bringen. Rebellische linke „Stern"-Redakteure bewahrten ihn vor einem überflüssigen Schicksal. War es das einzige Mal bisher, daß sich Gross etwas vergab?

Vielleicht nicht. Aber meist zeigt er sich nicht nur souverän – er ist es auch. Als Chefredakteur der Deutschen Welle dankte er ab, als sich Politfunktionäre anschickten, ihm regierungsamtliche Kontrolleure zuzugesellen. Und es hat ihn gewiß nie gestört, wenn ihm zuweilen vorgeworfen wurde, seine „Bonner Runde" sei „zu hoch", er nehme zu wenig Rücksicht aufs breite Publikum. Der Vorwurf war gewiß nicht immer unberechtigt, aber Gross bewies, daß sich das Publikum gerne etwas abverlangen läßt, wenn die lebendige Kontroverse für Unterhaltung sorgt, mochte es auch nicht jedes Detail begreifen. Gross ist nicht salbungsvoll wie Höfer, nicht hemdsärmelig wie Appel, nicht betulich wie Nowottny. Er ist wie er ist: ein rundum skeptischer Analytiker, und als solcher zeigt er einer breiten Zuschauerschaft, daß Journalismus zuweilen noch etwas mit Geist und Sachverstand zu tun hat. Das Publikum nämlich liebt intellektuelle Entertainer, denn sie schmeicheln ihm. So wurde Gross sogar mit dem Publikumspreis „Bambi" geehrt. Nicht immer nämlich ist das Billige das Gefragte.



Läutete bisher die Bonner Runde ein: Johannes Gross FOTO: JUPP DARCHINGER

Als sich die WELT vor Jahren bei Johannes Gross erkundigte, ob er für den Fall einer christlich-demokratischen Bundesregierung als Regierungssprecher zur Verfügung stehe, hatte er ja gesagt. Die christlich-liberale Regierung kam tatsächlich – wenn auch einige Zeit später. Aber keiner dachte an Johannes Gross. Er war Helmut Kohl und den Seinen wohl „zu hoch". Ein Glück für Gross, der sich als Verkäufer Bonner Politik kaum am richtigen Platz befände. Obwohl er die wirtschaftspolitischen Erfolge der Regierung vielleicht besser verkaufen könnte als die derzeitigen flotten Amtsinhaber.

MARIUS PERMANN

KRITIK

Untergang einer Epoche

Nein, nicht schon wieder die Geschichte vom Untergang! „Titanic" (ZDF) nannten Buchautor Wolfgang Mühlbauer und Regisseur Lutz Büscher ihren Film, dem sie den etwas verwirrenden Untertitel „Nachspiel einer Katastrophe" gaben. Kennen wir doch alles! dachte man. Allerdings, diesmal war Nachspiel nicht im Sinne von Nachspielen (der Katastrophe) gemeint, sondern als Rekonstruktion des tatsächlichen Nachspiels der Katastrophe: Unmittelbar nach dem Schiffsunglück von 1912 berief der Senator Smith einen Untersuchungsausschuß nach New York, um die genauen Ursachen des Unglücks zu ermitteln. Hans Korte spielte diesen kauzigen couragierten Rechtsanwalt hervorragend, der energisch-verbissen seine Fragen stellt, oft cholerisch dabei wird; gleichzeitig jedoch den souveränen, loyalen Law-and-Order-Typus verkörpert. Mit ihm wurden die Wortgefechte im Gerichtssaal vor 72 Jahren wieder lebendig. Störend wirkten die harten Schnitte. Regisseur Büscher stückelt außerdem Studio-Sequenzen abrupt an Außenaufnahmen, die nicht von elektronischen Kameras eingefangen wurden. So entstehen leider Bilder von unterschiedlicher technischer Qualität.

Kortes Kontrahent war Volker Kraeft als Joseph Bruce Ismay, Präsident der „Titanic"-Linie. Ihm schien die Rolle des arroganten Geschäftsmannes auf den Leib geschrieben. Freilich, der Untersuchungsausschuß von damals konnte nicht alle Fragen beantworten. Die Schiffskatastrophe aber war – wie es der Sprecher im Abspann formulierte – ein Alarmsignal für ein ganzes Zeitalter: Sie hatte angesichts der mangelhaften Sicherheitsvorschriften zahlreiche Gesetze zur Folge und setzte die Neuordnung der internationalen Seefahrt in Gang. Ein nützliches Nachspiel.

ANDREAS ENGEL

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 ARD-Sport extra
WM-Qualifikation
Deutschland – Schweden
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Fritz Eckhardt Spezial
In dieser Sendung gibt der beliebte Schauspieler einmal mehr eine Kostprobe seines komödiantischen Talents. So wird er in zwei Geschichten, zum einen mit einem alten Hausmeister, der in Pension geschickt werden soll und zum anderen mit einem Minister, der seiner Jugendliebe wiederbegegnet, zweifellos die Lachmuskeln der Zuschauer auf angenehme Weise strapazieren.
16.55 Die Grönlandflieger
2. Teil: Die Tüftler
Nachdem die ersten Schwierigkeiten gemeistert sind, machen Axel und Christian schnelle Fortschritte beim Aufbau ihres Flugzeuges.
17.25 Der Papalagi auf Reisen
2. Teil: Von Spalten- und Landmenschen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Live aus dem Alabama
Als Mischung aus Information und Unterhaltung versteht sich dieser vierte Jugendabend in der ARD, den diesmal der Bayerische Rundfunk bestreitet. Neben der Präsentation zahlreicher Gäste und viel Musik beschäftigt sich die Sendung unter anderem mit dem Engagement Jugendlicher für die Dritte Welt und der Filmstadt München.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Kindergeld
Der Filou Herbert Hoffmann, wohnhaft im spanischen Bungalow von Harald Lieck, hat ein kurzes Verhältnis mit einem spanischen Zimmermädchen. Neun Monate später treffen beim Vermieter Lieck in Hamburg Unterhaltsforderungen für das „spanische Abenteuer" ein. Lieck schaltet schnell und will den tatsächlichen Kindsvater Hoffmann erpressen, – doch er wird umgebracht.
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Buschtrommel
Medien und Entwicklung am Beispiel Westafrikas
In Mali, einem der Sahelländer, sind rund 80 Prozent aller Einwohner über fünfzehn Jahre Analphabeten. Dennoch hält sich hier seit rund zehn Jahren eine Zeitung, die mit einer Auflage von 20 000 Exemplaren und zwölf Seiten Umfang monatlich erscheint und sich vorwiegend an die Landbevölkerung richtet.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Fünf Freunde
... auf der Felseninsel (1)
Wiederholung von acht Episoden
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Jennifer Rush und Die Viel-Harmoniker
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine reizende Familie
Erst klingeln, dann heiraten
Julia, jüngste Tochter der Familie Brause, erhält von ihrem langjährigen Freund einen Heiratsantrag. Freilich freuen sich auch die Eltern mit ihrer Tochter, wenngleich sie es lieber sehen würden, wenn ihre älteste Tochter Margit als erste heiraten würde.
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
21.00 Aus Forschung und Technik
Der Osten ist rot – Forschung in China
China versucht, den Vorteil des späten Starts zu nutzen: In Europa verlief die technische Revolution oft stürmisch und unkontrolliert. Peking will nun mit gezielter Einführung der Computer-Technologie einen Sprung nach vorn machen
Bericht von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Die Bonner Runde
Gesprächsleitung: Johannes Gross
23.05 Wiener Klatsch
Gesellschaftsszenen von R. Auernheimer
23.50 heute

III.

WEST

20.00 Tagesschau
20.15 Wollen Sie mit mir tanzen?
Französischer Spielfilm (1959)
21.45 Porträt Stephan Buchkremer
22.15 Deutscher Kamerapreis: Beruf Kameramann
23.00 Der Gral (1929–1942)
Aufstieg und Fall einer römisch-katholischen Frauenbewegung
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 El Peru – Peruaner beschreiben ihr Land (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Gauner, Gags und Geldgeschäfte
Französischer Spielfilm (1956)
21.35 Kultur aktuell
Handwerk als Kunst
22.20 Volker Kriegel in Concert
23.05 Nachrichten

HESSEN

19.00 Ein Herr ohne Kleingeld
Französischer Spielfilm (1959)
20.30 Kultur – aktuell in Hessen
21.15 Sport international
21.30 Drei aktuell
21.45 Hoffnung auf dem Abfallhaufen Afrikas?
22.30 Die Schrecken des Krieges
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Hamburg – Madrid
20.30 Der Fluch des Sonnengottes
21.00 Sport
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Und die Moral von der Geschicht ...
22.30 Letzte Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Wo man singt
Nur für das Saarland:
21.45 Sammy Vomacka – Live
Gemeinschaftsprogramm:
22.30 Live aus dem Alabama

BAYERN

18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Ein idealer Gatte
Komödie von Oscar Wilde
20.55 Wohin gehört sakrale Kunst?
21.40 Rundschau
21.55 Z. E. N.
22.00 Die Terrasse
Italienisch-französischer Spielfilm (1980)
Regie: Ettore Scola
0.35 Rundschau
0.40 Actualités

Sieg der Wegwerfer

P. Jo. – In Büchern krakelt man nicht herum, hieß es früher. Randbemerkungen wurden allenfalls den Großen des Geistes verziehen, weil sie ihren Interpreten reiches Futter lieferten. Aber nun kommen immer wieder Bücher auf den Markt, die eigentlich nur eine hübsch dekorierte Kladde sind, in die man schreiben oder malen soll. „Viele Köche oder Wie man sich *Rezepte einfach merkt*" *von* Wilhelm Schlote (dtv, 12,80 Mark) gehört dazu. Drei von vier Seiten sind da nur bunt umrandet und harren der Ideen des Käufers oder des Beschenkten. Die vierte Seite zeigt uns das vertraute Schlote-Repertoire von rundköpfigen, schnauzbärtigen Männchen, von Bären, Nashörnern und Katzen, verbunden mit allerhand Kochhinweisen und An*merkungen zur Leckerei.*

Seiten aus Büchern zu reißen galt lange als Barbarei. Und das Fleddern kupferstichgeschmückter Antiquitäten ist eine oft beklagte Unsitte des Antiquariatsmarktes. Aber von solchen Hemmungen sollte frei sein, wer die „Postkartenbücher" des deutschen Taschenbuch-Verlages erwirbt. Der Verlag geht geradezu davon aus, daß diese Bücher verbraucht werden. Man soll die Seiten mit den Zeichnungen von J. R. R. Tolkien, mit den Plakaten von Staeck, den Karikaturen von Franziska Becker oder papan herausreißen und an Freunde verschicken. Diese Bücher verstehen sich nämlich nur als ein gebündeltes Angebot von 22 bunten Postkarten für 9,80 Mark.

Damit haben sich die Verbrauchs- und Wegwerfbücher ein festes Marktsegment erobert. Die Tugend vieler Jahrhunderte, das Gedruckte zu ehren und zu bewahren, wird außer Kraft gesetzt. Wie sollen wir es da künftig mit Weisheiten halten, wie sie z. B. der russische Schriftsteller und Historiker Nikolai Karamsin notierte: „Der Umgang mit Büchern ist eine Vorbereitung zum Umgang mit Menschen. *Das eine wie das andere ist* gleich notwendig"?

Film: „Der Unbeugsame"

Alle Herzen schlagen für den Baseball

Bernard Malamud hat schon 1952 seinen Roman „The Natural" über ein Baseball-Idol geschrieben (auch auf deutsch gerade unter dem Titel „Der Unbeugsame" als Taschenbuch bei dtv erschienen). Jetzt erst hat ihn der Regisseur Barry Levinson auf die Leinwand gebracht. Ob das zwischen präzisestem Verismus und beinahe magischen Elementen schwankende Produkt Gnade vor den Augen eines deutschen Publi*kums finden wird, bleibt fraglich.* Denn wer kennt schon die Regeln des beliebtesten amerikanischen Sportspiels?

Weil jedoch der aus dem herrlichen Gaunerfilm „Der Clou" (englisch „The Sting") und vielem anderen bekannt gewordene Robert Redford einen solchen überdimensionalen Spieler verkörpert, hat man gewagt, diesen kostspielig produzierten Streifen *dem deutschen Markt anzubieten,* auch weil die in zwei verschiedenen Epochen spielende Handlung mit ihrem genau nachgezeichneten Milieu in den gleichen satten Sepiatönen gehalten ist wie die Pullmanzüge und Wettbüros in „Der Clou". Leider gibt es keinen so unwiderstehlichen Ohrwurm zur musikalischen Begleitung wie den am Klavier geklimperten „Entertainer" und auch keinen Ge*genspieler wie Paul Newman, dafür* ein ganzes Rudel amüsanter Typen aus dem Baseball-Milieu, vom ehrlichen Sportidealisten bis zu den finstersten Drahtziehern.

Die Frauenwelt wird in grellstem Schwarz-Weiß-Kontrast von einem Supervamp und einem braven Heimchen am Herd repräsentiert, das natürlich ebenfalls Baseball-Fan ist. Dem Vamp fällt die Aufgabe zu, den Sporthelden *durch erotische* Exzesse auszuhöhlen (die jedoch so vorsichtig dargestellt werden, daß dem Film die unterste Stufe der Jugendfreiheit erhalten bleibt). Die andere Frau verdeckt bis kurz vor Schluß, daß der große Mann, als er zu seiner Sportkarriere aufbrach, mit ihr in der Abschiedsstunde einen Sohn gezeugt hat, dessen Herz natürlich ebenfalls ganz dem Baseball gehört.

Die schwer zu verkraftende Unwahrscheinlichkeit, daß der angehende Sportler von einer exaltierten Dame, die sich danach selbst entleibt, halb totgeschossen wird und erst nach einer 16jährigen Inkubationszeit, schon in ziemlich reifem Alter also, seine Siegeslaufbahn antritt – (er wird nämlich für den Mörder seiner Mörderin gehalten und muß pausieren, bis sein Fall *in der* Öffentlichkeit vergessen ist), diese Unwahrscheinlichkeit muß der Romancier Bernard Malamud vertreten. Wenn man in die rechte Baseball-Begeisterung gerät, wird man vielleicht darüber wegkommen. HELLMUT JAESRICH

Ein Jahrhundertbuch wird entdeckt: W. Grossmans „Leben und Schicksal"

Konterbande vom Farbband

Wäre Wassilij Grossmans Roman „Leben und Schicksal" gleich, nachdem das Manuskript abgeschlossen war, veröffentlicht worden, im Jahre 1960 also – er wäre ohne jeden Zweifel zu einer Sensation in der Weltliteratur geworden. Aber damals geschah etwas ganz anderes. Wadim Koschewnikow, Chefredakteur der Zeitschrift „Snamja", an die der Autor das Manuskript geschickt hatte, las ihn durch – und lief sofort damit zum ZK der KPdSU, vielleicht auch zum KGB, das ist in diesem Fall nicht von Bedeutung. Von Bedeutung ist vielmehr, daß alsbald Mitarbeiter des KGB bei *Grossman auftauchten,* das Manuskript konfiszierten, die Entwürfe, die Aufzeichnungen, alles, was auch nur irgendeinen Bezug zum Roman hatte, beschlagnahmten.

Ein zweite Abschrift wurde aus dem Safe von Alexander Twardowskij geholt, dem Chefredakteur der Zeitschrift „Nowyj mir", dem Grossman den Roman ebenfalls zur Lektüre gegeben hatte. Den Schreib*kräften, die das Werk* abgeschrieben hatten, wurden nicht nur alle Exemplare, sondern auch das Kohlepapier beschlagnahmt, das beim Abschreiben verwendet worden war, und, wie es hieß, sogar die Farbbänder wurden aus den Schreibmaschinen herausgezogen. Alles wurde in einen Sack aus Segeltuch gesteckt, verplombt und verschwand, so schien es damals, für immer.

Viele Jahre gingen die widersprüchlichsten Gerüchte über den verhafteten Roman Grossmans um. Niemand oder kaum jemand wußte, was das für ein Buch war und warum es ein solches Schicksal ereilt hatte. Jetzt, nachdem dieser Roman aus dem Nichts wiederauferstanden ist (vergl. die WELT vom 5. Oktober), können wir uns endlich ein Bild machen.

Bei der Lektüre drängt sich unwillkürlich der Vergleich mit „Krieg und Frieden" von Tolstoi auf, denn „Leben und Schicksal" ist ein riesiges historisches und zeitgeschichtliches Gemälde. Kriegs- und Friedensszenen sind, wie auch bei Tolstoi, von gleicher Wichtigkeit im Roman. Die Handlung spielt in Moskau und in der tiefsten Provinz, im Hinterland und an der Front des Zweiten Weltkriegs, im Stab Stalins und im Stab Hitlers. Eine Heldin des Romans kommt in einer deutschen Gaskammer um, ei*nen anderen vernichtet man unter un*menschlichen Qualen in den Räumen der Lubjanka, des Moskauer KGB-Hauptquartiers.

Ich möchte Nikolai Strachow zitieren, einen bekannten russischen Kritiker des vorigen Jahrhunderts, der mit Begeisterung über Tolstois Roman geschrieben hatte: „Welche Größe und welcher Aufbau! Tausend handelnde Personen, tausend Schauplätze, alle denkbaren Sphären des staatlichen und des persönlichen Lebens, Geschichte, Krieg, alle Schrecken, die es auf der Erde gibt, alle Leidenschaften, alle Elemente des menschlichen Lebens, vom ersten Schrei eines Neugeborenen *bis zum* letzten Aufblitzen der Gefühle eines sterbenden Greises, alle Freuden und Leiden, die der Mensch kennt, alle denkbaren Seelenzustände – von den Gefühlen eines Diebes, der seinen Kameraden Geld gestohlen hat, bis zum größten Aufleuchten der menschlichen Seele, all das ist in diesem Buch." Und all das, füge ich hinzu, kann man mit vollstem Recht *auch über Grossmans „Leben und* Schicksal" sagen.

Das Buch ist erfüllt von einem herzerwärmenden Humanismus, von dem unerschütterlichen Glauben des Autors an das Gute, an alles Gute, das im Menschen ist. Die handelnden Personen werden in ihrer ganzen Erbärmlichkeit – und in ihrer ganzen Größe gezeigt. Der Ehemann hat seine Frau im Verdacht, daß sie gegen *ihn im NKWD ausgesagt hat.* Die Frau hat den gleichen Verdacht gegen ihren Liebhaber. Der Kommandant einer Panzereinheit riskiert seinen Kopf, indem er die Ausführung eines Befehls Stalins verzögert, um unnötige Menschenopfer zu vermeiden. Ein und derselbe Mensch zeigt angesichts des Todes ungewöhnlichen Mut – und vollbringt eine Schandtat aus Angst, kleine Privilegien zu verlieren.

Nein, dieses Buch ähnelt keineswegs denen, mit denen ein Autor manchmal ein kleines bißchen Wahrheit durch die Zensur schleusen kann. Von diesem Buch wäre das keiner einzigen Seite gelungen, weil von allen Seiten die *ganze* Wahrheit schreit. Die Sowjetliteratur wird von inkompetenten Leuten geleitet, die manchmal sogar elementare Wissenslücken haben. Aber sie haben einen Instinkt wie Tiere, mit dem sie fehlerlos das Lebende von Totem, das Echte vom Unechten unterscheiden. So ist es nicht erstaunlich, daß sie nach der Lektüre dieses Romans verstanden, daß man ihn nicht frisieren konnte, durch Auslassungen, Zufügungen oder durch das künstliche Anhängen eines Happy-Ends. Sie vermochten das gewaltige Werk nach *seinem wahren Wert einzuschätzen* und fanden folglich keinen besseren Ausweg, als es zu ergreifen und zu verstecken.

Um die konfiszierten Manuskripte wiederzuerlangen, bestürmte Grossman viele Instanzen und wurde schließlich vom Chefideologen der Partei, Michail Suslow, empfangen. Suslow sagte Grossman, daß sein Roman ideologisch schädlich sei und *nicht früher als in 200 Jahren* gedruckt werde. Suslow irrte sich genau um 180 Jahre. Grossman jedoch sah seinen Roman auch nicht mehr gedruckt. Er ertrug den Schlag, der ihn getroffen hatte, nicht, erkrankte und starb qwualvoll an Krebs, noch vor seinem sechzigsten Geburtstag.

Auf dem Totenbett litt Grossman nicht nur physisch. Für einen wirklichen Schriftsteller gibt es nichts *Schlimmeres, als zu sterben, ohne* seine wichtigste Arbeit gedruckt zu sehen, ja, sogar ohne Aussicht, daß sie vielleicht irgendwann einmal unter die Leute kommt. In diesem Sinne erscheint das Schicksal Pasternaks, den letzten Endes auch sein Roman zugrunde gerichtet hat, viel glücklicher. Wenn auch gejagt und beschimpft, so konnte er dennoch sein Buch gedruckt sehen, und er erfuhr, welch großen Erfolg es hatte. Grossman jedoch starb, wie lange vor ihm der vortreffliche Michail Bulgakow, fast in Vergessenheit. „Mich hat man in einem Hauseingang erwürgt", sagte der Dichter vor seinem Tode.

Dennoch kann ich jetzt das Schicksal des Romans nicht tragisch nennen, weil das Ende seiner Geschichte glücklich ist, und überhaupt ist das kein Ende, sondern ein Anfang. Die *Abenteuer des Romans sind vorüber,* er hat sein Leben begonnen. Wenn ich alle die guten Bücher, die in der Tradition des großen epischen Romans in der Zeit der Sowjetherrschaft in Rußland geschrieben worden sind, vergleiche, muß ich sagen, daß der Roman von Wassilij Grossman, „Leben und Schicksal", der größte und bedeutendste von ihnen ist.

WLADIMIR WOINOWITSCH



„Man hat mich erwürgt": Wassilij Grossman FOTO: DIE WELT

Teilchenforschung, Molekularbiologie: Nobelpreise für Physik und Chemie

Streifzüge durch die Mikrowelten

Der diesjährige Nobelpreis für Chemie fiel an den 63jährigen amerikanischen Biochemiker Robert Bruce Merrifield, der Physikpreis wurde zu gleichen Teilen dem Italiener Carlo Rubbia (50) und dem Niederländer Simon van der Meer (59) zuerkannt. Als Überraschung kann die letzte Entscheidung nicht gewer*tet werden; in Fachkreisen war* zumindest Rubbia der führende Anwärter. Beide Preise sind mit umgerechnet jeweils 577 000 Mark dotiert.

Merrifield, Professor an der New Yorker Rockefeller Universität, ist der achte Amerikaner, der in den vergangenen zehn Jahren mit dem Che*miepreis* ausgezeichnet wurde. 1979 hatte der Deutsche Georg Wittig, zusammen mit dem US-Chemiker Her*bert C. Brown, den Preis* erhalten. Merrifield habe auf einfache und geniale Weise eine Methode zur Herstellung von Peptiden und Proteinen entwickelt, hieß es in der Begründung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften.

Seine Methodik zur chemischen Synthese an fester Matrix ist heute Standard in zahlreichen Laboratorien der Organo-Chemiker: Auf einer sta*tionären Phase* befinden sich Verknüpfungspunkte, verankerte reaktive Gruppen, mit deren Hilfe sich Aminosäuren, lebensnotwendige Eiweißmoleküle, Stück um Stück durch „solid-state-Reaktionen" konstruieren lassen. Mit Hilfe dieser biochemisch-organischen Synthese ist es Merrifield als erstem gelungen, sehr lange Bruchstücke zusammenzusetzen und gezielt längere Sequenzen zu „basteln". Schüttet man nun z. B. ein Bruchstück aus zehn Aminosäuren über die Phase, in welcher die elfte verankert ist, findet eine Verknüpfungsreaktion statt; das Elfer-Produkt kann nach erfolgtem Durchlauf entnommen werden.

Merrifield gilt mit seiner Methode als ein Wegbereiter der modernen Biochemie und der Pharmakologie; *die heutigen Standardmethoden* der Gentechnolgie basieren auf seinen Arbeiten. Die Teilchenphysiker Rubbia und van der Meer ihrerseits arbeiten am Europäischen Kernforschungszentrum in Genf CERN. Beide Physiker, hieß es in Stockholm, seien für ihre entscheidenden Einsätze bei dem großen Projekt geehrt worden, daß zur Entdeckung der Vermittler schwacher Wechselwirkung geführt habe.

151 Wissenschaftler unter Leitung der Ausgezeichneten registrierten im Vorjahr die Teilchen „w-plus", „w-minus" und „z-Null". Aus dieser „bedeutendsten Entdeckung der Physik seit der Erfindung des Transistors vor 25 Jahren" folgerten die CERN-Wissenschaftler, daß Elektromagnetismus und schwache Kernkraft zwei Manifestationen ein- und derselben Kraft seien. Sie sind der Überzeugung, daß diese „w-Teilchen" für die Vermittlung subnuklearer Kräfte eine wichtige Rolle spielen, auch als Ursache für den radiaktiven Beta-Zerfall.

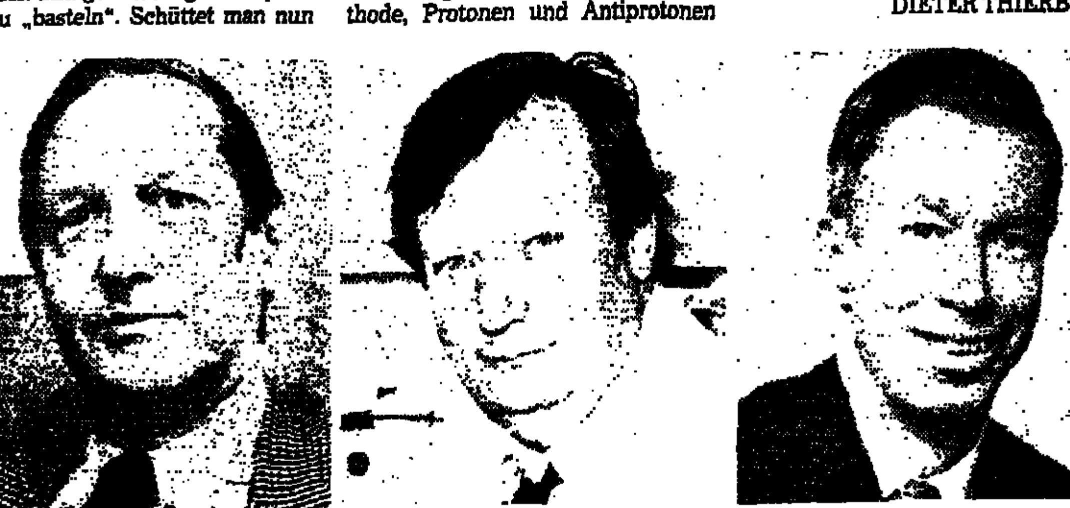
Das kleine Einmaleins der theoretischen Physik machte sich Rubbia, Physik-Professor an der amerikanischen Harvard-Universität, schon 1976 zu eigen. Er formulierte eine Methode, Protonen und Antiprotonen miteinander kollidieren zu lassen, um damit w- und z-Partikel zu erzeugen. Van den Meer hatte die Idee beigesteuert, die Ausgangsteilchen dichter als bisher zu packen und zu lagern, notwendige Voraussetzung für die Kollision im Superbeschleuniger.

Ende Juni dieses Jahres warteten die CERN-Forscher mit „mehreren konkreten Hinweisen auf die Existenz eines neuen Elementarteilchens" auf, dem aus theoretischen Gründen schon lange postulierten „Top" oder „T-Quark", dem 24. und letzten noch fehlenden Mosaiksteinchen auf dem Weg zum modernen Weltbild der Physiker. Auch das ging auf das Konto des Teams von Carlo Rubbia. Seitdem galt er in Fachkreisen als führender Kandidat für den Nobelpreis.

Die Jagd nach den Urbausteinen der Materie und die sie zusammenhaltenden Kräfte ist übrigens nicht unumstritten. Von einigen Experten als „Königin der modernen Naturwissen*schaften" apostrophiert, wird sie von* anderen für die Staatshaushalte wegen explosionsartig anwachsender Kosten als untragbar angesehen. CERN allein verschlingt im Jahr 660 Millionen Mark.

Ebenso wird angezweifelt, ob die weitere Suche nach experimentellen Beweisen für das moderne physikalische Weltbild überhaupt eine Zukunft hat, weil die Konstruktion der *dazu notwendigen* Riesenmaschinen bald an eine Grenze stoßen wird. Das Ziel einer Vereinheitlichung aller in der Natur auftretenden Grundkräfte liegt noch in weiter Ferne.

DIETER THIERBACH



Die diesjährigen Träger des Nobelpreises für Chemie und Physik: die Physiker Simon van der Meer (links) und Carlo Rubbia (Mitte) und der Chemiker Robert Bruce Merrifield FOTOS: AP/CAMERA-PRESS



Publikumsbeschimpfung im neuen Heim: Niels-Peter Rudolph bei der Wiedereröffnung des Hamburger Schauspielhauses FOTO: DPA

Hamburg: Der Rücktritt von Niels-Peter Rudolph

Ein Desaster auf Raten

Nur 17 Tage nach Wiedereröffnung des Deutschen Schauspielhauses ist diese traditionsreiche Bühne mit dem einst großen Namen am Rande des künstlerischen Bankrotts. Nach einer langen Serie von Mißerfolgen und Auseinandersetzungen mit der Administration des Stadtstaates reichte Intendant Niels-Peter Rudolph (44) der Kultursenatorin Helga Schuchardt seinen Rücktritt ein. Obwohl ihn sein Vertrag noch bis 1988 an das Schauspielhaus gebunden hätte, will Rudolph schon mit Abschluß der laufenden Spielzeit zum 31. Juli nächsten Jahres das Haus verlassen. Damit steht Hamburg nach dem von *Dissonanzen* begleiteten Wechsel des Staatsopern-Intendanten Christoph von Dohnanyi nach Cleveland und dem Rückzug des Schauspieler-Intendanten Peter Striebeck vom Thalia Theater innerhalb kurzer Zeit der dritte Wechsel an der Spitze seiner führenden Bühnen ins Haus.

Verschiedene öffentliche Äußerungen Rudolphs hatten bereits in den letzten Wochen seine Amtsmüdigkeit *signalisiert. Dennoch kam sein de*monstrativer Schritt überraschend. Rudolph schrieb seiner dienstvorgesetzten parteilosen Senatorin, er sehe sich über den 31. Juli hinaus nicht mehr in der Lage, seinen Verpflichtungen als Intendant angemessen nachzukommen. Und trotzig nannte er seine Gründe. Sein Theater, so Rudolph, habe „nicht mehr das ausreichende Vertrauen der Stadt, ihrer Repräsentanten und der Öffentlichkeit". Und der Intendant fügte hinzu: „Ohne diese unabdingbare Voraussetzung ist meine Arbeit hier nicht mehr möglich."

Das obligatorische Bedauern der Kultursenatorin folgte postwendend. Aber sie äußerte auch Verständnis für Rudolphs Gründe. Mit seinen zeitlichen Vorstellungen sei sie allerdings nicht einverstanden. In ihrem Antwortschreiben an den Intendanten schrieb Helga Schuchardt: „Folgten wir Ihrem Wunsche, bereits zu Mitte 1985 auszuscheiden, würde aller Voraussicht nach ein Leerraum entstehen, der in Anbetracht der sowieso bereits bestehenden Schwierigkeiten für das Theater schwerwiegende Folgen hätte. Ich denke, daß unsere gemeinsame Verantwortung für die Zukunft dieses Hauses eine andere Lösung des Problems nahelegt." Ein erstes persönliches Gespräch zwischen beiden über den Zeitpunkt des Ausscheidens brachte gestern dem Vernehmen nach keine Annäherung der Auffassungen.

Die von Helga Schuchardt erwähnten Schwierigkeiten sind im Schauspielhaus mit Händen zu greifen. Rudolph, der 1980 als Nachfolger Ivan Nagels die Intendanz an der Kirchenallee übenahm, mußte bald den damals technisch heruntergewirtschafteten Bau verlassen und mit seinem Ensemble im Operettenhaus an der Reeperbahn sowie auf der Experimentierbühne in der ehemaligen Kampnagelfabrik drei Jahre lang improvisieren. Während dieser Zeit haben Rudolph, seine Gastregisseure und das Ensemble den Hamburgern wenige Höhepunkte („Dreigroschenoper" „Drei Schwestern", „Titus Andronicus") geboten. Viel Mittelmäßiges und spektakuläre Reinfälle wie die beiden Ernst-Wendt-Inszenierungen der „Räuber" und der „Minna von Barnhelm" und dazu immer wieder *krampfhafte politische Demon*strationen führten zu Dauermißklang, Besucherschwund und Auszehrung im Ensemble.

Für die glanzvolle Wiedereröffnung des zu einem wahren Schmuckstück renovierten Hauses in der Kirchenallee mußten nach zahlreichen Unzuträglichkeiten zwei Festpremieren abgesagt werden, und das Haus öffnete schließlich am 30. September mit *der „Minna" wieder seine Pforten.* Doch diese Inszenierung markierte wohl den absoluten Tiefpunkt. Sie war im einhelligen Urteil der Kritik und des Publikums des Anlasses einfach unwürdig. Und zu Beginn jenes Abends, der fast in einer Klamotte endete, hatte Rudolph auch noch für einen Beinahe-Eklat gesorgt, indem er seine Eröffnungsrede weidlich zur Publikumsbeschimpfung nutzte.

Kultursenatorin Helga Schuchardt hat bereits eingeräumt, daß die Suche nach einem geeigneten neuen Intendanten sehr schwierig sein werde. Alles in allem kann man von einem hanseatischen Trauerspiel sprechen. Das Schauspielhaus ist weiter hinter die in München und Berlin aufgerichteten Standards zurückgefallen, und ein Ende des Abgrunds ist nicht in Sicht. DIETHART GOOS

JOURNAL

Bayreuther Festspiele: Das Programm von 1985

AP, Bayreuth

Der Leiter der Bayreuther Festspiele, Wolfgang Wagner, wird im nächsten Jahr den „Tannhäuser" neu inszenieren. Mit dieser Aufführung wird das Festival 1985 am 25. Juli eröffnet. Die musikalische Leitung des „Tannhäuser" übernimmt Giuseppe Sinopoli, Bühnenbildner ist Reinhard Heinrich. Auf dem Programm der Festspiele stehen *ferner drei Wiederaufnahmen.* Der „Parsifal" in der Inszenierung von Götz Friedrich wird von James Levine dirigiert, der „Fliegende Holländer" in der Inszenierung Harry Kupfers von Woldemar Nelsson am Pult geleitet. Außerdem wird die Inszenierung des „Ring des Nibelungen" des britischen Regisseurs Peter Hall wiederholt. Den „Ring" dirigiert Peter Schneider, der in die*sem Jahr für den erkrankten* Sir Georg Solti eingesprungen war.

Die „DDR" zeigt Werke von Ernst Barlach

dpa, Wien

Die umfangreichste Ernst-Barlach-Ausstellung, die bisher von der „DDR" außerhalb des Landes gezeigt wurde, ist bis zum 6. Januar im Wiener Künstlerhaus zu sehen. Sie umfaßt 53 Plastiken und 57 druckgraphische Blätter sowie Druckschriften und Fotos. Der größte Teil der Objekte kommt aus den Barlach-Gedenkstätten in seinem langjährigen Wohnort Güstrow.

Prado-Museum wird stark erweitert

dpa, Madrid

Das Madrider Prado-Museum wird im kommenden Jahr durch zwei neue große Gebäude erweitert. Seine Ausstellungsfläche wird dadurch von derzeit 8 000 auf 28 000 Quadratmeter wachsen. Bislang konnte das Museum nur die wichtigsten seiner 9 000 Bilder zeigen und mußte die übrigen im Keller lagern. Ferner wird der Prado künftig seinen Etat und seine Angelegenheiten selbst verwalten und nicht mehr direkt von der Generaldirektion für Museen abhängig sein.

Chinesische Filmwoche in deutschen Städten

dpa, Berlin

Eine Filmwoche mit fünf Gegenwartsfilmen aus der Volksrepublik China findet vom 22. Oktober bis zum 1. November in Berlin, Bonn, München und Hamburg statt. Die Filmwoche wird im Rahmen des deutsch-chinesischen Kulturaustausches unter anderem vom Deut*schen Institut für Filmkunde und* einer chinesischen Exportfilmorganisation veranstaltet. Die Texte werden simultan übersetzt. Zu den Vorführungen werden ein Regisseur, drei Schauspieler und mehrere chinesische Filmfunktionäre erwartet.

Die Toskana ehrt die Etrusker

AFP, Florenz

Unter dem Motto „Buongiorno Etruschi" werden im nächsten Jahr Florenz und neun weitere toskanische Städte mit einer Serie the*matischer Ausstellungen das Volk* würdigen, dem Italien seine ersten Könige und seine erste Zivilisation verdankt. Im Mittelpunkt steht der zweite internationale Kongreß für Etruskerforschung im Mai in Florenz. Nach Ansicht des Wissenschaftlers Massimo Pallottino, der den Forscherkongreß in Florenz leiten wird, dürften die zahlreichen Zeugnisse für hohe Kunst und Kul*tur die Geschichte der Etrusker in* der Sicht des Publikums entmystifizieren. Alle Ausstellungen sollen von April bis September dauern.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das Halbjahresheft „Delfin"

Doch ein richtiger Fisch ist er nicht!

Als der 80 Jahre alt gewordene Ernst Wilhelm Eschmann sich kürzlich in München eine Vortragsreihe über den Konstruktivismus anhörte, fragte man ihn, wann er denn nun seine Erinnerungen schreiben werde. Die Antwort war: „Noch nicht." Und Eschmann zählte auf, welche geistigen Bewegungen er in seinem langen Leben an sich vorbeiziehen sah: Existentialismus, Neomarxismus, Strukturalismus, jetzt also Konstruktivismus. Nun wolle er, meinte er, doch noch wissen, „was *auf den folgen* wird . . ."

Die neue Richtung kommt zwar aus den USA zu uns herüber, ist jedoch eine Schöpfung dreier Österreicher, die dort drüben arbeiten: des *Primatologen Ernst v. Glasersfeld,* des Kybernetikers Heinz v. Foerster und des Psychiaters Paul Watzlawick. Ihr Denkansatz ist einfach: Über die Wirklichkeit lassen sich keine wissenschaftlichen Aussagen machen, weil sie immer die „erfundene Wirklichkeit" sei – jeder Mensch konstruiere sich seine eigene Wirklichkeit.

Dieser Konstruktivismus ist nichts Neues in der Geistesgeschichte: wir kennen ihn seit der Antike. Neu an der Philosophie der österreichischen drei Musketiere ist, daß sie zeigt, wie man auch von dieser reduktionistischen Position aus Wissenschaft betreiben und sein Leben ohne fatalistische Schwäche gestalten kann. Der Konstruktivismus ist ein Gleichziehen der Geisteswissenschaft mit der *Naturwissenschaft. Diese hat die Fik*tion einer „absoluten Wahrheit" längst aufgegeben; sie arbeitet mit Modellen, welche Teile der Wirklichkeit darstellen – und die, sobald sie nicht mehr brauchbar sind, durch andere ersetzt werden. Für den Naturwissenschaftler ist es längst selbstverständlich, in jede Aussage den Beobachter mit einzubeziehen.

*Wer sich mit der neuen Denk*richtung auseinandersetzen will, kann das nun mit Hilfe einer schön ausgestatteten Zeitschrift tun, welche die deutschen Adepten des Konstruktivismus herausgeben. Sie erscheint in halbjährlichen Heften von 70 Seiten (Jahresabonnement 28 Mark), und zwar im Poiesis Verlag (4840 Rheda-Wiedenbrück, Postfach 2104): „DELFIN: Eine deutsche Zeitschrift für Konstruktion, Analyse und Kritik. In Zusammenarbeit mit Jürgen Brenner herausgegeben von Gebhard Rusch und Siegfried J. Schmidt." (Letzterer ist der für seine kühnen Initiativen bekannte Germanist, dessen Lehrstuhl an der Universität Siegen zu einem konstruktivistischen Zentrum zu werden scheint.)

Die Nummer III setzt ein mit einer von Glasersfeld zusammen mit John Richards verfaßten, an Vico anknüpfenden Untersuchung „Die Kontrolle von Wahrnehmung und die Konstruktion von Realität", doch enthält sie auch Dichtung, experimentelle Photos und einen noch unveröffentlichten Aufsatz „Das Kunstwerk und die Selbstproduktion der Kunst" von *Niklas Luhmann.* Harald Weinrich gibt der Zeitschrift den Spruch auf den Weg: „Den Griechen war der Delphin heilig, die Römer konnten jedoch nicht viel mit ihm anfangen. Ich jedenfalls wünsche, daß der DELFIN die Phantasie seiner Leser ebenso lebhaft beschäftigt wie jener alte Delphin, der ja auch deshalb ein so interessanter Fisch ist, weil er gar keiner ist." ANTON MADLER

Hamburgs Musterhäftling in Athen gefaßt

HORST DALCHOW, Hamburg

In Griechenland endete jetzt die Flucht eines Mannes aus Hamburg, der vor zwölf Jahren wegen Mordes rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Der 37jährige Werner-Alexander Fischer war von seinem 111. Urlaub aus der Vollzugsanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel nicht mehr zurückgekehrt. Durch häufige Freigänge sollte er auf die Freiheit, die ihn in drei Jahren erwartet hätte, vorbereitet werden.

Der ehemalige Chef eines Bordells in Heidelberg war am 30. Dezember 1972 vom Landgericht Lübeck wegen gedungenen Mordes verurteilt worden. Er hatte mit seinen Komplizen am 19. Juli 1972 am Rande der Autobahn Hamburg–Lübeck seine 22jähri-ge „Angestellte" Brigitte Wetzenstein-Ollenschläger getötet. Nur wenige Wochen vorher hatte das Mädchen (Kosename „Bonnie") eine Lebensversicherung in Höhe von 240 000 Mark zu Fischers Gunsten abgeschlossen. Seine Komplizen, die mit je 100 000 Mark für die Tat entlohnt werden sollten, erhielten ebenfalls die Höchststrafe. Einer von ihnen erhängte sich am 3. August 1981 in seiner Fuhlsbütteler Zelle.

Häftling Fischer führte sich tadellos. Was offenbar trotz seiner diversen Ausgänge den Behörden nicht auffiel, war, daß Fischer sich jedesmal vor den Toren der Anstalt von einem goldfarbenen Mercedes vom Typ 500 SEC abholen ließ.

So überraschte seine Flucht Anfang September dann nicht nur die Gefängnisleitung, sondern auch Hamburgs Justizsenatorin Eva Leithäuser, die für den Musterhäftling durchaus „eine Chance für ein geordnetes Leben" gesehen hatte. Den anschließenden Untersuchungen mußte die Politikerin dann freilich entnehmen, daß Fischer die zahlreichen Freigänge vor allem dazu genutzt hatte, seine Flucht vorzubereiten. Bei der Leihwagenfirma galt der Stammkunde für Porsche- und Mercedesfahrzeuge als seriös, zumal er stets pünktlich per Scheckkarte bezahlt hatte. Daß die Mittel von einem Mithäftling stammten, wurde erst später festgestellt: Fischer hatte ihm für 170 000 Mark eine Wohnung verkauft, die ihm freilich nicht gehörte.

Unmittelbar vor seiner „standesgemäßen Abreise" im Mercedes holte sich Fischer schließlich noch 30 000 Mark von seinem Konto. So hatte er keine Schwierigkeiten, in teuren Athener Hotels ein Luxusleben mit diversen Mädchen zu führen. Es endete 36 Tage nach der Flucht auf dem Flughafen von Athen.

Nach Angaben der Hamburger Polizei haben die „hervorragende internationale Zusammenarbeit" und die „XY-Fernsehfahndung des Journalisten Eduard Zimmermann" dazu erheblich beigetragen. Warum Fischer nach Deutschland zurück wollte, ist noch ungeklärt.



Ein Schnappschuß – Entfernung: „unendlich" – vom neuentdeckten Planetensystem 50 Lichtjahre weit weg. FOTO: AP

Sind wir doch allein im Universum?

2. Sonnensystem nachgewiesen – Trotzdem nehmen Zweifel an außerirdischem Leben zu

RUDOLF MERGET, Hamburg

Zum ersten Male ist eine Scheibe meteoritischer Materie um einen großen, leuchtstarken Stern fotografiert worden, die möglicherweise gerade ein Planetensystem bildet. Bradford Smith von der amerikanischen Arizona-Universität berichtete, daß die Aufnahmen einen großen Schwarm fester Partikel erkennen ließen, die eine Scheibe mit einem Durchmesser von 64 Milliarden Kilometern um den rund 50 Lichtjahre (1 LJ = 9,5 Billionen Kilometer) von der Erde entfernten Stern Beta Pictoris bilden (s. WELT von gestern). Der Stern über der südlichen Hemisphäre ist zweimal so groß wie die Sonne und zehnmal heller.

Seit Ende vergangenen Jahres waren mit Infrarot-Teleskopen vom Astronomischen Infrarot-Satelliten (IRAS) und von der Erde aus bereits mehrere Sterne – darunter auch Beta Pictoris – mit Anzeichen für ausgedehnte Materie-Scheiben oder -Ringe gefunden worden. Diese Entdeckungen gelangen durch Messung der Wärmestrahlung, ließen aber nicht erkennen, ob sich in den Scheiben auch größere Körper befanden. Die Smith und seinem Kollegen Richard J. Terrile vom Laboratorium für Strahlantriebe in Pasadena (Kalifornien) gelungenen Fotos sind nach Angaben der Wissenschaftler die ersten optischen Anzeichen für eine solche Scheibe.

Während das wissenschaftliche Gewicht der Infrarot- wie der optischen Beobachtung unumstritten ist, betrachten nicht wenige Astronomen ihre Deutung als Planetensysteme oder gar als möglichen Hinweis auf außerirdisches Leben mit großer Skepsis. Bisher sei weder von der Erde noch von einem Satelliten aus ein anderes Planetensystem außerhalb unseres Sonnenbereichs erkannt worden. Entsprechende Vermutungen aufgrund von Bahnstörungen und anderen Gravitationserscheinungen hätten keine Beweiskraft.

Terrile und Smith meinen jetzt allerdings, daß ihre Arbeit der bisher überzeugendste Hinweis auf ein fernes Planetensystem sein dürfte. Sie brauchten mehrere Monate, um die wenig kontrastreichen Bilder gründlich auszuwerten. „Die Anzeichen dafür, daß wir ein anderes Sonnensystem sehen, sind ziemlich überzeugend, wenn wir auch den direkten Nachweis von Planeten nicht führen können", erklärte Smith in einem Interview. Die Entdeckung „zeigt, daß unser Sonnensystem nicht einzigartig ist".

Terrile und Smith machten ihre ersten optischen Aufnahmen von der Scheibe um Beta Pictoris im Frühjahr im chilenischen Las-Campanas-Observatorium mit einer elektronischen Spezialkamera hinter einem Teleskop von 2,50 Metern Durchmesser. Der Durchmesser der Anhäufung soll mindestens 128 Milliarden Kilometer betragen, die darin enthaltende Materie in der Größenordnung zwischen Sandkörnern und Kometenkönnen bis zu mehreren Kilometern Durchmesser liegen.

Für weit bedeutender halten die beiden Wissenschaftler es jedoch, daß man den Stern durch die inneren Bereiche der Scheibe hindurch ausmachen kann – nach ihrer Ansicht ein klares Anzeichen für Lücken darin. „Die Scheibe kann nicht sehr dick sein", erklärte Terrile. „Diese Lücken müssen daher von irgendeiner Kraft leer gehalten werden." Planeten würden einen solchen Raum mit ihrer Schwerkraft leerfegen, erläuterte der Wissenschaftler. Mit 50 Lichtjahren ist Beta Pictoris aber zu weit entfernt, als daß man solche Objekte in einem Teleskop sehen könnte.

Die Partikel der Scheibe bestehen nach Aussagen von Smith wahrscheinlich aus Eisbrocken, Silikaten und Kohlenstoff-Verbindungen. Stoffliche Voraussetzungen für dem Irdischen vergleichbares Leben. Weil die Scheibe so flach ist, setzten die Wissenschaftler sie nur mit einem Alter von 100 Millionen Jahren an – sehr jung im Verhältnis zu unserem 4,5 Milliarden Jahre alten Sonnensystem und von daher zu jung für vergleichbares irdisches Leben.

„Ein anderes Sonnensystem existiert und andere Planeten", betonte Smith. „Und wenn man extrapolieren will, besteht auch anderes, außerirdisches Leben", fügte er hinzu. Obwohl alle Forscher von der Existenz anderer Planetensysteme ausgehen, nehmen wegen der zahllosen Voraussetzungen für die Existenz intelligenter Wesen in jüngerer Zeit immer mehr Astronomen an, daß wir durchaus allein im Universum sein könnten.

Auch Frankfurt erhält ein Luftbrücken-Denkmal

Grüße von US-Präsident Reagan zur Grundsteinlegung

den/DW. Frankfurt

Amerikanische und deutsche Geldspenden haben es ermöglicht, daß nun auch in Frankfurt eine Gedenkstätte für die Luftbrücke der US-Luftwaffe nach Berlin 1948/49 entsteht. Der Grundstein für das zentimetergenau dem Vorbild in Berlin-Tempelhof nachkonstruierte Denkmal aus Bronze (das der Berliner Volksmund bekanntlich „Hungerkralle" getauft hat) wurde jetzt am Rande der amerikanischen Rhein-Main-Air-Base in Frankfurt gelegt. Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) und Frankfurts Bürgermeister Hans-Jürgen Moog (CDU) waren als deutsche Gäste anwesend.

Zuvor hatte eine US-Transportmaschine einen Erinnerungsflug von Frankfurt nach Berlin unternommen und dort an Fallschirmen Schokoladen-Päckchen abgeworfen und Mehl, Kohlen und Süßigkeiten entladen – Dinge, die damals der von den Sowjets geteilten Stadt dringend benötigte Hilfe bedeuteten.

Bei der feierlichen Grundsteinlegung, zu der auch US-Präsident Ronald Reagan Grüße übermittelte, wurde außerdem bekannt, daß die Gedenkstätte in Frankfurt mit der Zeit um einen Park, einen Teich, eine Fußgänger-Verbindungsbrücke über die Autobahn und ein kleines Luftbrückenmuseum erweitert werden soll. Auch dieses Projekt (Gesamtkosten 15 Millionen Mark) wird aus Spenden finanziert. Zwei außer Dienst gestellte Flugzeuge vom Typ DC 3 und DC 4 (beide Typen waren auch bei der Luftbrücke eingesetzt) sollen das eigentliche Denkmal flankieren.

Der Platz der Gedenkstätte, der nicht zum deutschen Rhein-Main-Flughafen, sondern zur US-Air Base gehört, die dem allgemeinen Publikum aus Sicherheitsgründen nicht zugänglich ist, soll später umzäunt und durch einen extra Zugang auch für die Zivilbevölkerung geöffnet werden. Zum Schutz gegen Anschläge oder Verschandelung soll er aber von US-Militär bewacht werden.

Es war US-General Lucius D. Clay, der 1948, als es plötzlich brannte, die Idee von der Luftbrücke nach Berlin hatte. Im damaligen Westdeutschland, in Hamburg, Stuttgart, Frankfurt oder Hannover hatte man Berlin schon aufgegeben, als die Sowjetunion im Sommer '48 die Straßen, Schienen und Kanäle zur ehemaligen Reichshauptstadt blockierte. Schon zwei Tage später flog der erste „Rosinenbomber", stürmisch begrüßt, ein. Clay hatte mit seiner Warnung, „wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes" den amerikanischen Präsidenten überzeugt.

Während der 321 Tage dauernden Blockade (vom 24. Juni '48 bis 12. Mai '49) wurden die knapp zwei Millionen Menschen mit 277 254 Flügen aus der Luft ernährt. Insgesamt 1 831 200 Tonnen lebenswichtige Versorgungsgüter wurden über die teuerste Brükke der Welt eingeflogen; darunter 1,1 Millionen Tonnen Kohle, 500 000 Tonnen Lebensmittel, 162 000 Tonnen Industriegüter und knapp 70 000 Tonnen andere lebenswichtige Gegenstände. Ausgeflogen wurden 16 000 Tonnen in Berlin produzierter Industriegüter.

Tag und Nacht flogen amerikanische und britische Militärmaschinen die eingeschlosene Stadt an. Den Rekord erreichten die Amerikaner mit 1398 Landungen innerhalb 24 Stunden, vom Mittag des 15. April '49 bis zum Mittag des darauffolgendeen Tages, dabei 12 940 Tonnen Kohle, Nahrungsmittel und Maschinen anliefernd. Diese Menge entspricht der Ladung von 22 Güterzügen mit je 50 Waggons.

In Italien verstummte das Privatfernsehen

F.M. Rom

Ein harter Schlag hat das italienische Privatfernsehen getroffen. Amtsrichter in Rom, Turin und Pescara ließen fast gleichzeitig in ganz Latium, Piemont und der Abruzzenregion die Programme der drei größten privaten Sendestationen des Landes blockieren. Seit gestern können „Canale 5", „Italia 1" und „Retequattro" in den drei Regionen nicht mehr empfangen werden. Der private Fernsehunternehmer Silvio Berlusconi, dem alle drei Sendestationen gehören, protestierte bisher erfolglos gegen die Aktion, die er als „schweres Attentat auf die in der Verfassung garantierten Freiheiten" bezeichnete. Die drei Amtsrichter, auf deren Anweisung die Relaisstationen der Sender stillgelegt wurden, beriefen sich auf eine Bestimmung der Postordnung und auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes. Das Urteil aus dem Jahre 1976 beschränkte die Privatsender auf den lokalen Bereich, eine Bestimmung, die seit Jahren unter stillschweigender Duldung der Behörden dadurch umgangen wurde, daß die großen Sendeketten ihre auf Video-Bändern aufgezeichneten Programme jeweils über örtliche Sender – allerdings landesweit gleichzeitig – ausstrahlen ließen.

Häftling mit Traumabitur

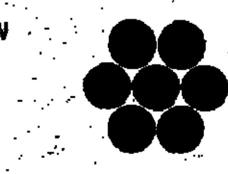
dpa, München

Mit der Traumnote 1,5 hat ein 19jähriger Schüler, der im April dieses Jahres zusammen mit seinem ein Jahr jüngeren Bruder seinen Vater getötet hatte, im Münchner Untersuchungsgefängnis das Abitur abgeschlossen. Das bayerische Kultusministerium hatte zum ersten Mal eine derartige Sondergenehmigung zum Nachabitur für einen Häftling erteilt. Die beiden Brüder hatten nach ihrem Geständnis in Holzkirchen bei München ihren 42 Jahre alten Vater, einen Facharzt für Psychiatrie, getötet, weil er sie ständig terrorisiert habe.

Asyl für Schwestern

AP, Wien

Die beiden tschechoslowakischen Mädchen, denen Mitte September die Flucht aus der CSSR über Jugoslawien nach Österreich geglückt war, während ihre Eltern und eine Schwester ums Leben kamen, dürfen im Westen bleiben. Österreich gewährte den 15 und drei Jahre alten Schwestern Zdenka und Vera Penka politisches Asyl. Das ältere der beiden Mädchen hatte wiederholt den Wunsch geäußert, im Westen bleiben zu dürfen.



Hohe Strafen

dpa, Den Haag

Mit hohen Freiheitsstrafen hat die Strafkammer Amsterdam gestern zwei der drei angeklagten Entführer des niederländischen Großbrauers Alfred Heineken belegt. Der 35 Jahre alte J.P. Boellaard erhielt mit zwölf Jahren Gefängnis die Höchststrafe für Freiheitsberaubung, sein jüngerer Komplize M. Erkamps (21) kam mit neun Jahren davon. Der dritte Angeklagte wird noch einmal psychiatrisch untersucht. Zwei weitere Tatverdächtige sitzen noch in Paris im Gefängnis. Der 60 Jahre alte „Freddy" Heineken und sein Chauffeur Ab Doderer (58) waren am 9. November vorigen Jahres gekidnappt worden. Sie wurden nach drei Wochen von der Polizei befreit. Von dem Lösegeld wurden bisher rund 25 Millionen Mark wiedergefunden. Rund fünf Millionen Mark sollen noch fehlen.

Erloschener Vulkan lebt

rtr, Moskau

Im Elbrus, dem mit 5633 Metern höchsten Berg des Kaukasus, bereitet sich nach Erkenntnissen sowjetischer Geologen erstmals seit mehr als Tausend Jahren wieder ein Vulkanausbruch vor. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete gestern, Quellen in der Nähe des schneebedeckten Gipfels hätten sich auf 20 Grad Celsius erwärmt und der Chlorgehalt sei stark gestiegen. Dies lasse auf neue Aktivität im Berg schließen. Der Vulkan galt längst als erloschen.

LEUTE HEUTE

Tischgespräche

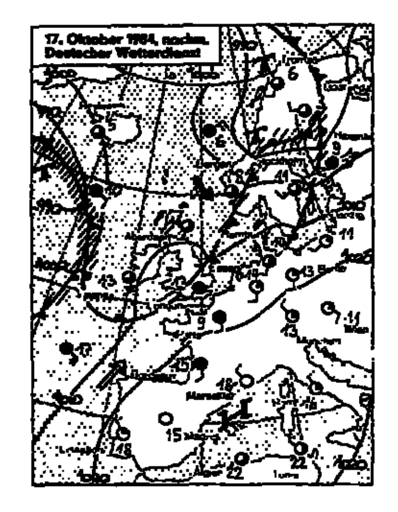
Es wurde wie ein Staatsgeheimnis gehütet. So wußte auch bis gestern niemand, daß **Brigitte Bardot** von Frankreichs Staatschef **François Mitterrand** zum Mittagessen eingeladen war, um mit ihm ein Thema zu besprechen, das ihr seit Jahren mehr am Herzen liegt als alles andere: die bedrohten Tiere. Das Essen wurde ein Erfolg: „Wir haben 30 Maßnahmen beschlossen, um Tieren zu helfen. Wir werden diese Schritte bald bekanntgeben", erklärte sie nachher in staatsmännischer Manier.

Heinis Sorgen

An Prominenz fehlte es nicht. Auch Prinzessin Margaret kam. Zu bewundern war eine Sammlung moderner Gemälde, die der ehemalige deutsche Stahlbaron **Heini von Thyssen** (63) der Londoner Royal Academy leihweise zur Verfügung gestellt hatte. In Zukunft wird sich der Ex-Industrielle, der an der Seite seiner neuen Freundin, der ehemaligen spanischen Schönheitskönigin und Witwe von Lex Barker, **Carmen („Tita") Cervera** (41), erschien, beim Sammeln von Bildern jedoch etwas einschränken müssen. Seine vierte Ehefrau **Denise** (43) weigert sich nämlich beharrlich, Familienjuwelen im Wert von 300 Millionen herauszurücken, die Heini ihr geschenkt haben soll. Ist das der Fall (Thyssen: „Denise durfte sie nur tragen"), dann führt an einem Rückkauf wohl kein Weg vorbei.

WETTER: Tagsüber mild

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Südosteuropa schwächt sich in seinem Westteil weiter ab. Atlantische Tiefausläufer greifen von Westen her auf Deutschland über.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. bedeckt ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden stark bewölkt und gelegentlich Regen. In der Mitte wolkig mit nur kurzen Auflockerungen, aber weitgehend niederschlagsfrei. Im Süden teils neblig-trüb, teils sonnig. Höchste Temperaturen 12 bis 15 Grad, im Südwesten örtlich bis 18 Grad. Tiefstwerte nachts 12 bis 8 Grad. Mäßiger, im Norden frischer und an der Küste zeitweise starker Wind.

Weitere Aussichten:

Unbeständig, aber weiterhin verhältnismäßig mild.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	30°
Bonn	16°	Kopenh.	12°
Dresden	15°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	13°
Frankfurt	13°	Madrid	15°
Hamburg	14°	Mailand	18°
List/Sylt	13°	Mallorca	20°
München	13°	Moskau	-1°
Stuttgart	12°	Nizza	19°
Algier	22°	Oslo	11°
Amsterdam	14°	Paris	9°
Athen	17°	Prag	11°
Barcelona	18°	Rom	16°
Brüssel	14°	Stockholm	11°
Budapest	12°	Tel Aviv	24°
Bukarest	12°	Tunis	22°
Helsinki	9°	Wien	11°
Istanbul	8°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.53 Uhr, Untergang: 17.20 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 15.48 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

In Europa faßt der Weltgeist Tao noch nicht Fuß

INGRID ZAHN, Peking

Leises Stimmengewirr im Krankenzimmer, wo Fräulein Lotosblüte auf schmaler Pritsche ruht: Den Kopf seitlich in das Kissen vergraben, auf dem Rücken kreisrunde Glasbehälter. Sie werden nacheinander mit schmatzendem Geräusch abgezogen, neu ausgeflammt und wieder in den Rücken gedrückt, so lange bis die Haut sich in künstlichem Vakuum rot färbt und vorwölbt. An der Art des Blutergusses läßt sich ablesen, ob die Mikrodurchblutung der Patientin gestört ist. Die Schröpfköpfe bleiben bis zu einer halben Stunde auf den betroffenen Körperzonen. Sie sollen zu einer Umstimmung entzündlicher Prozesse in den Organen führen.

Frau Wang nebenan ist nicht minder geduldig, während ihr Verbrennungen ersten bis zweiten Grades um die Körpermitte zugefügt werden. Moxibustion nennen die chinesischen Ärzte das Verfahren der Heilkräuterbehandlung mit Wärme: Als glimmende „Kräuterzigarre" in metallenen Schächtelchen durchdringen heilende Dämpfe das Hautgewebe und sollen „die Kälte aus dem Bauch vertreiben", wie die Krankenschwester zwitschernd kundtut.

In der Kräuterapotheke nebenan duftet es wie im Basar. In Flechtkörben und Schalen, auf Tabletts und in altmodischen Holzschubladen warten die vielfältigen Kräutersorten darauf, auf der zierlichen Handwaage zusammengestellt, zu Kräuterbriketts gepreßt und zu Kräutersuppen verkocht zu werden. Der nierenkranke Junge im Kinderzimmer schlürft ergeben an seiner ätzend riechenden Tee-Arznei. Ihm wird neben der traditionellen Heilkrautverordnung auch westliche Chemotherapie zuteil, um das drohende Nierenversagen abzuwenden.

Die chinesischen Ärzte, die ihre jahrtausendealte Kunst am Pekinger Krankenhaus für traditionelle Medizin täglich an 500 bettlägerigen und 1800 ambulanten Patienten ausüben, sind sich der Grenzen ihrer Möglichkeiten durchaus bewußt. Sie ergänzen zunehmend die Diagnose des Pulsfühlens durch Apparatetechnik. Trotzdem reichen ihre altbewährten Kräfte im eigenen Land viel weiter, als das dem Besucher aus dem Westen auf Anhieb einsichtig wird.

Eine Patientin mit einer halbseitigen Lähmung – der Unfall, der die Lähmung ausgelöst hat, liegt mehr als zwei Jahre zurück – wird mit hochfrequent erhitzten Mikrowellen über Stahlnadeln akupunktiert. Wie lange soll ihre Behandlung dauern? Wird hier nicht wertvolle Zeit verloren, wäre die Rehabilitation nach westeuropäischem Muster nicht sinnvoller? In China ist man anderer Meinung.

Es sei durchaus möglich, so eine Herzspezialistin an der Medizinischen Fakultät von Wuhan, auch solchen schweren Fälle wie den einer zerebralen Lähmung durch Akupunktur beizukommen. Die hartnäckig wiederholte starke Nervenreizung kann die trägen Patienten wieder wachrütteln, sie für ein anschließendes Körpertraining disponieren. Bei Herzinsuffizienz ist die Verbesserung der Durchblutung mit Hilfe der Akupunktur fester Bestandteil des Behandlungsprogramms. Sogar organische Schäden wie nervlich bedingte Schwerhörigkeit lassen sich durch gezieltes Einstechen von Nadeln so beeinflussen, daß die „verwirrten Nervenbahnen" wieder frei werden zum Aufnehmen von Umweltgeräuschen, von Sprache.

Die Frage drängt sich auf, inwieweit sich solche Behandlungsmethoden nach Europa exportieren lassen, das sich, der Apparatemedizin überdrüssig, nach einfachen und einsichtigen Behandlungsmethoden zurücksehnt. „Die Euopäer ertragen ja nicht einmal den Einstich der 20 Zentimeter langen Nadel", sagen die Spezialisten in Wuhan. Sie verweisen auf den Fall eines westlichen Operationswilligen, der vor aufgestellten Kameras noch auf dem Operationstisch klein beigegeben hat und den Operateuren mit der Nadel davongelaufen ist.

Für den westlichen Arzt, der gewohnt ist, den Patienten nur nach Teilaspekten zu begutachten, ist die Vorstellung von der Einheit aller seelischen und körperlichen Komponenten fern. Er begreift sich nur allzuoft wie der russische Meisterchirurg Fjodorow als „Ingenieur der Maschine Mensch", nur dazu da, Ersatzteile auszuwechseln. Auch die Geduld, einen langen Heilungsprozeß mit Kräutern und Nadelbehandlung durchzustehen, ist hier nicht eben häufig anzutreffen. Der Weltgeist Tao mit seinen gegensinnig wirkenden Kräften Yang und Yin macht noch einen Bogen um diesen Kontinent.

ZU GUTER LETZT

„Damenoberbekleidern fiel ‚Stein vom Herzen'", meldete dpa aus Düsseldorf.